

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans Mathias Kepplinger

Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien
der Realität

Klaus Theo Schröder/Ulrich Eckert/Peter Georgieff/Dirk-Michael Harmsen

Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg
zur Informationsgesellschaft?

Rüdiger Schulz

Auswirkungen des Kabelfernsehens:
Passivität und Vereinsamung durch Reizüberflutung
im erweiterten Fernseh-(Unterhaltungs-)Angebot?

B 15/89
7. April 1989

Hans Mathias Kepplinger, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Geschichte in Mainz, München und Berlin; 1977 Habilitation für Publizistik; seit 1982 o. Professor für Publizistik in Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: Massenkommunikation. Rechtsgrundlagen, Medienstrukturen, Kommunikationspolitik, Stuttgart 1982; Darstellungseffekte. Experimentelle Untersuchungen zur Wirkung von Pressefotos und Fernsehfilmen, Freiburg 1987; zahlreiche Beiträge zu kommunikationspolitischen Fragen in in- und ausländischen Fachzeitschriften.

Klaus Theo Schröder, Dipl.-Ing., Dipl.-Ökonom, Dr. rer. pol., geb. 1948; bis 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Arbeit und Informationstechnik. GI Fachtagung. Proceedings, Berlin u. a. 1986; Rationalisierung von Bankdienstleistungen und im Zahlungsverkehr, in: Verbraucherpolitische Hefte, (1987) 4.

Ulrich Eckert, Dipl.-Informatiker, geb. 1955; bis 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit S. Lange, D.-M. Harmsen, R. Bierhals) Lokale Initiativen zur Förderung der Anwendungen der Telekommunikation — Das Beispiel Hamburg, Köln 1986.

Peter Georgieff, Dipl.-Volkswirt, geb. 1947; wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit G. Bräunling u. a.) Wirkungsanalyse zu ausgewählten Zielaspekten des Aktionsprogramms Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens, Frankfurt-New York 1982; (zus. mit S. Lange u. a.) Telematik und regionale Wirtschaftspolitik, Köln 1985.

Dirk-Michael Harmsen, Dr. rer. nat., geb. 1934; wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit P. Berndts) Technologieorientierte Unternehmensgründungen in Zusammenarbeit mit staatlichen Forschungseinrichtungen, Köln 1985; (zus. mit G. Weiß) Aspekte der Datensicherheit und der Verletzlichkeit der Informationssysteme im Bankensektor, Düsseldorf 1989.

Rüdiger Schulz, Dr. rer. pol., geb. 1941; leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Demoskopie Allensbach, zeitweilig Lehrbeauftragter an den Universitäten Mainz, Konstanz und FU Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Einer gegen alle?, in: Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.), Angepaßte Außen-seiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten, Freiburg 1979, S. 166—188; Mediaforschung, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.), Fischer Lexikon für Publizistik und Kommunikation, Frankfurt 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 39, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität

I. Traditionen

Warum berichten die Massenmedien über dieses und nicht über jenes Ereignis? Diese einfache Frage stand am Beginn der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Nachrichtenauswahl. So einfach die Frage klingt, so schwierig ist jedoch nach mehr als vierzig Jahren intensiver Forschungsarbeit ihre Beantwortung. Dies hat mehrere Gründe. Ein wichtiger Grund besteht darin, daß die Untersuchungen in unterschiedlichen Traditionen stehen und deshalb unter verschiedenen Stichworten zusammengefaßt werden. Das erste Stichwort vereint die sogenannten „Gatekeeper-Studien“, das zweite die Nachrichtenwert-Studien und das dritte die Untersuchungen zum News-Bias.

Am Beginn der Gatekeeper-Forschungstradition steht bekanntlich eine Untersuchung, die David Manning White 1950 unter dem Titel „The ‚Gatekeeper‘: A Case Study in the Selection of News“ veröffentlichte¹⁾. White bat den „wire editor“ einer kleinen Tageszeitung — ihre Auflage betrug etwa 30 000 Exemplare — innerhalb einer Woche nach Redaktionsschluß auf allen Meldungen, die er nicht veröffentlicht hatte, die Entscheidungsgründe zu notieren. Die Begründungen faßte er zu zwei großen Klassen von Aussagen zusammen. Die erste Klasse enthielt in verschiedenen Formulierungen die Behauptung, das Ereignis sei an sich nicht berichtenswert. Hierbei handelte es sich meist um subjektive Wertungen, wie z. B. die Behauptung, das Ereignis sei uninteressant, die Nachricht schlecht geschrieben, ihre Tendenz propagandistisch gewesen. Die zweite Klasse enthielt Aussagen, in denen — ebenfalls in verschiedenen Formulierungen — festgestellt wurde, die Nachricht sei dem Zwang zur Auswahl zum Opfer gefallen. Hierbei handelte es sich meist um objektive Sachverhalte, wie z. B. die Länge der Nachricht, der Zeitpunkt ihrer Übermittlung oder die Distanz zwischen Publikations- und Ereignisort. Parallel zur Analyse der bewußten Entscheidungsgründe verglich White in einer sogenannten Input-Output-Analyse die Themenstruktur der eingehenden Meldungen mit der Themenstruktur der Berichterstat-

tung. Auf diese Weise konnte er zeigen, daß Mr. Gates u. a. politische Themen bevorzugte und „human interest“-Meldungen vernachlässigte. Zur Ergänzung seiner Daten erfragte er das Selbstverständnis von Mr. Gates, wodurch er zusätzliche Hinweise für die Erklärung seiner Ergebnisse erhielt. Die Untersuchung von White wurde in den Jahren nach ihrer Veröffentlichung vielfach kritisiert, vor allem wurde bemängelt, daß er Mr. Gates als isolierten Akteur betrachtete, der keinen äußeren Einflüssen unterlag²⁾.

Am Beginn der Nachrichtenwert-Forschung steht vermutlich Walter Lippmanns Essay über „Public Opinion“. Darin stellt er eine ganze Liste von Nachrichtenfaktoren zusammen, die den Nachrichtenfaktoren von Johan Galtung und Marie Holmboe Ruge sehr ähnlich sind. Auch den Begriff „Nachrichtenwert“ (news value) benutzte Lippmann schon³⁾. Nur drei Jahre nach Lippmanns theoretischem Buch über „Public Opinion“ veröffentlichte Charles Merz in der Zeitschrift „New Republic“ eine Inhaltsanalyse der zehn größten Titelgeschichten in der New York Times, wobei er einige gemeinsame Merkmale, wie z. B. Konflikthaltigkeit, Personalisierung und Prominenz, fand, die später als Nachrichtenfaktoren bezeichnet wurden⁴⁾. Auch wenn es sich hierbei nur um rudimentäre Ansätze handelt, bleibt festzuhalten, daß die Nachrichtenwert-Theorie wesentlich älter ist, als die viel zitier-

²⁾ Vgl. u. a. Walter Gieber, News Is What Newspapermen Make It, in: Lewis A. Dexter/David Manning White (Hrsg.), People, Society, and Mass Communication, New York-London 1964, S. 171–180; George A. Donohue/Phillip J. Tichenor/Clarice N. Olien, Gatekeeping: Mass Media Systems and Information Control, in: F. Gerald Kline/Phillip J. Tichenor (Hrsg.), Current Perspectives in Mass Communication Research, Beverly Hills-London 1972, S. 41–69; Paul M. Hirsch, Occupational, Organisational, and Institutional Models in Mass Media Research: Toward an Integrated Framework, in: Paul M. Hirsch/Peter V. Miller/F. Gerald Kline (Hrsg.), Strategies for Communication Research, Beverly Hills-London 1977, S. 13–42; Maxwell E. McCombs/Donald L. Shaw, Structuring the „Unseen Environment“, in: Journal of Communication, 26 (1976) 2, S. 18–22.

³⁾ Vgl. Walter Lippmann, Public Opinion, New York 1922, S. 338–357; vgl. dazu auch ders./Charles Merz, A Test of the News, in: New Republic, 4. August 1920.

⁴⁾ Vgl. Charles Merz, What Makes a First-Page Story? A Theory Based on the Ten Big News Stories of 1925, in: New Republic, 30. Dezember 1925, S. 156–158.

¹⁾ Vgl. David Manning White, The „Gate Keeper“. A Case Study in the Selection of News, in: Journalism Quarterly, 27 (1950), S. 383–390.

ten Studien von Einar Östgaard⁵⁾ sowie von Galtung und Ruge⁶⁾ nahelegen. Weitere Belege hierfür finden sich in den Lehrbüchern für die journalistische Praxis, die schon seit den dreißiger Jahren auf die Bedeutung von Nachrichtenfaktoren wie Nähe (proximity oder nearness), Prominenz (big names), Überraschung (oddity) oder Konflikt (conflict oder controversy) hinweisen – so etwa Carl Warren in seinem 1934 erschienenen Leitfaden für „Modern News Reporting“⁷⁾. Allerdings wurden diese Ansätze erst in jüngerer Zeit angemessen empirisch überprüft⁸⁾.

Der Beginn der Forschungstradition, die unter dem Stichwort „News Bias“ bekannt ist, läßt sich noch schwerer lokalisieren als der Beginn der Nachrichtenwert-Forschung. Charakteristisch für die Vorgehensweise ist jedoch eine relativ frühe Studie von Malcolm W. Klein und Nathan Maccobby, die in ihrer 1954 veröffentlichten Untersuchung „Newspaper Objectivity in the 1952 Campaign“ Einseitigkeit als überzufällige Abweichung von Ausgewogenheit im Sinne der Gleichbehandlung definieren: Einseitig ist nach ihrer Definition eine Wahlberichterstattung dann, wenn sie einen Kandidaten mehr beachtet oder positiver darstellt als einen anderen. Klein und Maccobby verglichen die Parteineigung der Verleger oder Herausgeber von Tageszeitungen, die aus einer Umfrage bekannt war, mit der Anzahl der Artikel, der Platzierung der Artikel und der Anzahl der Meinungsäußerungen in den Artikeln über die Kandidaten der republikanischen und der demokratischen Partei, Eisenhower und Stevenson. Klein und Maccobby konnten zeigen, daß Zeitungen, deren Verleger oder Herausgeber sich zur republikanischen Partei bekannten, mehr Artikel über Eisenhower veröffentlichten als Zeitungen, deren Verleger oder Herausgeber sich zur demokratischen Partei bekannten. Die Artikel waren darüber hinaus besser plaziert und enthielten mehr Meinungsäußerungen, deren Tendenz allerdings nicht festgehalten wurde⁹⁾.

⁵⁾ Vgl. Einar Östgaard, Factors Influencing the Flow of News, in: Journal of Peace Research, 2 (1965), S. 39–63.

⁶⁾ Vgl. Johan Galtung/Marie Holmboe Ruge, The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers, in: Journal of Peace Research, 2 (1965), S. 64–91.

⁷⁾ Vgl. Carl Warren, Modern News Reporting, New York-Evanston 1934.

⁸⁾ Vgl. Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg-München 1976; Joachim Friedrich Staab, Formale Struktur und empirischer Gehalt der Nachrichtenwert-Theorie, München-Freiburg 1989.

⁹⁾ Vgl. Malcolm W. Klein/Nathan Maccobby, Newspaper Objectivity in the 1952 Campaign, in: Journalism Quarterly, 31 (1954), S. 285–296; vgl. zur „News Bias“-Forschung auch Karl Erik Rosengren, International News: Intra and Extra Media Data, in: Acta Sociologica, 13 (1970), S. 96–109;

Klein und Maccobby hatten – wie zuvor schon White – eine Frage aufgeworfen, die das Selbstverständnis von Verlegern und Journalisten herausfordert, weil sie Zweifel an der Unabhängigkeit und Objektivität der Berichterstattung weckte. In den folgenden Jahren entwickelten sich drei Forschungsansätze, in denen der Zusammenhang zwischen Einstellung und Berichterstattung näher untersucht wurde. Bei dem ersten Forschungsansatz handelte es sich um experimentelle Untersuchungen, in denen der Vorgang simuliert wurde. Charakteristisch hierfür sind drei Studien von Jean S. Kerrick, Thomas E. Anderson und Luita B. Swales, die die Autoren 1964 unter dem Titel „Balance and the Writer's Attitude in News Stories and Editorials“ veröffentlichten¹⁰⁾.

Die Autoren stellten fest, daß progressive Journalismus-Studenten, die Nachrichten und Kommentare für eine konservative Zeitung schreiben sollten, überdurchschnittlich viele konservative Argumente benutzten. Das gleiche galt analog für konservative Journalismus-Studenten, die Nachrichten und Kommentare für eine progressive Zeitung schreiben sollten. Falls keine redaktionelle Linie vorgegeben, die vorgelegten Fakten aber in sich werthaltig waren, wählten die Probanden jene Fakten für die Publikation aus, die ihren persönlichen Einstellungen entsprachen.

Bei dem zweiten Forschungsansatz handelt es sich um die Kombination von Umfragedaten und In-

Karl Erik Rosengren, International News: Methods, Data and Theory, in: Journal of Peace Research, 11 (1974), S. 145–156; Karl Erik Rosengren, Four Types of Tables, in: Journal of Communication, 27 (1977), S. 67–75; Karl Erik Rosengren, Bias in News: Methods and Concepts, in: Studies of Broadcasting, 15 (1979), S. 31–45; Karl Erik Rosengren/Gunnel Rikardsson, Middle East News in Sweden, in: Gazette, 20 (1974), S. 99–116; Stanley Rothman/Robert Lichter, The Nuclear Energy Debate: Scientists, the Media and the Public, in: Public Opinion, 5 (1982) 4, S. 47–52; Hans Mathias Kepplinger, Optische Kommentierung in der Berichterstattung über den Bundestagswahlkampf 1976, in: Thomas Ellwein (Hrsg.), Politikfeld-Analysen 1979, Opladen 1980, S. 163–179; Hans Mathias Kepplinger/Herbert Roth, Kommunikation in der Ölkrise des Winters 1973/74. Ein Paradigma für Wirkungsstudien, in: Publizistik, 23 (1978), S. 337–356; Hans Mathias Kepplinger, German Media and Oil Supply in 1978 and 1979, in: Nelson Smith/Leonard J. Theberge (Hrsg.), Energy Coverage – Media Panic, New York 1983, S. 22–49; Hans Mathias Kepplinger, Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks. Eine Inhaltsanalyse der Abendnachrichten und politischen Magazine, Freiburg-München 1985; Klaus Schönbach, Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Freiburg-München 1977.

¹⁰⁾ Vgl. Jean S. Kerrick/Thomas E. Anderson/Luita B. Swales, Balance and the Writer's Attitude in News Stories and Editorials, in: Journalism Quarterly, 41 (1964), S. 207–215; vgl. zu diesem Ansatz auch Roy E. Carter Jr., Racial Identification Effects Upon the News Story Writer, in: Journalism Quarterly, 36 (1959), S. 284–290.

haltsanalysen. Charakteristisch hierfür ist eine Untersuchung von Ruth C. Flegel und Steven H. Chaffee, die die Ansichten von 17 Journalisten zweier Zeitungen zu 13 kontroversen Themen mit der Tendenz der Berichterstattung ihrer Zeitungen über diese Themen verglichen. Flegel und Chaffee stellten dabei einen starken Zusammenhang von .60 und .67 zwischen den Journalisten-Meinungen und den Medien-Inhalten fest. Einen Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Verleger-Meinung und dem Medieninhalt fanden sie dagegen nur bei der Zeitung, deren Verleger — wie die Journalisten selbst — eine eher progressive Position vertrat¹¹).

Bei dem dritten Forschungsansatz handelt es sich um Kombinationen von Inhaltsanalysen und exter-

nen Realitäts-Indikatoren (Beobachtungen, offiziellen Statistiken usw.), wobei zwei Ansätze unterschieden werden können: Einzelfallanalysen und Zeitreihenanalysen. Charakteristisch für die Einzelfallanalysen ist die Studie von Kurt Lang und Gladys Engel Lang zur Rückkehr von General MacArthur aus Korea, in der sie die Eindrücke von geschulten Beobachtern mit der Fernsehdarstellung verglichen und starke Divergenzen ermittelten. Charakteristisch für die Zeitreihen-Analysen ist eine Untersuchung von G. Ray Funkhouser zu den wichtigsten Themen der sechziger Jahre, in der er gravierende Unterschiede zwischen der realen Entwicklung verschiedener Probleme — soweit sie aus den vorhandenen Indikatoren erkennbar ist — und ihrer Gewichtung in der Berichterstattung feststellte¹²).

II. Erklärungsmodelle

Der zweite Grund für die verwirrende Forschungslage ist die Vermischung von zwei Ansätzen, die man als akteurs- und variablenorientiert bezeichnen kann. Beim akteursorientierten Ansatz wird die Nachrichtengebung auf das Handeln verschiedener Personen, Organisationen und Institutionen zurückgeführt. Beim variablenorientierten Ansatz wird sie dagegen durch Faktoren erklärt, die den Charakter theoretischer Konstrukte besitzen. Im Rahmen des akteursorientierten Ansatzes lassen sich mindestens sechs Einflußquellen erkennen:

1. Journalisten, die die Nachrichten auswählen, bearbeiten und unter Umständen kommentieren.

Hierbei können die Journalisten als Individuen oder als Gruppenmitglieder betrachtet werden¹³).

2. Eigentümer und Manager von Kommunikationsunternehmen, die selbst keine Journalisten sind oder zumindest keine genuin journalistischen Aufgaben wahrnehmen¹⁴).

3. Anzeigenkunden, die einen Einfluß auf den redaktionellen Teil der Berichterstattung nehmen bzw. deren Interessen im Vorgriff berücksichtigt werden¹⁵).

4. Politische Machtgruppen, die ihren Einfluß über Eigentümer und Manager oder direkt geltend ma-

¹¹) Vgl. Ruth C. Flegel/Steve H. Chaffee, Influences of Editors, Readers, and Personal Opinions on Reporters, in: *Journalism Quarterly*, 48 (1971), S. 645–651; vgl. zu diesem Ansatz auch St. Rothman/R. Lichter (Anm. 9); Elisabeth Noelle-Neumann/Hans Mathias Kepplinger, Journalistenmeinungen, Medieninhalte und Medienwirkungen. Eine empirische Untersuchung zum Einfluß der Journalisten auf die Wahrnehmung sozialer Probleme durch Arbeiter und Elite, in: Gertraude Steindl (Hrsg.), *Publizistik aus Profession*. Festschrift für Johannes Binkowski aus Anlaß der Vollendung seines 70. Lebensjahres, Düsseldorf 1978, S. 41–78.

¹²) Vgl. Kurt Lang/Gladys Engel Lang, The Unique Perspective of Television and its Effect: A Pilot Study, in: *American Sociological Review*, 18 (1953), S. 3–12; G. Ray Funkhouser, The Issues of the Sixties: An Exploratory Study in the Dynamics of Public Opinion, in: *Public Opinion Quarterly*, 37 (1973), S. 62–75; vgl. zu diesem Ansatz auch James D. Halloran/Philip Elliott/Graham Murdock, *Demonstrations and Communications. A Case Study*, Harmondsworth 1970 H. M. Kepplinger (Anm. 9); H. M. Kepplinger/H. Roth (Anm. 9).

¹³) Vgl. R. C. Flegel/S. H. Chaffee (Anm. 11); Mark Fishman, *Manufacturing the News*, Austin 1980; ders., News and Nonevents. Making the Visible Invisible, in: James S. Ettema/D. Charles Whitney (Hrsg.), *Individuals in Mass Media Organisations: Creativity and Constraint*, Beverly Hills-London-New Delhi 1982, S. 219–240; Todd Alan Gitlin, *The Whole World is Watching*, Berkeley 1980; Harvey Molotch/Marilyn Lester, *News as Purposive Behavior: On the Strategic Use of Routine Events, Accidents and Scandals*, in: *American Sociological Review*, 39 (1974), S. 101–112; E. Noelle-Neumann/H. M. Kepplinger (Anm. 11); Gaye Tuchman, *Making News: A Study in the Construction of Reality*, New York 1978.

¹⁴) Vgl. Lewis Donohew, *Newspaper Gatekeepers and Forces in the News Channel*, in: *Public Opinion Quarterly*, 31 (1967), S. 61–68; R. C. Flegel/S. H. Chaffee (Anm. 11); T. A. Gitlin (Anm. 13); G. Tuchman (Anm. 13).

¹⁵) Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt-Neuwied 1962.

chen. Dies kann auch durch das Zuspielen oder Verweigern von Informationen geschehen¹⁶).

5. Wirtschaftliche Machtgruppen, die nicht durch die Vergabe oder Verweigerung von Anzeigenaufträgen einwirken, sondern andere ökonomische oder juristische Mittel einsetzen¹⁷). Hierzu gehören u. a. Schadenersatzklagen.

6. Die Öffentlichkeit im Verbreitungsgebiet, deren Wertvorstellungen die Themen und Tendenzen der Berichterstattung beeinflussen können¹⁸).

Im Rahmen des variablenorientierten Ansatzes lassen sich mindestens neun Einflußquellen unterscheiden:

1. Eigenschaften von Ereignissen, über die Nachrichten informieren, bzw. objektive Relationen zwischen Ereignissen und Publikationsorganen. Beispiele hierfür sind die Distanz zwischen Ereignis- und Berichtsort, die Anzahl der beteiligten Personen und die Dauer des Geschehens. Eine genauere Beschäftigung mit der Problematik zeigt, daß es nur relativ wenige solcher Eigenschaften gibt und daß sie praktisch oft nur schwer feststellbar sind¹⁹).

¹⁶ Vgl. Walter Gieber/Walter Johnson, *The City Hall „Beat“: A Study of Reporter and Source Roles*, in: *Journalism Quarterly*, 38 (1961), S. 289–297.

¹⁷ Vgl. Clifford G. Christians/Kim B. Rottzoll/Mark Fackler, *Media Ethics. Cases and Moral Reasoning*, New York-London 1983, S. 29 ff.

¹⁸ Vgl. L. Donohew (Anm. 14).

¹⁹ Vgl. J. Galtung/M. H. Ruge (Anm. 6); Raymond F. Smith, *On the Structure of Foreign News: A Comparison of the New York Times and the Indian White Papers*, in: *Journal of Peace Research*, 6 (1969), S. 23–36; Raymond F. Smith, *U.S. News and Sino-Indian Relations: An Extra Media Study*, in: *Journalism Quarterly*, 48 (1971), S. 447–458, S. 501; Anju Chaudhary, *Comparative News Judgment of Indian and American Journalists*, in: *Gazette*, 20 (1974), S. 233–247; K. E. Rosengren (Anm. 9); K. E. Rosengren/G. Rikardsson (Anm. 9); Winfried Friedrich Schulz, *News Structure and People's Awareness of Political Events*, in: *Gazette*, 30 (1982), S. 139–153; James K. Buckalew, *A Q-Analysis of Television News Editors' Decisions*, in: *Journalism Quarterly*, 46 (1969), S. 135–137; James K. Buckalew, *News Elements and Selection by Television News Editors*, in: *Journal of Broadcasting*, 14 (1969/70), S. 47–54; James K. Buckalew, *The Radio News Editor as a Gatekeeper*, in: *Journal of Broadcasting*, 18 (1973/74), S. 211–221; Robert W. Clyde/James K. Buckalew, *Inter-Media Standardization: a Q-Analysis of News Editors*, in: *Journalism Quarterly*, 46 (1969), S. 349–351; Øystein Sande, *The Perception of Foreign News*, in: *Journal of Peace Research*, 8 (1971), S. 221–237; Ronald G. Hicks/Avishag Gordon, *Foreign News Content in Israeli and U. S. Newspapers*, in: *Journalism Quarterly*, 51 (1974), S. 639–644; Frans Bergsma, *News Values in Foreign Affairs on Dutch Television*, in: *Gazette*, 24 (1978), S. 207–222; Sophia Peterson, *Foreign News Gatekeepers and Criteria of Newsworthiness*, in: *Journalism Quarterly*, 56 (1979), S. 116–125; Naïm Badii/Walter Ward, *The Nature of News in Four Dimensions*, in: *Journalism Quarterly*, 57 (1980), S. 234–248; Jürgen Wilke, *Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahr-*

2. Zuschreibungen zu Ereignissen, über die Nachrichten informieren. Beispiele hierfür sind die kulturelle Nähe zwischen Ereignis- und Berichtsort, die Prominenz der beteiligten Personen und der Schaden einer Handlung. Hierzu gehören auch journalistische Entscheidungen darüber, was überhaupt als ein Ereignis zu betrachten ist. Selbst wenn zwischen den Individuen hohe Übereinstimmung besteht, ist ihre Grundlage Konsens und nicht Erkenntnis²⁰).

3. Eigenschaften von Nachrichten. Beispiele hierfür sind die sachliche Richtigkeit der Informationen, die Länge der Meldung, der Zeitpunkt ihrer Verfügbarkeit. Auch hier zeigt sich, daß es nur relativ wenige solcher Eigenschaften gibt, die – wie die Richtigkeit der Informationen – häufig nur schwer feststellbar sind²¹).

4. Zuschreibungen von Eigenschaften zu Nachrichten. Beispiele sind die Verständlichkeit einer Meldung und die Prägnanz ihrer Formulierungen. Die Wahrnehmung dieser Eigenschaften hängt von subjektiven Dispositionen ab, Übereinstimmungen beruhen zumindest teilweise auf Konsens und nicht auf Erkenntnis²²).

5. Werte und Ziele von Journalisten. Beispiele hierfür sind politische Einstellungen und individuelle

hundert. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwissenschaft, Berlin-New York 1984.

²⁰ Vgl. J. Galtung/M. H. Ruge (Anm. 6); R. F. Smith (Anm. 19); W. F. Schulz (Anm. 19); J. K. Buckalew (Anm. 19); R. W. Clyde/J. K. Buckalew (Anm. 19); Ø. Sande (Anm. 19); R. G. Hicks/A. Gordon (Anm. 19); F. Bergsma (Anm. 19); S. Peterson (Anm. 19); N. Badii/W. Ward (Anm. 19); J. Wilke (Anm. 19); G. Tuchman (Anm. 13); T. A. Gitlin (Anm. 13).

²¹ Vgl. im wesentlichen dazu die Literatur in Anm. 20.

²² Vgl. Melvin Lostutter, *Some Critical Factors of Newspaper Readability*, in: *Journalism Quarterly*, 24 (1947), S. 307–314; Rudolf Flesch, *Reader Comprehension of News Stories: Further Comment*, in: *Journalism Quarterly*, 28 (1951), S. 496–497; Rudolf Flesch, *Besser schreiben, sprechen, denken*, Düsseldorf 1973; Wilson L. Taylor, *Cloze Procedure: A Tool for Measuring Readability*, in: *Journalism Quarterly*, 30 (1953), S. 415–433; Wilson L. Taylor, *Recent Developments in the Use of Cloze Procedure*, in: *Journalism Quarterly*, 33 (1956), S. 42–48; James E. Brinton/Wayne A. Danielson, *A Factor Analysis of Language Elements Affecting Readability*, in: *Journalism Quarterly*, 35 (1958), S. 420–426; Richard D. Powers/Bryant E. Kearyl, *Further Directions for Readability Research*, in: *Journalism Quarterly*, 35 (1958), S. 427–432; Karl J. Nestvold, *Cloze Procedure Correlation with Perceived Readability*, in: *Journalism Quarterly*, 49 (1972), S. 592–594; William F. Kwolek, *A Readability Survey of Technical and Popular Literature*, in: *Journalism Quarterly*, 50 (1973), S. 255–264; Robert L. Hoskins, *A Readability Study of AP and UPI Wire Copy*, in: *Journalism Quarterly*, 50 (1973), S. 360–363; Werner Früh, *Lesen, Verstehen, Urteilen. Untersuchungen über den Zusammenhang von Textgestaltung und Textwirkung*, Freiburg-München 1980.

Karrieremotive. Hierbei handelt es sich offensichtlich um individuell unterschiedliche Eigenschaften, die sich zudem erheblich ändern können²³⁾.

6. Formelle Verhaltenserwartungen an Journalisten. Beispiele hierfür sind die Bestimmungen des Presserechtes und die Forderungen des Pressekodex sowie die Programmgrundsätze der Rundfunkanstalten²⁴⁾.

7. Informelle Verhaltenserwartungen an Journalisten. Beispiele hierfür sind informelle Erwartungen von Kollegen, Vorgesetzten, Freunden und Gegnern usw., wobei es sich auch um virtuelle Erwartungen handeln kann, die nur in der Vorstellung der Handelnden bestehen²⁵⁾.

8. Formelle Weisungen an Journalisten. Beispiele hierfür ergeben sich aus der Richtlinienkompetenz von Verleger und Chefredakteur, in anderen politischen Systemen auch aus der Zuständigkeit von z. B. Informationsministerien²⁶⁾.

²³⁾ Vgl. R. E. Carter Jr. (Anm. 10); Bradley S. Greenberg/Percy H. Tannenbaum, Communicator's Performance under Cognitive Stress, in: *Journalism Quarterly*, 39 (1962), S. 169–178; Erwin P. Bettinghouse/Ivan L. Preston, Dogmatism and Performance of the Communicator under Cognitive Stress, in: *Journalism Quarterly*, 41 (1964), S. 399–402; J. S. Kerrick/T. E. Anderson/L. B. Swales (Anm. 10); R. C. Flegel/S. H. Chaffee (Anm. 11).

²⁴⁾ Vgl. Lars Bruun, The History of Written Codes of Ethics – A Chronology of Events, in: Lars Bruun (Hrsg.), *Professional Codes in Journalism*, Prague 1979, S. 17–25; Lars Bruun (Hrsg.), *Professional Codes in Journalism*, Prague 1979; David Gordon, Chicago Journalists and Ethical Principles, in: *Mass Communication Review*, 6 (1979), S. 17–20; Cees Hamelink, Towards an International Code of Ethics, in: L. Bruun, (Hrsg.), ebd., S. 64–76; Keith P. Sanders/Won H. Chang, Codes – The Ethical Free-For-All: A Survey of Journalists' Opinions About Freebies, Columbia 1977; H. Eugene Goodwin, News Media Ethics – Where Should it be Taught and by Whom?, in: *Mass Communication Review*, 8 (1981), S. 11–16; Michael Ryan/David L. Martinson, Ethical Values, the Flow of Journalistic Information and Public Relations Persons, in: *Journalism Quarterly*, 61 (1984), S. 27–34.

²⁵⁾ Vgl. Warren Breed, Social Control in the Newsroom: A Functional Analysis, in: *Social Forces*, 33 (1955), S. 326–335; George Gerbner, Ideological Perspectives and Political Tendencies in News Reporting, in: *Journalism Quarterly*, 41 (1964), S. 495–508, S. 516; Eugene J. Rosi, How 50 Periodicals and the „Times“ Interpreted the Test Ban Controversy, in: *Journalism Quarterly*, 41 (1964), S. 545–556; Michael J. Francis, The U.S. Press and Castro: A Study in Declining Relations, in: *Journalism Quarterly*, 47 (1970), S. 257–266; Jae-won Lee, Editorial Support and Campaign News: Content Analysis by Q-Method, in: *Journalism Quarterly*, 49 (1972), S. 710–716; Leon Mann, Counting the Crowd: Effects of Editorial Policy on Estimates, in: *Journalism Quarterly*, 51 (1974), S. 278–285.

²⁶⁾ Vgl. L. Donohew (Anm. 14); David R. Bowers, A Report on Activity by Publishers in Directing Newsroom Decisions, in: *Journalism Quarterly*, 44 (1967), S. 43–52; Gertrude J. Robinson, Foreign News Selection is Non-Linear in Yugoslavia's Tanjug Agency, in: *Journalism Quarterly*, 47 (1970), S. 340–351.

9. Organisatorische Zwänge. Beispiele hierfür sind der Zeit- und Platzmangel, die Verfügbarkeit von Agenturmaterial oder umbruchtechnische Beschränkungen²⁷⁾.

Die ersten vier Einflußgrößen gehören zusammen. Sie bilden verschiedene Aspekte journalistischer Berufsnormen: Weil es bestimmte journalistische Berufsnormen gibt, besitzen die genannten Faktoren einen Einfluß auf die Berichterstattung. Man kann diese Klasse von Einflußfaktoren in Anlehnung an einen Vorschlag von Flegel und Chaffee als „intrinsische“ Faktoren oder Variablen bezeichnen²⁸⁾ und die Berichterstattung zumindest teilweise als Ergebnis professioneller Routine betrachten²⁹⁾. Die Wirkung anderer Faktoren läßt die Nachrichtenauswahl dagegen als einen Willkürakt, als die Folge subjektiver Motive erscheinen. Hierzu gehören vor allem die subjektiven Werte und Ziele von Journalisten, die informellen Verhaltenserwartungen an Journalisten sowie mit gewissen Einschränkungen die formellen Weisungen an Journalisten. Man kann diese Klasse von Einflußfaktoren, erneut in Anlehnung an Flegel und Chaffee, als „extrinsische“ Faktoren oder Variablen bezeichnen³⁰⁾.

Der Vergleich beider Klassen von Einflußgrößen macht deutlich, daß es sich im ersten Fall um mehr oder weniger legitime, im zweiten Fall dagegen um mehr oder weniger illegitime Faktoren handelt.

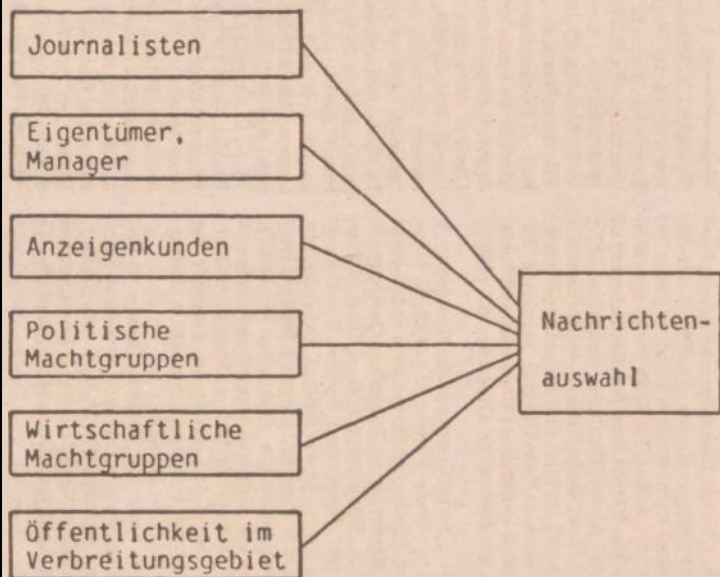
²⁷⁾ Vgl. G. J. Robinson (Anm. 26); George A. Bailey/Lawrence W. Lichty, Rough Justice on a Saigon Street: A Gatekeeper Study of NBC's Tet Execution Film, in: *Journalism Quarterly*, 49 (1972), S. 221–229; Manfred Rühl, Die Zeitungsredaktion als organisiertes soziales System, Bielefeld 1969; Malcolm W. Warner, Decision-Making in Network Television News, in: Jeremy Tunstall (Hrsg.), *Media Sociology. A Reader*, London 1970, S. 158–167; Edward J. Epstein, News From Nowhere, New York 1973; Philip Schlesinger, Putting 'reality' together. BBC News, London 1978; David L. Altheide, Creating Reality. How TV News Distorts Events, Beverly Hills 1974; David L. Altheide/Paul K. Rasmussen, Becoming News. A Study of Two Newsrooms, in: *Sociology of Work and Occupation*, 3 (1976), S. 223–246; David L. Altheide/John M. Johnson, Bureaucratic Propaganda, Boston 1980; Roland R. Rückel, Lokalredakteure. Eine vergleichende Rollenanalyse, Opladen 1975; D. Charles Whitney/Lee B. Becker, 'Keeping the Gates' for Gatekeepers: The Effects of Wire News, in: *Journalism Quarterly*, 59 (1982), S. 60–65.

²⁸⁾ R. C. Flegel/S. H. Chaffee (Anm. 11), S. 649.

²⁹⁾ Vgl. Gaye Tuchman, Objectivity as Strategic Ritual: An Examination of Newsmen's Notions of Objectivity, in: *American Journal of Sociology*, 77 (1972), S. 660–679; Gaye Tuchman, Making News by Doing Work: Routinizing the Unexpected, in: *American Journal of Sociology*, 79 (1973), S. 110–131; Harvey Molotch/Marilyn Lester, Accidental News: The Great Oil Spill as Local Occurrence and National Event, in: *American Journal of Sociology*, 81 (1975), S. 235–260; dies. (Anm. 13).

³⁰⁾ R. C. Flegel/S. H. Chaffee (Anm. 11), S. 649.

Akteursorientiert



Variablenorientiert

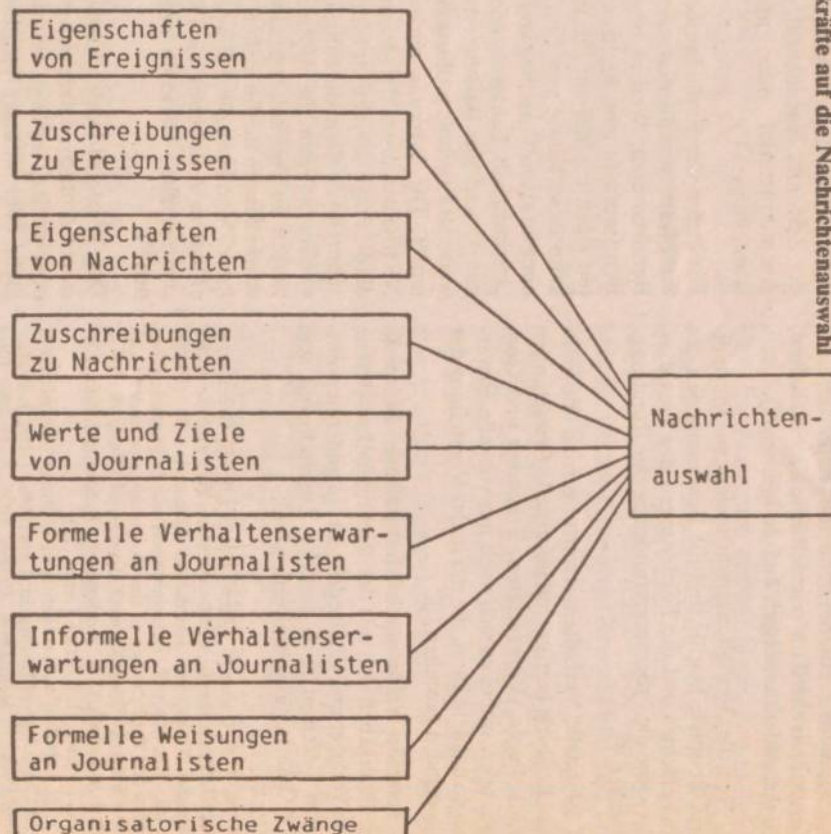


Schaubild 1: Einflußkräfte auf die Nachrichtenauswahl

Dies kann man als eine wesentliche Ursache dafür betrachten, daß Journalisten — wie Flegel und Chaffee gezeigt haben — auch dann Zusammenhänge zwischen extrinsischen Faktoren, hier ihren eigenen Werthaltungen und der Tendenz der Be-

richterstattung, bestreiten, wenn sie empirisch eindeutig nachweisbar sind. Der erwähnte Sachverhalt besitzt erhebliche Konsequenzen für die öffentliche Reaktion auf Ergebnisse der Kommunikatorforschung.

III. Realitätsmodelle

Die theoretischen und empirischen Studien zur Nachrichtenauswahl enthalten in der Regel keine expliziten Aussagen über das Verhältnis von Ereignis, Selektionsentscheidung und Berichterstattung. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet nur Winfried Schulz' „Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien“, in der das Problem jedoch ausschließlich unter erkenntnistheoretischen Gesichtspunkten diskutiert wird³¹⁾. Vergegenwärtigt man sich die sozusagen „klassischen“ Gatekeeper-Studien von Walter Gieber, der nach White eine dominierende Rolle einnahm, so kann man die Nachrichtenauswahl als Wirkungsprozeß verstehen, in dem die Ereignisse als Ursachen, die Selektionsentscheidungen als intervenierende Variablen und die Beiträge als Wirkungen betrachtet werden. Die Journalisten erscheinen in diesem Modell als mehr oder weniger passive Vermittler, die — vorausgesetzt es wirken keine extrinsischen Faktoren — die Realität so darstellen, wie sie ist. Ihre Berichterstattung orientiert sich unter dieser Voraussetzung ausschließlich an der Ereignisqualität, und sie ist folglich realitätsgerecht. Das Hauptziel der traditionellen Gatekeeper-Forschung, wie sie vor allem von Gieber und seinen Mitarbeitern vertreten wurde, bestand deshalb darin, Störfaktoren aufzudecken, um Realitätsverzerrungen auszuschalten. Die Untersuchungen besaßen insofern einen, von erkenntnistheoretischem Optimismus getragenen, emanzipatorischen Charakter.

Betrachtet man die Nachrichtenwert-Studien, so erscheint die Berichterstattung als Folge einer Wechselbeziehung (Interaktion) zwischen objektiven Eigenschaften von Ereignissen und Nachrichten einerseits und journalistischen Berufsnormen andererseits, aufgrund derer die Ereignisse berichtenswert oder die Nachrichten publikationswürdig sind. Dabei kann man Nachrichtenfaktoren, die vermutlich unabhängig von Raum und Zeit gelten, von Nachrichtenfaktoren unterscheiden, die entweder

nur für bestimmte politische Systeme gelten³²⁾ oder einem historischen Wandel unterworfen sind³³⁾. In allen Fällen wird jedoch zumindest implizit unterstellt, daß die berichteten Sachverhalte unabhängig von der vorangegangenen oder folgenden Berichterstattung existieren. Die Journalisten reagieren damit auch hier — gesteuert durch spezifische Normen — auf eine vorgegebene Realität, die sie mehr oder weniger angemessen spiegeln. Damit besitzen sie die Rolle von Mediatoren zwischen Ereignis und Rezipienten, deren Aufgabe in einer sachgerechten Selektion besteht. Sowohl die Gatekeeper-Studien als auch die Nachrichtenwert-Studien beruhen damit im Kern auf einem reinen Selektions-Modell (Schaubild 2).

Das Selektions-Modell, das in seinem Aufbau den Stimulus-Response-Theorien entsprach, die zur gleichen Zeit der Wirkungs-Forschung etwa der Hovland-Schule zugrunde lagen, mag auf den ersten Blick überzeugend erscheinen. Es ist jedoch aus mehreren Gründen nicht realitätsgerecht. Der erste Einwand betrifft die implizite Annahme einiger Autoren³⁴⁾, daß die Relevanz der Ereignisse objektiv erkennbar ist. Dies ist jedoch, wie bereits die Studie von White nahelegt, nicht der Fall. Vielmehr handelt es sich bei der Relevanz um eine Eigenschaft, die den Ereignissen aufgrund von professionellen Werten und subjektiven Vorstellungen zugeschrieben wird. Journalisten würden deshalb die Realität selbst dann nicht einfach so darstellen, „wie sie ist“, wenn sie keinerlei anderen Einflüssen ausgesetzt wären. Sie würden sie auch dann noch so darstellen, wie sie sie u. a. aufgrund ihrer Tätigkeit sehen. Daraus folgt nicht, daß Realität jenseits journalistischer Darstellungen prinzipiell nicht erkennbar wäre oder daß es keine Möglichkeit gäbe, exaktere von weniger exakten Darstellungen zu unterscheiden. Das Erkenntnisproblem muß mit anderen Worten von der Selektionsproblematik un-

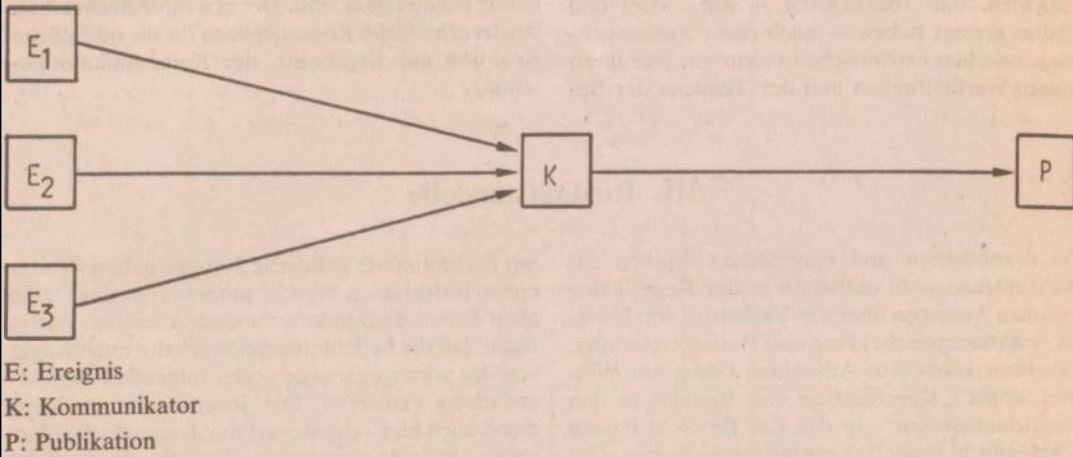
³²⁾ Vgl. J. Galtung/M. H. Ruge (Anm. 6).

³³⁾ Vgl. Jürgen Westerstahl/Folke Johansson, *News Ideologies as Moulders of Domestic News*, in: *European Journal of Communication*, 1 (1986), S. 133—149; J. Wilke (Anm. 19).

³⁴⁾ Die genannte Aussage findet sich vor allem in journalistischen Selbstdarstellungen. Vgl. G. Tuchman (Anm. 29).

³¹⁾ Vgl. W. Schulz (Anm. 8), S. 21—23; Harvey L. McLotch/David L. Protes/Margaret T. Gordon, *The Media-Policy Connection: Ecologies of News*, in: David L. Paletz (Hrsg.), *Political Communication Research: Approaches, Studies, Assessments*, Norwood 1986, S. 26—46.

Schaubild 2: Genuine Selektion



terschieden werden, weil in die Nachrichtenselektion unvermeidlich Konventionen eingehen, die mit einer rein auf Erkenntnis gerichteten Betrachtungsweise kaum vereinbar sind. Als Beispiele seien der rein konventionelle Charakter von Faktoren wie Prominenz, Schaden oder kulturelle Nähe genannt.

Da die Nachrichtenauswahl in erheblichem Maße konventionellen Charakter besitzt, kann die Berichterstattung über ein bestimmtes Ereignis in der Regel nicht mit dem Hinweis auf die Existenz des Ereignisses, sondern nur durch den Hinweis auf die Geltung entscheidungsrelevanter Konventionen gerechtfertigt werden. Die Behauptung, das Ereignis sei so wichtig gewesen, daß man darüber habe berichten müssen, ist eine Scheinerklärung, die nur die Frage verdeckt, weshalb man es für so wichtig gehalten hat. Ähnlich verhält es sich mit dem Hinweis auf die Chronistenpflicht, denn kein Chronist verzeichnet alles, und die Frage lautet immer, was und warum. Es gibt mit anderen Worten keine sozusagen „natürliche“, sondern immer nur eine soziale Rechtfertigung von Nachrichtenauswahl.

Der zweite Grund betrifft die implizite Annahme, daß die Ereignisse, über die Journalisten berichten, unabhängig von der Berichterstattung vorgegeben sind. Dies ist jedoch, wie Kurt Lang, Gladys Engel Lang³⁵⁾ und Daniel Boorstin³⁶⁾ gezeigt haben, falsch. Die Präsenz der Medien, speziell des Fernsehens, verändert das Verhalten der Akteure. Zumal das Fernsehen auch das darstellt, was es selbst an Verhaltensveränderungen vor allem im nonverbalen Bereich bewirkt. Lang und Lang haben dies

als reziproken Effekt bezeichnet. Die Akteure inszenieren darüber hinaus Ereignisse eigens zum Zweck der Berichterstattung, wobei sie letztlich mit genau jenen Regeln spielen, die eine unabhängige Berichterstattung sichern sollen. Man kann deshalb von einer instrumentellen Inszenierung von Ereignissen sprechen. Boorstin hat solche Ereignisse als „Pseudo-Ereignisse“ bezeichnet. Markante Beispiele hierfür sind Wahlparteitage, die mehr für die berichtenden Journalisten als die anwesenden Anhänger veranstaltet werden. Nach Leon V. Sigal stammen fast 80 Prozent der Nachrichten in der New York Times und in der Washington Post aus offiziellen Quellen³⁷⁾. Selbst wenn man davon ausgeht, daß nur ein geringer Teil dieser Nachrichten Pseudo-Ereignisse zum Gegenstand haben, muß man angesichts dieser Befunde, die in ähnlicher Weise auch auf andere Medien zutreffen dürften, damit rechnen, daß die Pseudo-Ereignisse einen wesentlichen Teil der aktuellen Berichterstattung ausmachen.

Die Ereignisse, im Selektions-Modell Ursachen der Berichterstattung, werden in den Analysen von Lang und Lang sowie von Boorstin Mittel zum Zweck der Berichterstattung. Die Kausalbeziehung Ereignis – Berichterstattung wird mit anderen Worten durch die Finalbeziehung erwartete Berichterstattung – Pseudo-Ereignis überlagert. Damit bietet es sich an, den Sachverhalt in Anlehnung an Nicolai Hartmanns Analyse des Finalnexus als „überformte Kausalität“ darzustellen³⁸⁾. Dabei steht am Anfang der Wirkungskette eine Zweckset-

³⁵⁾ Vgl. K. Lang/G. E. Lang (Anm. 12).

³⁶⁾ Vgl. Daniel J. Boorstin, *Das Image oder Was wurde aus dem amerikanischen Traum* (1961), Reinbek 1964.

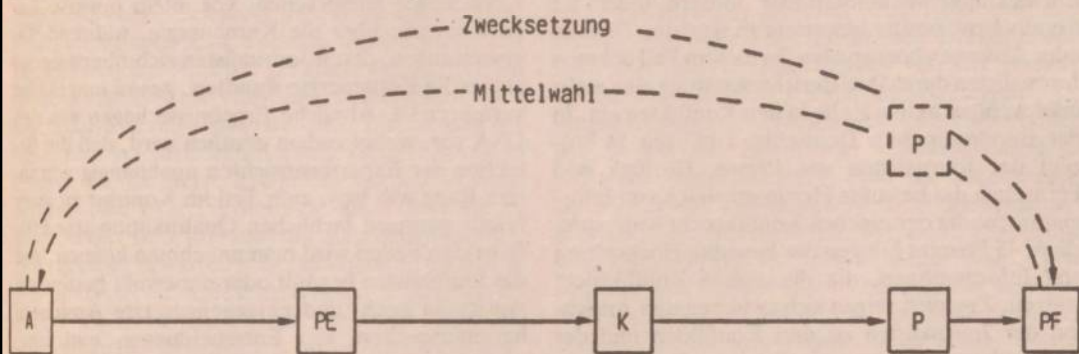
³⁷⁾ Vgl. Leon V. Sigal, *Reporters and Officials*, Lexington 1973.

³⁸⁾ Vgl. Nicolai Hartmann, *Teleologisches Denken*, Berlin 1951, S. 64 ff.

zung — die Publikation oder die erwarteten Publikationsfolgen. Es folgt die Wahl eines geeigneten Mittels, das die Publikation stimulieren soll — das Pseudo-Ereignis. Erst jetzt beginnt der zuvor gezeigte Ursache-Wirkungsprozeß, der erneut durch die Selektionsentscheidung als intervenierender

Variablen unterbrochen wird. Die Schaffung von Pseudo-Ereignissen kann man als instrumentelle Inszenierung von Ereignissen bezeichnen. Schaubild 3 illustriert das Verhältnis von Ereignis und Berichterstattung unter Berücksichtigung der instrumentellen Inszenierung von Ereignissen.

Schaubild 3: Instrumentelle Inszenierung



- A: Akteur
- PE: Pseudo-Ereignis
- K: Kommunikator
- P: Publikation
- PF: Publikationsfolgen

Das Modell des Ereignis-Managements erweitert zwar das Gatekeeper-Modell um eine gerade für die politische Kommunikation wichtige Dimension — die Intentionalität des politischen Handelns, die auf die öffentliche Resonanz zielt. Es klammert jedoch noch immer einen wesentlichen Faktor aus, die Intentionalität der journalistischen Selektionsentscheidung. Hierbei kann man zwei Arten von Intentionen unterscheiden: Intentionen, die auf den Zweck der Berichterstattung selbst und Intentionen, die auf Zwecke jenseits der Berichterstattung zielen. Beide Intentionen beeinflussen — oder vorsichtiger — können die Nachrichtenauswahl beeinflussen. Man kann deshalb von einer instrumentellen Aktualisierung sprechen. Während bei der instrumentellen Inszenierung die Ereignisse zweckgerichtet geschaffen werden, werden bei der instrumentellen Aktualisierung bereits geschehene Ereignisse zweckgerichtet genutzt.

Intentionen, die völlig oder vorrangig auf die Berichterstattung selbst zielen, liegen z. B. dann vor, wenn eine Nachrichtensendung ein vorgegebenes Verhältnis von innen- und außenpolitischen Meldungen enthalten soll³⁹⁾. Um dieses Verhältnis herzustellen oder nicht zu stören, werden bei bestimm-

ten Nachrichtenlagen zusätzliche Meldungen aus dem Bereich der Innenpolitik aufgenommen oder aber ausgeschlossen. Entscheidend ist hier nicht der Nachrichtenwert, sondern die Strukturvorgabe. Ein anderes Beispiel ist die Einladung von Diskussionspartnern aus verschiedenen politischen Lagern, die eine ausgewogene Präsentation aller Standpunkte ermöglichen soll⁴⁰⁾. Auch hier ist der

⁴⁰⁾ Vgl. Claudia Mast, Politiker im Fernsehen. Zur Frage des kommunikativen Zugangs zu einer Parteisendung, in: Publizistik, 22 (1977), S. 35—46; Claudia Mast, Politische Öffentlichkeit. Untersuchung einer Parteisendung des Zweiten Deutschen Fernsehens, Osnabrück 1978. Vgl. dazu auch im Hinblick auf Wahlkämpfe in den Vereinigten Staaten den Grundsatz der „equal-time-rule“, wonach den Kandidaten jeweils der gleiche Umfang an Sendezeit vom Fernsehen zur Verfügung gestellt werden muß; vgl. Peter Radunski, Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampf-führung als politische Kommunikation, München 1980, S. 157; Samuel L. Becker/ Elmer W. Lower, Broadcasting in Presidential Campaigns, 1960—1976, in: Sidney Kraus (Hrsg.), The Great Debates. Carter vs. Ford 1976, Bloomington—London 1979, S. 11—40; Herbert A. Terry/Sidney Kraus, Legal and Political Aspects: Was Section 315 Circumvented?, in: S. Kraus (Hrsg.), ebd., S. 41—53; im Hinblick auf die Zuteilung gleicher Redezeiten in den Fernsehdiskussionen während Bundestagswahlkämpfen vgl. Kendall L. Baker/Helmut Norpoth/Klaus Schönbach, Die Fernsehdebatten der Spitzenkandidaten vor den Bundestagswahlen 1972 und 1976. Form, Inhalt und Urteil des Publikums, in: Publizistik, 26 (1981), S. 530—544, dort S. 532.

³⁹⁾ Vgl. G. J. Robinson (Anm. 26).

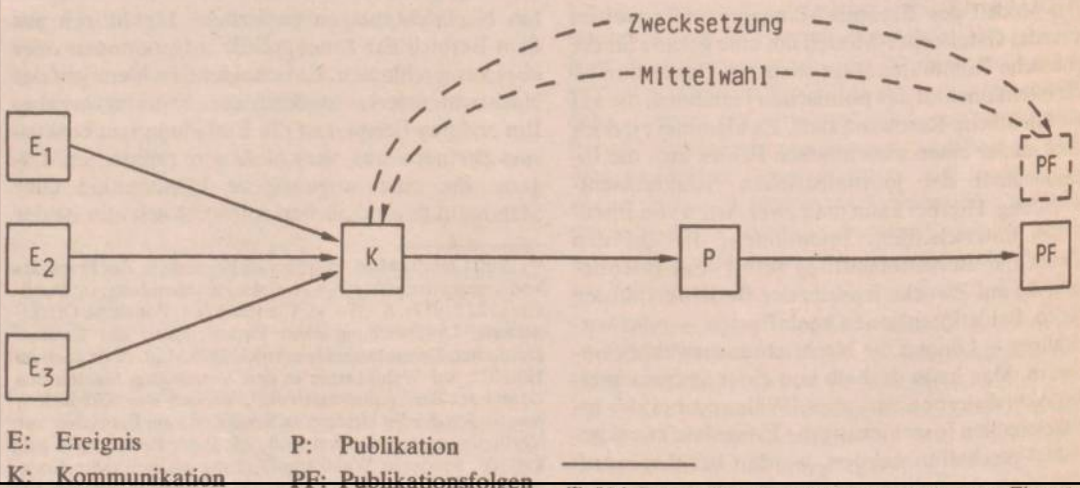
Zweck, die Ausgewogenheit der Sendung, vorgegeben, die Intentionen richten sich darauf – soweit sie vorhanden sind, den Zweck zu erfüllen.

Intentionen, die völlig oder vorrangig auf Zwecke jenseits der Berichterstattung zielen, liegen vor allem dann vor, wenn Journalisten in Konfliktfällen durch ihre Berichterstattung zielgerichtet einen der Gegner und damit eine von mehreren möglichen Entwicklungen behindern bzw. fördern, indem sie negativ bzw. positiv bewertete Ereignisse, Themen oder Aussagen hochspielen. In diesem Fall nehmen Journalisten durch ihre Berichterstattung eine mehr oder weniger aktive Rolle in den Konflikten ein. In der Bundesrepublik Deutschland billigen 14 Prozent der Journalisten von Presse, Hörfunk und Fernsehen das bewußte Herunterspielen von Informationen, die der eigenen Konfliktsicht widersprechen, 45 Prozent billigen das bewußte Hochspielen von Informationen, die die eigene Konfliktsicht stützen. Zugleich zeigen sich zwischen den Ansichten der Journalisten zu drei Konflikten und der Auswahl von Meldungen, die diese Konfliktsicht unterstützen, statistisch signifikante Zusammenhänge⁴¹⁾. Diese Zusammenhänge dürften in der Bundesrepublik Deutschland stärker ausgeprägt sein als in Großbritannien, wo sich Journalisten

wesentlich häufiger einer völlig neutralen Berichterstattung verpflichtet fühlen⁴²⁾.

Die Neigung zur instrumentellen Aktualisierung läßt sich auch durch quantitative Inhaltsanalysen der Berichterstattung nachweisen. So publizierten in der Bundesrepublik Deutschland Tageszeitungen, deren Journalisten sich überwiegend für die Kernenergie aussprachen, vor allem positive Expertenurteile über die Kernenergie, während Tageszeitungen, deren Journalisten sich überwiegend gegen die Kernenergie wandten, genau umgekehrt verfahren⁴³⁾. Ähnliche Ergebnisse liegen aus den USA vor, wobei zudem deutlich wird, daß die Selektion der Expertenansichten unabhängig von ihrem Rang war bzw. zum Teil im Kontrast zu ihrer relativ geringen fachlichen Qualifikation stand⁴⁴⁾. In beiden Fällen wird man annehmen können, daß die Journalisten bewußt oder unbewußt bestimmte Ansichten hoch- und entgegengesetzte Ansichten herunterspielten, um Entscheidungen und Entwicklungen entsprechend ihrer eigenen Problemsicht zu fördern. Schaubild 4 illustriert das Verhältnis von Ereignis und Berichterstattung unter Berücksichtigung der instrumentellen Aktualisierung von Ereignissen.

Schaubild 4: Instrumentelle Aktualisierung



⁴¹⁾ Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte, in: Max Kaase/Winfried Schulz (Hrsg.), Massenkommunikation, Opladen 1989 (= Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie); Hans Mathias Kepplinger, Voluntaristische Grundlagen der Politikberichterstattung, in: Frank E. Böckelmann (Hrsg.), Medienmacht und Politik. Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel, Berlin 1989, S. 59–83.

⁴²⁾ Vgl. Renate Köcher, Spürhund und Missionar. Eine vergleichende Untersuchung über Berufsethik und Aufgabenverständnis britischer und deutscher Journalisten, München 1985, S. 107–139; Renate Köcher, Bloodhounds and Missionaries: Role Definitions of German and British Journalists, in: European Journal of Communication, 1 (1986) S. 43–64.

⁴³⁾ Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Die Kernenergie in der Presse. Eine Analyse zum Einfluß subjektiver Faktoren auf die Konstruktion von Realität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40 (1988) S. 659–683.

⁴⁴⁾ Vgl. S. Rothman/R. Lichter (Anm. 9).

Keines der drei vorangegangenen Modelle charakterisiert für sich allein betrachtet das Verhältnis von Berichterstattung und Realität angemessen. Für eine angemessene Modelldarstellung wird man vielmehr drei Typen von Ereignissen unterscheiden müssen, die man als genuine, inszenierte und mediatisierte Ereignisse bezeichnen kann. Genuine Ereignisse werden hier Vorfälle genannt, die unabhängig von der Berichterstattung der Massenmedien geschehen. Beispiele hierfür sind Erdbeben, Unfälle und natürliche Todesfälle. Inszenierte Ereignisse werden Vorfälle genannt, die eigens zum Zwecke der Berichterstattung herbeigeführt werden (Pseudo-Ereignisse). Beispiele hierfür sind vor allem die verschiedenen Formen von Pressekonferenzen. Mediatisierte Ereignisse werden Vorfälle genannt, die zwar (vermutlich) auch ohne die zu erwartende Berichterstattung geschehen wären, aufgrund der erwarteten Berichterstattung aber einen spezifischen, mediengerechten Charakter erhalten. Beispiele hierfür sind Parteitage, Produktvorstellungen, Olympiaden und Dichterlesungen. Eine besondere Bedeutung besitzen in diesem Zusammenhang mediatisierte Konflikte, d. h. Kontroversen zwischen mindestens zwei Gegnern über einen Sachverhalt, die via Massenmedien vor einem Publikum ausgetragen werden und deshalb spezifischen Gesetzmäßigkeiten folgen⁴⁵).

In jeder Gesellschaft geschehen permanent genuine, mediatisierte und inszenierte Ereignisse, wobei der Anteil der jeweiligen Ereignistypen bzw. ihre relative Bedeutung für die Umweltorientierung vermutlich von historischen und politischen Faktoren abhängt. Die Journalisten berichten aufgrund von vielfältigen Ursachen und Zwecken über einige dieser Ereignisse umfangreicher als über andere, während sie wieder andere völlig übergehen. Dabei hängt der Einfluß zweckgerichteter Selektionsentscheidungen im Sinne einer instrumentellen Aktualisierung von Ereignissen ebenfalls von historischen und politischen Faktoren ab.

So wird man politische Systeme mit einem hohen Anteil zweckorientierter Selektionsentscheidungen von politischen Systemen mit einem geringen Anteil zweckorientierter Selektionsentscheidungen unterscheiden können. Dies dürfte in ähnlicher Weise auch auf die Entscheidung für oder gegen die Publikation einzelner Aspekte von Ereignissen bzw. der Bewertung von Ereignissen durch die Akteure und durch Beobachter gelten.

⁴⁵ Vgl. H. M. Kepplinger (Anm. 41); Hans Mathias Kepplinger/Michael Hachenberg/Werner Frühauf, Struktur und Funktion eines publizistischen Konflikts. Die Auseinandersetzung um Heinrich Bölls Artikel „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“, in: Publizistik, 22 (1977), S. 14–34.

Da die Realität, über die die Massenmedien berichten, zum Teil eine Folge der zu erwartenden Berichterstattung ist, stellt sich die Frage, ob das grundlegende Paradigma der Medienwirkungs-Forschung sachlich angemessen ist. Nach diesem Paradigma können Wirkungen der Berichterstattung nur nach der Berichterstattung auftreten. Damit werden jedoch möglicherweise bedeutende Wirkungen per definitionem aus der Wirkungsforschung ausgeklammert. Dies betrifft die oben skizzierten Wirkungen der erwarteten Berichterstattung z. B. auf die Inszenierung von Ereignissen; bedeutsamer dürften jedoch die Wirkungen sein, die die Existenz der Massenmedien als Institutionen auf die Struktur öffentlicher Kommunikation im weitesten Sinne ausübt – etwa die zunehmende Bedeutung von PR-Maßnahmen für die Selbstdarstellung von Unternehmen, Parteien, Verbänden und Regierungen⁴⁶). Auch wenn man diese Aspekte des Verhältnisses von Realität und Berichterstattung berücksichtigt, bleibt jedoch ein ebenso bedeutender Aspekt noch immer ausgeklammert, der Einfluß der vorangegangenen Berichterstattung auf die Entstehung der berichteten Ereignisse.

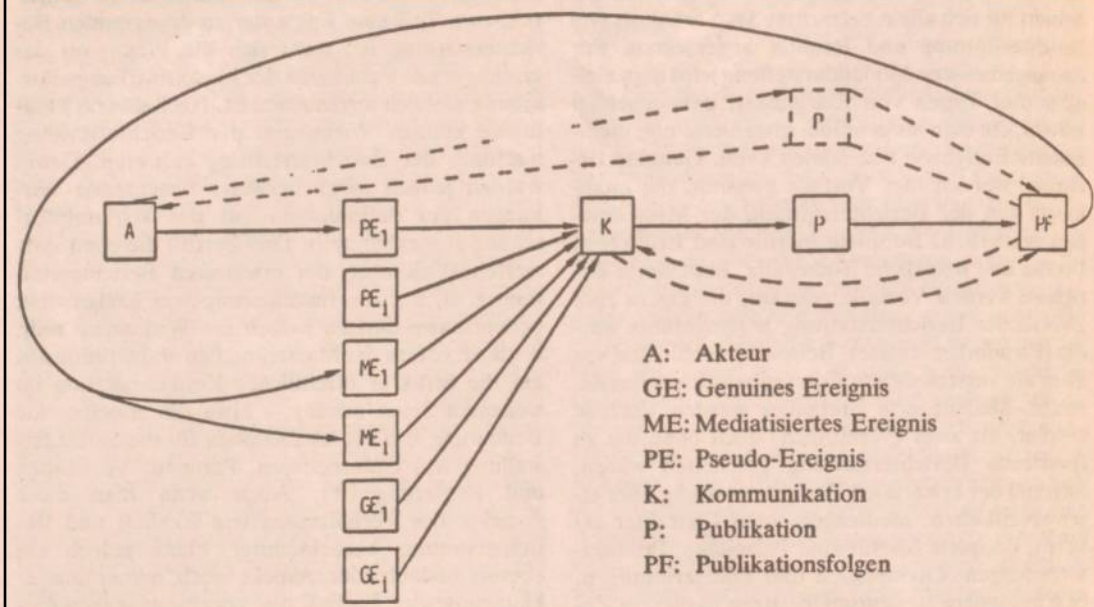
Die Realität, über die die Massenmedien berichten, ist zum Teil auch eine Folge der vorangegangenen Berichterstattung. Nach dem Jom Kippur-Krieg im Jahr 1973 erweckten z. B. die deutschen Massenmedien den falschen Eindruck, es käme kurzfristig zu einer Versorgungslücke auf dem Rohölmarkt. Als Folge dieser Vorstellung nahm die Nachfrage nach Ölprodukten sprunghaft zu. Dadurch entstanden aufgrund der beschränkten Kapazität der Raffinerien Versorgungslücken. Die Massenmedien berichteten intensiv über diese Versorgungslücken und forderten erfolgreich, das Autofahren an vier Wochenenden zu verbieten⁴⁷). Ähnliche Wechselwirkungen dürften auch bei langfristigen Meinungstrends bestehen. So dürften die Sorgen der Bevölkerung über die Kernenergie und die Umweltbelastung, über die die Massenmedien in den letzten Jahren intensiv berichteten, u. a. eine Folge ihrer vorangegangenen Darstellung beider Themen sein⁴⁸). In allen genannten Fällen wurden die Publi-

⁴⁶ Vgl. Barbara Baerns, Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem, Köln 1985; Frank Böckelmann/Günter Nahr, Staatliche Öffentlichkeitsarbeit im Wandel der politischen Kommunikation, Berlin 1979.

⁴⁷ Vgl. H. M. Kepplinger (Anm. 9); H. M. Kepplinger/H. Roth (Anm. 9).

⁴⁸ Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Künstliche Horizonte. Die Darstellung von Technik in der Presse und ihr Einfluß auf die Ansichten der Bevölkerung 1965–1986, erscheint 1989; Glenn G. Strodthoff/Robert P. Hawkins/A. Clay Schoenefeld, Media Roles in a Social Movement: A Model of Ideology Diffusion, in: Journal of Communication, 35 (1985) 2, S. 134–153.

Schaubild 5: Integriertes Modell



kationsfolgen selbst zum Gegenstand von Publikationen, was ein zirkuläres Modell des Verhältnisses von Realität und Berichterstattung nahelegt. Schaubild 5 zeigt ein solches Modell, in das auch die vorangegangenen Modelle integriert sind.

Alle bisherigen Modelle beruhen auf der Annahme, daß die Berichterstattung der Massenmedien mehr oder weniger exakt die Realität abbildet. Diese Annahme setzt voraus, daß eine solche Realität existiert, daß sie erkennbar ist und daß sie mit der Berichterstattung verglichen werden kann. Hierbei handelt es sich zum Teil um erkenntnistheoretische und zum Teil um methodische Fragen. Geht man davon aus, daß Realität existiert, erkennbar ist und mit der Berichterstattung verglichen werden kann, dann kann man u. a. die (Veränderung der) Berichterstattung durch die (Veränderung der) Realität erklären, die Angemessenheit der Berichterstattung über die Realität ermitteln und die Information über die Realität als eine Funktion der Massenmedien betrachten. Geht man jedoch davon aus, daß Realität nicht existiert, nicht erkennbar ist oder nicht mit der Berichterstattung verglichen werden kann, sind die genannten Ansätze wissenschaftlich sinnlos. In diesem Fall muß in den Modellen zwei bis fünf jeweils die linke Seite gestrichen werden.

Die Annahme, daß die Berichterstattung der Massenmedien die Realität abbildet, wurde in den vergangenen zwanzig Jahren grundlegend in Frage gestellt. Dabei kann man mehrere Positionen unterscheiden. Die erste Position lautet: Es gibt keine

objektive Realität, über die die Massenmedien berichten könnten. Daraus folgt, daß man diese Realität weder erkennen, noch mit der Berichterstattung vergleichen kann. Die Berichterstattung spiegelt die Realität weder angemessen noch unangemessen. Sie stellt vielmehr ein Konstrukt dar, das nichts anderes reflektiert als die Arbeitsbedingungen von Journalisten. Da dieses Konstrukt nicht durch medienexterne Kriterien in Frage gestellt werden kann, besitzen die Journalisten zugleich ein Monopol für die Definition von Realität: Real und relevant ist, was sie als real und relevant darstellen, was sie nicht als real und relevant darstellen, ist nicht real und relevant⁴⁹⁾.

Die entscheidende Frage lautet hier, was Begriffe wie „Realität“, „objektive Welt“ und „world out there“ bedeuten sollen. Hierbei müssen zwei Bedeutungen unterschieden werden. Die Begriffe können zum einen das Wesen (essence) der Realität – z. B. von Politik, Wirtschaft oder Kultur – bedeuten oder bestimmte Aspekte von Realität – z. B. Wahlabsichten, Währungskurse und Buchpublikationen – bezeichnen. Legt man die erste Definition zugrunde, ist Realität tatsächlich nicht erkennbar, zugleich bewegt man sich jedoch außerhalb des Realitätsverständnisses, das die Grundlage der empirischen Wissenschaft bildet – so beschäftigt sich die Chemie nicht mit „der“ Materie, sondern mit spezifischen Aspekten der Materie, die

⁴⁹⁾ Vgl. H. Molotch/M. Lester (Anm. 13); M. Fishman (Anm. 13).

eigens zum Zwecke der Analyse explizit definiert wurden (Elementen). Zugleich bestreitet man damit implizit die Möglichkeit jeder empirischen Wissenschaft, also auch einer intersubjektiven Analyse des Verhaltens von Journalisten bei der Produktion von Nachrichten, denn auch dies ist, von einem anderen Blickpunkt aus betrachtet, eine „world out there“. Legt man die zweite Definition zugrunde, dann ist die Realität bzw. der für die Analyse relevante Aspekt von Realität durchaus erkennbar und kann mit seiner Darstellung in den Massenmedien verglichen werden.

Die zweite Position lautet: Es gibt durchaus eine objektive Realität, über die die Massenmedien berichten, auch kann man diese Realität erkennen und mit der Berichterstattung der Massenmedien vergleichen. Allerdings sagen derartige Vergleiche nichts über die Qualität der Berichterstattung aus, denn es ist nicht Aufgabe der Massenmedien, jene Realität zu spiegeln, die durch andere Indikatoren – etwa Statistiken über Verkehrstote, Ölimporte, Arbeitslose usw. – erfaßt wird. Die Statistiken verzeichnen vielmehr Tatsachen, die selbst keine soziale Bedeutung besitzen, und es ist die Aufgabe der Massenmedien, diese Tatsachen zu interpretieren und ihnen dadurch eine allgemeine Bedeutung zu geben. Sie berichten folglich nicht vorrangig über die Welt der Tatsachen, sondern sie konstituieren die soziale Bedeutung von Realität, indem sie diese Tatsachen wertend interpretieren. Der Umfang der Berichterstattung über einen Reaktorunfall spiegelt deshalb z. B. nicht die Schwere der tatsächlichen oder möglichen Schäden. Er konstituiert vielmehr die soziale Bedeutung, die diesem Geschehen zukommt, wobei die Journalisten eine Schlüsselstellung einnehmen, die nicht durch Hinweise auf die reinen Fakten in Frage gestellt werden kann⁵⁰).

Die entscheidende Frage lautet hier, was die Journalisten charakterisieren wollen, ihre eigenen Bewertungsmaßstäbe oder die dargestellte Realität bzw. wie die Rezipienten die Darstellung verstehen, als Spiegelung journalistischer Sichtweisen oder als Charakterisierung objektiver Sachverhalte. Die weitaus meisten Journalisten werden ihre Realitätsdarstellungen keineswegs vorrangig als Ausdruck ihrer spezifischen Realitätssichten betrachten, sondern als ein möglichst getreues Abbild der dargestellten Realität ansehen. Hierauf deutet u. a. das allgemeine Bekenntnis zur Objektivität der Berichterstattung durch Journalisten in allen westlichen Ländern, für die entsprechende Daten vorlie-

gen⁵¹). Die weitaus meisten Leser, Hörer und Zuschauer werden zudem die Realitätsdarstellungen ebenfalls so verstehen, wie die Journalisten sie gemeint haben. Hierauf deutet u. a. die allgemein hohe Glaubwürdigkeit der Massenmedien, wobei jedoch durchaus auch medienspezifische Unterschiede bestehen⁵²). Folgt man dieser Überlegung, stellen sich zwei Fragen, die nur empirisch beantwortet werden können. Die erste Frage lautet, ob die Realitätsindikatoren, die mit der Berichterstattung verglichen werden, jene Realitätsaspekte erfassen, die die Journalisten darstellen wollen, und die die Rezipienten dargestellt glauben. Die zweite Frage lautet, ob zwischen der Realität und der Realitätsdarstellung eine Kluft besteht und welche Konsequenzen sie unter Umständen für die Individuen, Gruppen und die Gesellschaft als Ganzes besitzt.

Die dritte Position lautet: Es gibt eine Realität, über die die Massenmedien berichten. Diese Realität kann man objektiv erkennen und mit der Berichterstattung der Massenmedien vergleichen. Dabei kann man auch feststellen, ob die Massenmedien diese Realität verzerrt oder unverzerrt wiedergeben⁵³). Diese Vergleiche sind zwar nicht bei allen Themen der Massenmedien möglich, weil keine entsprechenden externen Daten vorliegen, allerdings gibt es hinreichend viele Vergleichsmöglichkeiten, um sinnvolle Aussagen über die Berichterstattung der Massenmedien zu ermöglichen. Die entscheidende Frage lautet hier, ob die Qualität der externen Indikatoren gut genug ist, um sie als Standard zu benutzen, an dem die Medienberichterstattung gemessen wird. Diese Frage kann nur im Einzelfall entschieden werden. Darüber hinaus ergeben sich zum Teil gravierende Methodenprobleme beim Vergleich von verschiedenen Realitätsindikatoren, die ebenfalls nur im konkreten Einzelfall gelöst werden können. Hierzu gehört vor allem die Gegenüberstellung von kumulierten Aussagen oder Beiträgen in den Massenmedien und von Intensitätsmaßen z. B. aus Statistiken zur Umweltbelastung,

⁵¹) Vgl. R. Köcher (Anm. 42), S. 107–139; Wolfgang Donsbach, Legitimationsprobleme des Journalismus. Gesellschaftliche Rolle der Massenmedien und berufliche Einstellung von Journalisten, Freiburg-München 1982; David H. Weaver/G. Cleveland Wilhoit, The American Journalist. A Portrait of U.S. News People and Their Work, Bloomington 1986.

⁵²) Vgl. Marie-Luise Kiefer, Massenkommunikation 1964–1980, in: Klaus Berg/Marie-Luise Kiefer (Hrsg.), Massenkommunikation II. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1980, Frankfurt 1982, S. 9–199.

⁵³) Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Rainer Mathes, The 'Event as Event' and the 'Event as News': The Significance of 'Consonance' for Media Effects Research, in: European Journal of Communication, 2 (1987), S. 391–414.

⁵⁰) Vgl. W. Schulz (Anm. 8), S. 25–29; W. Lippmann (Anm. 3).

die beide als Indikatoren für die Bedeutung von z. B. Umweltschäden in der Berichterstattung und in der Realität betrachtet werden⁵⁴). Ferner gehört hierzu die Kombination von Aussagen in den Massenmedien und von externen Messungen, die unter Um-

ständen eine unterschiedliche zeitliche und räumliche Geltung besitzen, in einem Fall möglicherweise einen ganz bestimmten Ort an einem ganz bestimmten Tag betreffen, sich im anderen Fall aber auf allgemeine Zustände innerhalb einer Region beziehen.

IV. Schlußfolgerungen

Jede Theorie der Nachrichtenauswahl beruht letztlich zumindest implizit auf einer Theorie über das Verhältnis von Realität und Berichterstattung, die ihrerseits Annahmen über den Einfluß der Massenmedien als Institution und die Wirkung ihrer Berichterstattung enthält. Hierbei handelt es sich zumindest teilweise um ein rückgekoppeltes System. Daher können zumindest die langfristigen Einflüsse der Massenmedien und Wirkungen ihrer Berichterstattung mit linearen Kausalanalysen nicht angemessen beschrieben werden. Darüber hinaus werden solche Darstellungen auch der Rolle der Journalisten in der öffentlichen Kommunikation nicht gerecht. Aus beiden Gründen erscheint es erforderlich, die Massenmedien bzw. die Journalisten nicht als externe Faktoren zu betrachten, die Aspekte von Realitätsdarstellungen und dadurch unter Umständen Realität verändern. Vielmehr sind sie als Teile dieser Realität zu verstehen, die ohne sie nicht so existieren würde, wie sie existiert⁵⁵). Bestreitet

man die Existenz einer solchen Realität, was durch die Verwendung eines spezifisch philosophischen Realitätsbegriffs geschehen kann, bestreitet man zugleich die Möglichkeit, die Tätigkeit von Journalisten selbst als eine empirisch analysierbare Realität zu betrachten. Zudem wird den Journalisten bzw. den Massenmedien ein Monopol für die Definition sozialer Realität zugesprochen, das ihre Tätigkeit gegen jede Kritik von außen immunisiert. Bestreitet man generell den Sinn eines Vergleichs zwischen externen Realitätsdarstellungen in den Massenmedien und externen Realitätsindikatoren, immunisiert man ebenfalls die Journalisten gegen eine faktenorientierte Kritik. Dabei schließt diese Immunisierung genau jene Fakten aus der Kritik aus, über die die Mehrheit der Journalisten nach eigenem Selbstverständnis berichten und die die Mehrheit der Leser, Hörer und Zuschauer von ihrer Berichterstattung erwarten.

⁵⁴) Vgl. H. M. Kepplinger (Anm. 48).

⁵⁵) Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Funktionswandel der Massenmedien, in: Manfred Rühl/Heinz-Werner Stüber

(Hrsg.), Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung. Festschrift für Franz Ronneberger, Düsseldorf 1983, S. 47-64.

Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur Informationsgesellschaft?

I. Einleitung

Die informations- und kommunikationstechnische Entwicklung und ihre Wechselwirkungen mit der Gesellschaft und ihren verschiedenen Teilbereichen zählt zu den bedeutenden politischen und wissenschaftlichen Themen der heutigen Zeit. In einer auch für Experten kaum noch zu überschauenden, ausufernden und differenzierter werdenden Debatte werden von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit verschiedenen Blickrichtungen diverse Schwerpunkte betrachtet und kontrovers diskutiert.

Wir wollen hier vor allem die relevanten technischen, ökonomischen und sozialen Aspekte dieser Entwicklung vorstellen. Dabei sollen neben den Chancen und Möglichkeiten, die die Entwicklung und Nutzung der Informations- und Kommunikationstechniken bieten, auch die Grenzen thematisiert werden. Es gilt, die Frage zu beantworten, ob und wie weit in der Bundesrepublik von einer „Informationsgesellschaft“ gesprochen werden kann.

Die ökonomischen und sozialen Aspekte des gesellschaftlichen Wandels, die in einer Wechselwirkung zur Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken stehen, sollen empirisch belegt werden. Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine Reihe von methodischen Problemen, mit denen sich die Wirkungs- und Gestaltungsforschung der Informations- und Kommunikationstechnik seit mehr als zehn Jahren auseinandersetzen muß¹⁾.

Die Schwierigkeiten beginnen bereits bei der Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes; d. h. im Kontext dieser Untersuchung mußte näher bestimmt werden, was unter Informations- und Kommunikationstechnik zu fassen ist und welche ökonomischen und sozialen Wirkungsfelder für die gesell-

schaftliche Entwicklung von besonderer Bedeutung sind.

Die modernen mikroelektronisch basierten Informations- und Kommunikationstechniken bilden heute bereits eine kaum noch zu übersehende Produktpalette. Grundsätzlich können sie als Investitions- und Konsumgüter verwendet werden. Als Investitionsgüter werden sie von privaten und öffentlichen Investoren für unterschiedliche Zwecke eingesetzt. Der Verwendung als Infrastrukturtechnik kommt eine besondere Bedeutung zu, da mit der Telekommunikationsinfrastruktur nicht nur einzelne Individuen und Organisationen, sondern die Gesellschaft insgesamt konfrontiert ist. Auch bei der konsumtiven Verwendung der Techniken ist zu differenzieren. Zum einen werden Informations- und Kommunikationstechniken fast ausschließlich zur Unterhaltung (wie z. B. Fernsehen, Computerspiele) genutzt, zum anderen aber auch professionell bzw. semiprofessionell (z. B. Personalcomputer) in der häuslichen Umgebung eingesetzt.

Erschwerend kommt hinzu, daß die modernen Informations- und Kommunikationstechniken stets Hard- und Software und in vielen Fällen zusätzlich auch Dienstleistungsfunktionen umfassen, so daß eine Abgrenzung nach sogenannten technischen Kriterien, die allein an der Hardware orientiert sind, nicht nützlich ist. Da es sich bei den Informations- und Kommunikationstechniken nicht (nur) um reine Arbeitsmittel handelt, sondern um Organisationstechniken, besitzen die Anwendungen als sozio-technische Systeme einen besonderen Stellenwert²⁾. Daraus folgt nun wiederum, daß z. B. die Automatisierung des Zahlungsverkehrs spezielle Probleme aufwirft, die nicht mit den besonderen Aspekten der computergestützten Fertigung zu vergleichen sind; letztere unterscheidet sich wiederum von der Bürokommunikation, und diese exemplarisch aufgeführten kommerziellen Anwendungsbereiche können nicht mit der Benutzung des Fernsehens in privaten Haushalten verglichen werden.

Der Text ist ein – geringfügig geänderter – Auszug aus einer Studie, die die Autoren als wissenschaftliche Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) für das Bundeskanzleramt in Bonn erstellt haben.

¹⁾ Vgl. u. a. J. Reese/H. Kubicek/B.-P. Lange/B. Lutterbeck/U. Reese, Gefahren der informationstechnologischen Entwicklung. Perspektiven der Wirkungsforschung, Frankfurt-New York 1979.

²⁾ Vgl. K. T. Schröder, Arbeit und automatische Datenverarbeitung. Ein Beitrag zur sozio-ökonomischen Theorie der automatisierten Datenverarbeitung, Wien 1981.

II. Industriegesellschaft und Aspekte einer Transformation

Die Begriffe, die zur Kennzeichnung gesellschaftlicher Entwicklungsstadien geprägt wurden, verdecken in vielen Fällen mehr von der (historischen) Realität als sie zu erhellen in der Lage sind. Die „Skavengesellschaft“ ist mit diesem Begriff ebenso wenig umfassend charakterisiert wie die „Agrargesellschaft“ der vorindustriellen Ära. Ähnliches gilt für die in jüngster Zeit im Mittelpunkt der Diskussion stehenden Begriffe „Industriegesellschaft“, „Dienstleistungsgesellschaft“, „Informationsgesellschaft“ und „Selbstbedienungsgesellschaft“. Mit diesen Begriffen soll das Augenmerk auf dominante Prinzipien der Erstellung und Verteilung von Gütern und Leistungen unter Vernachlässigung anderer gesellschaftsrelevanter Bereiche gelenkt werden. Abgesehen von der Frage, ob – qualitativ und/oder quantitativ – wirklich ein dominantes Prinzip benannt wird, müssen die Herrschaftsmechanismen, die Prozesse der politischen Willensbildung, die Legitimität der Gewaltanwendung, die Umgangs- und Verkehrsformen, die vorherrschenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die Art und Verwendung von Technik etc. berücksichtigt werden. All dies muß zur genauen Kennzeichnung einer Gesellschaft mit herangezogen werden, um ein realitätsnahes Bild vermitteln zu können. Zudem sind die Übergänge zwischen den Entwicklungsstufen fließend, so daß sich vorfindbare gesellschaftliche Konstellationen stets als Konglomerat verschiedener Einflußgrößen darstellen. Die Übergänge sind also nicht glatt und selbst ex post nicht exakt zu bestimmen, geschweige denn ex ante präzise zu prognostizieren. Somit kann die Aufgabe, gesellschaftliche Transformationsprozesse zu umreißen, nur in der Herausarbeitung partieller Entwicklungstrends und deren Wirkung auf das Gesamtgefüge verstanden werden; das dominante oder gar ausschließlich wirksame Prinzip läßt sich weder theoretisch ableiten noch empirisch belegen.

Die Diskussionen, die sich seit Ende der dreißiger Jahre – und in den letzten zehn bis 15 Jahren verstärkt – auf die Drei-Sektoren-Hypothese³⁾, die post-industrielle Gesellschaft⁴⁾, die Selbstbedienungsgesellschaft⁵⁾, oder allgemeiner auf die „Dienstleistungsgesellschaft“ und auf die „Informa-

tionsgesellschaft“⁶⁾, beziehen, sind nicht von der Entwicklung der Industriegesellschaft und ihren immanenten Veränderungen zu trennen.

Das Entstehen und Wachsen eines Dienstleistungssektors wird bis heute nicht theoretisch geschlossen begründet. Vielmehr existiert eine Reihe meist unverbundener Argumente und Begründungsstränge, mit denen das Wachstum des sogenannten tertiären Bereichs belegt und seine zunehmende Bedeutung begründet werden soll. Mit wachsendem Einkommen, so wird zum Beispiel argumentiert, verschiebt sich die Struktur der Konsumnachfrage von den Gütern der Grundversorgung (Lebensmittel, Wohnung und Kleidung) immer mehr zu den Bedarfs- und Luxusgütern. Diese Tendenz wird in entwickelten Volkswirtschaften noch dadurch verstärkt, daß nicht nur die oberen, sondern auch mittleren Einkommensgruppen über finanzielle Ressourcen verfügen, die es ihnen ermöglichen, mehr Dienstleistungen am Markt zu kaufen⁷⁾. Diese Tendenz würde, so die Erweiterung dieses Argumentationsstrangs, durch einen in den letzten Jahren spürbaren Wertewandel verstärkt. Dieser Wertewandel soll einerseits Präferenzänderungen bei den Verbrauchern hervorrufen, wodurch diese mehr Mittel für Bildung, soziale Versorgung, Unterhaltung u. ä. aufwenden. Gleichzeitig greift ein Bewußtseinswandel Platz, der die Grenzen des materiellen, quantitativen Wachstums und die Knappheit natürlicher Ressourcen reflektiert und damit auch verhaltenswirksam wird. Der Wandel fällt, nach anderen Aussagen, mit einem größeren Freizeitbudget zusammen, dessen Umverteilung ebenfalls immateriellen Leistungen wie Bildung und Unterhaltung zugute käme⁸⁾. Bedingt durch die Art der Dienstleistungen, die aufgrund der Präferenzänderungen verstärkt nachgefragt werden (soziale Dienste, Bil-

³⁾ Vgl. C. Clark, *The Conditions of Economic Progress*, London 1940; J. Fourastié, *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, Köln 1954; V. R. Fuchs, *The Service Economy*, New York 1968.

⁴⁾ Vgl. O. Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt-New York 1975; A. Touraine, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt 1972.

⁵⁾ Vgl. J. Gersbuny, *After Industrial Society. The Emerging Self-Service Economy*, London 1978.

⁶⁾ Vgl. u. a. F. Machlup, *The Production and Distribution of Knowledge in the United States*, Princeton 1962; Organization for Economic Co-operation and Development (OECD), *Information Activities, Electronics and Telecommunications Technologies*, Volume I, ICCP (Information, Computer, Communication, Policy) Reihe Nr. 6, Paris 1981; P. Otto/P. Sonntag, *Wege in die Informationsgesellschaft. Steuerungsprobleme in Wirtschaft und Politik*, Reinbeck 1985; E. B. Parker, *Social Implications of Computer/Telecommunication Systems*, Paris 1976; M. U. Porat, *The Information of Economy*, Stanford 1976; M. U. Porat, *The Information Economy*, Washington 1977; S. Nora/A. Minc, *Die Informatisierung der Gesellschaft*, Frankfurt 1979.

⁷⁾ Vgl. F. W. Scharpf, *Strukturen der post-industriellen Gesellschaft, oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informations-Ökonomie?*, in: *Soziale Welt*, 37 (1986) 1.

⁸⁾ Vgl. L. Berekoven, *Der Dienstleistungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Theoretische Fundierung und empirische Analyse*, Band 1, Göttingen 1983; R. Ingelhart,

dung, Gesundheitsvorsorge etc.), und durch den Ausbau des Sozialstaates, wächst auch die Ausweitung des Staatsanteils und somit ebenfalls nominell der Dienstleistungsbereich. Hinzu kommt ein Wandlungsprozeß der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung. Produktionsnahe Dienstleistungen wie Wartung, Werbung, Vertrieb und Software-Entwicklung werden ausgelagert bzw. von selbständigen Unternehmen preisgünstig am Markt angeboten. Weiterhin, so wird gesagt, würde wegen des technischen Fortschritts die Produktivität im primären und sekundären Sektor schneller als im tertiären Sektor steigen, so daß es zu Arbeitskräfteverschiebungen zugunsten des tertiären Sektors kommt. Der Produktivitätsunterschied zwischen dem Industrie- und dem Dienstleistungsbereich wird vor allem durch den „Uno-actu-Zusammenhang von Dienstleistung und Produktion begründet“⁹⁾. Damit ist gemeint, daß Dienstleistungen nicht lager- und transportfähig sind, da sie an die Personen gebunden sind, die sie erbringen. Gerade vor dem Hintergrund des zuletzt angeführten Argumentationsstranges wird der Dienstleistungssektor als „Auffangbecken“ für Arbeitskräfte genannt¹⁰⁾. Statistisch gesehen haben sich sowohl die Anteile der Beschäftigten, die in Dienstleistungsberufen und -unternehmen tätig sind, erhöht, als auch der Anteil des Dienstleistungssektors am Sozialprodukt vergrößert. Damit ist aber noch keine schlüssige Begründung der Transformation von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft gegeben.

Differenziert man die bisher angesprochenen Bereiche des Dienstleistungssektors einer Volkswirtschaft, dann ergeben sich folgende Segmente des Dienstleistungsbereichs¹¹⁾. Die direkt personen- und produktionsbezogenen Dienstleistungen erfüllen im arbeitsteiligen Prozeß der Erstellung und Verteilung von Gütern eine mediäre Funktion, die für einen erfolgreichen Produktions- und Vermarktungsprozeß prinzipiell unverzichtbar ist. Auch wenn diese Teilleistungen durch rechtlich selbstän-

dige Organisationen erbracht werden, können sie funktional und ökonomisch nur als ein Teil der Gütererzeugung und Verbreitung i. w. S. verstanden werden. Die indirekt personenbezogenen, sogenannten mentalen Dienstleistungen (Scharpf) wie Informieren, Ausbilden etc., sind dadurch gekennzeichnet, daß sie mittels Hard- und Softwarekomponenten der Informations- und Kommunikationstechnik (zum Beispiel in Auskunfts- und Teachesystemen) gespeichert und übertragen werden können.

Auf diese Weise können Dienstleistungen dieser Art als Produktinnovationen den Produktions- und Verteilungsprinzipien der „materiellen Welt“ der Industriegesellschaft eingegliedert werden. Für sie entfallen auch die restringierenden Faktoren, die oben durch das uno-actu-Prinzip benannt worden sind; d. h. mentale Dienstleistungen lassen sich zumindest grundsätzlich lagern (speichern) und im Raum verschieben (übertragen), ohne daß gleichzeitig ein Personenverkehr mit der Leistungsbereitstellung verbunden ist. Damit bleibt als industrieferner Bereich nur das Segment, das die direkt personenbezogenen, konsumnahen Dienstleistungen umfaßt. Aber auch dieser Bereich ist nicht vollständig „deindustrialisiert“, denn in diesem Feld sind zwei Arten von Substitutionsprozessen möglich. Zum einen werden Leistungen durch Güter ersetzt, die der industriellen Produktion entnommen sind: die Waschmaschine ersetzt die Wäscherei, Fernsehapparat, Radio und Videorecorder treten an die Stelle des Theater- und des Kinobesuchs, das Privatauto tritt zunehmend in Konkurrenz zu öffentlichen Verkehrsmitteln oder verdrängt diese sogar. Eine zweite Substitutionsbeziehung besteht zwischen konsumnahen, personenbezogenen Dienstleistungen und Eigenarbeit; d. h. im Einzelhandel, bei Tankstellen, beim Gaststätten- und Hotelgewerbe wird die ursprüngliche Dienstleistung in einigen Fällen durch Selbstbedienung ersetzt, in anderen Fällen durch „Do-it-yourself“, für das wiederum Produkte, Geräte etc. gekauft und eingesetzt werden müssen.

Somit zeigt sich weder eine (vollständige) Transformation der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft, noch kann überhaupt von einem homogenen Dienstleistungsbereich gesprochen werden. Die Heterogenität dieses volkswirtschaftlichen Bereiches läßt sich auch durch unterschiedliche Kapitalintensitäten in einzelnen Feldern, Automatisierungs- und Rationalisierungspotentiale und Qualifikationen der Beschäftigten in einzelnen Dienstleistungsbereichen belegen.

Einige Dienstleistungen wie Bewachung, Beratung und Beherbergung sind sehr arbeitsintensiv; andere, die vor allem Infrastrukturfunktionen darstel-

Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: H. Klages/P. Kmieciak (Hrsg.), Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979; L. Scholz, Auf dem Weg in die „Informationsgesellschaft“, in: ifo-schnelldienst, 38 (1985) 20, S. 7–12.

⁹⁾ M. Baethge/H. Oberbeck, Dienstleistungssektor als Auffangnetz? Zur These der Kompensation von Rationalisierungseffekten in der Produktion durch Ausweitung von Dienstleistungen – Am Beispiel kaufmännischer und verwaltender Tätigkeiten, in: Soziale Welt, 36 (1985) 2; Scharpf (Anm. 7), S. 15; vgl. auch M. Wegner, Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich – ein Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik –, in: ifo-schnelldienst, 38 (1985) 6.

¹⁰⁾ Vgl. Scharpf (Anm. 7); Scholz (Anm. 8); Baethge/Oberbeck (Anm. 9).

¹¹⁾ Vgl. Scharpf (Anm. 7).

len wie Wasser-, Gas- und Stromversorgung, Verkehr und Nachrichtenwesen, sind sehr kapitalintensiv¹²⁾. Die technisch-organisatorischen Konstellationen unterscheiden sich in den einzelnen Zweigen des Dienstleistungssektors so deutlich, daß kapitalintensiv arbeitende Dienstleistungsunternehmen eher mit Industriebetrieben gleicher Größenklasse verglichen werden können als mit anderen (arbeitsintensiven) Dienstleistungsbetrieben.

Tendenziell vergrößern sich die Rationalisierungs- und Automatisierungsmöglichkeiten bei Dienstleistungen, je produktionsorientierter und je „mentaler“ diese sind. Da die Personengebundenheit kein unabdingbares Definitionskriterium für Dienstleistungen ist, muß die „natürliche“ Begrenzung der Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungsbereich durch mangelnde Automatisierungspotentiale sehr skeptisch betrachtet werden¹³⁾. Gleichzeitig soll angemerkt werden, daß für viele Dienstleistungen, wie z. B. Beratungstätigkeiten, Planungs- und Ingenieurbüros, eine Produktivitätsmessung und somit eine Erfassung des Automatisierungspotentials schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, da keine homogenen, nur quantitativ faßbaren Ergebnisse erzeugt werden.

Der Dienstleistungssektor und die in ihm Beschäftigten werden zudem meist nur als Residualgröße definiert: „Der Dienstleistungssektor wird ebenso wie das Modell der Dienstleistungsgesellschaft dadurch definiert, was sie nicht sind. So wird üblicherweise unter Dienstleistungen die Gesamtheit jener Erwerbstätigen verstanden, die weder dem primären Sektor noch dem sekundären Sektor . . . zugerechnet werden können.“¹⁴⁾ Doch was haben der Werkschutzmann, der Bankangestellte und der niedergelassene Arzt für Allgemeinmedizin gemeinsam? Auch die Unterschiede hinsichtlich jener Kriterien, die vielfach zur Konstitution des Dienstleistungsbereichs herangezogen werden, wie hohe Qualifikationsanforderungen, direkte Interaktionsbeziehungen bei der Ausführung der Tätigkeit, intensiver Umgang mit Informationen bzw. Informations- und Kommunikationstechniken, können in den beispielhaft ausgeführten Fällen nicht als Merkmal der Gemeinsamkeit herangezogen werden.

¹²⁾ Vgl. Scholz (Anm. 8), S. 4.

¹³⁾ Vgl. P. Berger/H. van Gerpen, Neue Informations- und Kommunikationstechniken im Dienstleistungs- und Bürobereich – Analyse und Prognose quantitativer Arbeitsplatzeffekte am Beispiel des Wirtschaftsraumes Hamburg –, in: WSI-Mitteilungen, (1986) 1, S. 30–40.

¹⁴⁾ J. Berger/C. Offe, Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips, in: C. Offe (Hrsg.), „Arbeitsgesellschaft“. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt–New York 1984, S. 230.

Obwohl es heute keine inhaltliche, sozial-ökonomisch tragfähige Definition von Dienstleistungen gibt, kann man tendenziell sagen, daß sie zur Aufrechterhaltung der Funktionen des Industriesystems dienen. Dienstleistungen, als zweckorientiertes Handeln verstanden, sind also nur im Kontext mit der Frage „Leistung wozu und wofür?“ zu charakterisieren. Damit führen die theoretischen Betrachtungen zur Schlußfolgerung, daß der Prozeß der industriellen Produktion, sein Fortschritt und seine Ausdifferenzierung moderne Dienstleistungen hervorbringen und sich diese in der überwiegenden Zahl der Fälle auch direkt oder indirekt auf ihn beziehen. Der Dienstleistungssektor steht nicht für eine paradigmatische Abkehr von der Industriegesellschaft, sondern als Ausdruck des Wandels in der Industriegesellschaft.

Zum Teil sehr eng verknüpft mit der Debatte um die „Dienstleistungsgesellschaft“ ist die in der jüngsten Zeit aufkommende Diskussion über die „Informationsgesellschaft“. Dabei weichen die Begründungen für den Transformationsprozeß der Industriegesellschaft von denen zur Entwicklung einer Dienstleistungsgesellschaft zum Teil ab. Vergleichbar sind beide Argumentations- und Begründungsmuster in bezug auf den statistischen Ausweis der Tätigkeiten und Berufe, in denen Informationen produziert, verarbeitet, verteilt und verwaltet werden, die statistische Erfassung des Anteils des „Informationssektors“ am Sozialprodukt und eine – wenn auch nicht immer detailliert benannte – Veränderung im sozialen und individuellen Wertsystem.

Unterschiede bei den Begründungen zeigen sich vor allem bei der Herausstellung des gesellschaftlichen Stellenwerts eines Technikbereichs, also den Informations- und Kommunikationstechniken, der Bestimmung der gesellschaftlichen Funktion von Information, die die traditionellen „Produktionsfaktoren“ Materie und Energie, aber auch Arbeit und Kapital als Schlüsselfaktoren ablösen sollen und der Diffusionsbreite und -geschwindigkeit, mit der die unterschiedlichen Informations- und Kommunikationssysteme in den verschiedensten Anwendungszusammenhängen genutzt würden. Die Berufs- und Tätigkeitsstatistiken der westlichen Industrieländer weisen in den vergangenen Jahren erhebliche Zuwächse an Informationsbeschäftigten aus¹⁵⁾.

¹⁵⁾ Vgl. Wachsende Bedeutung des Informationssektors in der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, 35 (1985), Berlin 1985, S. 397–402; R. Filip-Köhn/G. Neckermann/R. Stäglin/W. Dostal/J. Seetzen, Information Activities: Updating and Improving the Data Base for the Federal Republic of Germany, Berlin 1984; OECD (Anm. 6); I. Schmoranz, Makroökonomische Analyse des Informationssektors, Schriftenreihe der österreichischen Computer Gesellschaft, Band 10, Wien–München 1980; vgl. Otto/Sonntag (Anm. 6).

Die statistische Zusammenfassung von Informationsberufen und -tätigkeiten auf der Basis des OECD-Klassifikationsschemas enthält sehr unterschiedliche Informationstätigkeiten. So werden als Informationsproduzenten u. a. Physiker, Soziologen, Ingenieure, verschiedene Inspektoren (z. B. Bergwerksinspektoren), Programmierer, Buchautoren und Rechtsanwälte subsummiert. Bei der Informationsverarbeitung werden unter anderem Richter, Navigationsoffiziere, Buchhalter und Manager aufgezählt. In der Rubrik Informationsverteiler werden u. a. Lehrer, Erzähler und Kinodirektoren genannt. Zu den Informations-Infrastruktur-Beschäftigten zählen u. a. Fotografen, DV-Operateure, Graveure und die Postbediensteten¹⁶⁾. Es dürfte unbestritten sein, daß die ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen dieser Tätigkeiten und Berufe sehr unterschiedlich einzustufen sind und das Wachstum einer so heterogenen Menge kaum etwas Bestimmtes über die Richtung gesellschaftlicher Veränderungen aussagt.

Auch die Begründung der steigenden Bedeutung des Informationssektors durch seinen Anteil am Sozialprodukt bleibt problematisch. Nach gängigen Verfahren setzt sich der gesamte Informationssektor aus dem

„– primären Informationssektor, zu dem die Wertschöpfung im Zusammenhang mit der Produktion von Informationsgütern und -diensten rechnet, und dem

– sekundären Informationssektor, in dem die Wertschöpfung im Zusammenhang mit dem Einsatz von Informationsarbeit und -kapital zur Produktion sonstiger Güter erfaßt werden soll“¹⁷⁾,

zusammen¹⁸⁾. Sieht man einmal von den Definitions- und Erfassungsschwierigkeiten ab, die zumindest bei international vergleichenden Studien von besonderer Bedeutung sind, da letztlich nur auf einheitlicher Datenbasis verglichen werden kann, dann fällt auf, daß die jeweils erfaßten Informationsgüter und -dienste sowie die „Informationsarbeit“ und das „Informationskapital“ nicht ohne Erklärungsverlust von ihrem Kontext isoliert werden können. Nur durch die Abstrahierung von der konkreten Bedeutung, die Informationen im Handel, im Baugewerbe, für die Nachrichtenübermittlung etc. haben, kann die Eigenständigkeit des Wertschöpfungsanteils des Informationsbereichs herausgestellt werden. Mit diesem Hinweis soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die Informationsverar-

beitung, die in einer modernen Gesellschaft individuell und kollektiv bewältigt werden muß, stark gewachsen ist. Es soll auch nicht die steigende Bedeutung der Informationsver- und -bearbeitung geleugnet werden. Es soll aber zu bedenken gegeben werden, ob damit Ansätze zu gesellschaftlicher Transformation begründet werden können.

Nun werden als weiterer Beleg einer „Informationsgesellschaft“ Wandlungen der gesellschaftlichen und individuellen Wertsysteme und Orientierungen genannt. Vergleichbar den Argumenten, mit denen die Ablösung der „Industrie“- durch eine „Dienstleistungsgesellschaft“ gestützt werden, wird in diesem Zusammenhang davon gesprochen, daß nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse in einer hochentwickelten Gesellschaft vor allem Bedürfnisse nach freizügiger Lebensgestaltung, Erschließung einer größeren (auch informationellen) Umwelt und der Wunsch, Routinen durch Maschinen erledigen zu lassen, Platz greifen. Gerade letzteres würde durch den verstärkten Einsatz informations- und kommunikationstechnischer Systeme ermöglicht¹⁹⁾. Hinzu käme ein steter Wunsch der Menschen nach Gestaltung ihrer Umgebung und ein Interesse an „Ordnung und Struktur“. Für eine effektivere Befriedigung dieser Bedürfnisse seien die modernen Informations- und Kommunikationstechniken besonders gut geeignet; neu sind diese Bedürfnisse allerdings nicht. Schließlich wird ebenfalls ein altes Bedürfnis, das nach Machtausübung und Kontrolle, genannt, dessen Befriedigung ebenfalls durch die Informations- und Kommunikationstechnik besser oder effizienter erreicht werden könnte. Alles in allem sind diese Bedürfnisse und Werte nicht neu und originär mit dem Phänomen „Informatisierung“ verbunden, so daß bisher von einer Befriedigung neuer Bedürfnisse, die zur Suche nach technologischen Innovationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken führen, nicht zwingend gesprochen werden kann.

In einem weiteren bemerkenswerten Aspekt nähern sich die Begründungsmuster, die sich des Werte- und Orientierungswandels und der Vorstellung von einem neuen „Produktionsfaktor Information“ bedienen, an. Der Stellenwert der Information in einer hochentwickelten Gesellschaft wird mit den mangelnden konventionellen Möglichkeiten der Menschen begründet, der „Informationslawe“ Herr zu werden. Das Wachstum von Wissen und neuen Erkenntnissen, z. B. gemessen an der Zahl von Büchern, Fachaufsätzen und sonstigen

¹⁶⁾ Vgl. OECD (Anm. 6), S. 122 ff.

¹⁷⁾ DiW-Wochenbericht (Anm. 15), S. 397.

¹⁸⁾ Vgl. OECD (Anm. 6); Filip-Köhn u. a. (Anm. 15), S. 23 ff.; Schmoranz (Anm. 15), S. 179 ff.

¹⁹⁾ Vgl. K. Haefner, Mensch und Computer im Jahre 2000: Ökonomie und Politik für eine human computerisierte Gesellschaft, Düsseldorf 1984.

Veröffentlichungen, sei gerade in den letzten Jahren progressiv verlaufen. Man stehe also vor einer Situation, in der zunehmend mehr Informationen verarbeitet werden müßten²⁰⁾. Um der (immer noch) wachsenden Fülle von Informationen begegnen zu können, reichten weder der Mensch selbst (das Gehirn) noch die traditionellen Mittel wie Papier, Bleistift, Rechen- und Schreibmaschine sowie die alten Nachrichtentechniken aus²¹⁾.

Gleichzeitig wird die Bedeutung der Information als neuer Produktionsfaktor neben Materie und Energie herausgestellt. Da alle physischen Prozesse eine informationelle Komponente aufweisen und in allen Lebensbereichen durch neue Produkte, Prozesse, Differenzierungen, Arbeits- und Funktionsteilungen der Koordinations- und Steuerungsbedarf zunimmt, wächst geradezu zwangsläufig der Stellenwert der Informationsspeicherung, -verarbeitung, -steuerung und -übertragung. Nicht selten wird ja davon gesprochen, daß die „Information . . . zum Produktionsfaktor Nummer eins einer hochentwickelten Industriegesellschaft geworden“ ist²²⁾. Wenn der Information aber die Funktion eines Produktionsfaktors zukommt, dann ist dieser Faktor entsprechend auszustatten. Leitungswege, Zentraleinheiten, hochwertige Peripherie, effiziente Netze und moderne Dienste, große Datenbanksysteme, mächtige Softwarepakete u. a. m. dienen also dazu, mehr als nur die Effizienz und die Effektivität der Informationsverarbeitung, -speicherung und -übertragung zu steigern. Es geht fast schon um die Errichtung einer „neuen Welt“. Einmal abgesehen von der Tatsache, daß menschliches Handeln unauflöslich mit Informationsverarbeitung und -austausch verbunden ist und daß die Information somit als konstitutives Moment einer menschlichen Gesellschaft verstanden werden kann, sollten auch andere Aspekte des „Produktionsfaktors Information“ kritisch betrachtet werden. Zum einen ist festzustellen, daß mit einem beschleunigten Wachstum an Information eine erhöhte . . . „Rate der Obsoleszenz des theoretischen Wissens“²³⁾ einhergeht; d. h. auch wenn zu Recht gesagt wird, die Menge abstrakten Wissens steige stetig an, so muß gleichzeitig gesagt werden, daß eine deutliche Tendenz besteht, nur das aktuellste Wissen, die neuesten Informationen zu verwerten. Es bestehen also begründete Zweifel, ob

die Menge der wirklich relevanten Informationen in gleichem Maße wie die Informationen insgesamt steigt.

Die abstrakte Nutzung der Begriffe Information bzw. Wissen differenziert darüber hinaus zu wenig, um genauer beurteilen zu können, welcher Stellenwert der Information und ihrem Zuwachs in der Gesellschaft zukommt. Allein das theoretische Wissen gliedert sich in viele Zweige, die durch die wissenschaftlichen Disziplinen vorstrukturiert sind. Ähnliches gilt für die praktischen Informationen, die jeweils in ihrem Verwendungszusammenhang (Berufe, Ausbildung, Privatleben, Politik, Verwaltung etc.) von Bedeutung sind. Daneben gibt es Informationen zur Unterhaltung und für andere Zwecke²⁴⁾. Damit soll nur angedeutet werden, daß es einer differenzierten Betrachtung der Informationsinhalte bedarf, um eine Schlußfolgerung von der Tragweite ziehen zu können, wie dies mit dem Begriff „Produktionsfaktor Information“ geschieht.

Die nicht selten als „Informationsrevolution“²⁵⁾ bezeichnete Entwicklung der letzten Jahre und die antizipierten Veränderungen der nächsten Jahre werden auch mit dem Wachstum der Informations- und Kommunikationstechniken selbst begründet. „Die Informationstechnik wird in den nächsten Jahrzehnten wie kaum eine andere technische Entwicklung das Zusammenleben der Menschen und den wirtschaftlichen Wettbewerb der Volkswirtschaften beeinflussen.“²⁶⁾ So oder ähnlich lautet die gebräuchliche Formel. „Auf den ersten Blick kann der ‚innovativste Wachstumszweig‘ der westdeutschen Wirtschaft mit imponierenden Zahlen aufwarten:

— der Wert der Inlandsversorgung (= Produktion + Import ./. Export) in der Bundesrepublik mit Büro- und Informationstechnik stieg von 1974 bis 1984 von 5 064 Mio. DM auf 17 585 Mio. DM oder um 247,3 Prozent; allein in der Zeit von 1983 bis 1984 betrug die Zuwachsrate 31,4 Prozent.

— Im selben Zeitraum (1974 bis 1984) stieg die Zahl der Telefonhauptanschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland von 12,446 Mio. auf 24,921 Mio., also um 100,2 Prozent.

²⁰⁾ Vgl. ebda., S. 16 ff.

²¹⁾ Vgl. R. D. Hamrin, *The Information Economy. Exploiting an Infinite Resource*, in: *The Futurist*, 15 (1981) 4, S. 25.

²²⁾ Der Bundesminister für Forschung und Technologie, 1984 und danach. Die gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik. Dokumentation der internationalen Konferenz der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und des Senats von Berlin in Zusammenarbeit mit der OECD, 28.–30. November 1984 in Berlin, Bonn 1985, S. 9.

²⁰⁾ Vgl. Schmoranz (Anm. 15), S. 48 ff.

²¹⁾ Vgl. L. A. Nefiodow, *Europas Chancen im Computer-Zeitalter. Ein Plädoyer für die neuen Technologien*, München 1984.

²²⁾ B. Delaloye, *Bedeutung der Kommunikations- und Informationstechnologie*, in: *Bulletin technique PTT*, (1985) 6, S. 209.

²³⁾ Schmoranz (Anm. 15), S. 53.

– Die Anzahl der Datenübertragungseinrichtungen in den Fernmeldenetzen wuchs von 24 435 im Jahre 1974 auf 209 572 im Jahre 1985; hier betrug die Wachstumsrate 757,7 Prozent. Im Vergleich der Jahre 1983 und 1984 lag die Steigerungsrate bei 20,1 Prozent.

Angesichts der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland, das im Vergleichszeitraum von 1 008 Mrd. DM auf 1 298,5 Mrd. DM um real 20,1 Prozent anstieg, von 1983 bis 1984 um real 2,6 Prozent wuchs²⁷⁾, nehmen sich die wenigen Daten auf den ersten Blick sehr überzeugend aus. Aber auch in diesem Kontext ist es notwendig, den Stand und die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken genauer zu betrachten. Zum einen sind – wie bereits angedeutet – nicht alle Techniken so neu, wie oft behauptet. Viele sind mehr als 100 Jahre alt, wie das Telefon, andere älter als 50 Jahre (Telex), und auch das Fernsehen und die Computer weisen eine circa 40jährige Geschichte auf²⁸⁾. Zum anderen ist ökonomisch stets die relative Vorteilhaftigkeit von Produkten und Produktionsprozessen zu bewerten; d. h. man muß den Wirtschaftsbereich Informations- und Kommunikationstechnik mit der gesamten Wirtschaftsentwicklung vergleichen und relativ zu anderen Wirtschaftszweigen betrachten. So gesehen müssen die angeführten Wachstumsraten und ihre Bedeutung relativiert werden.

Als letzter Begründungsstrang soll die These von der schnellen Diffusion der Informations- und Kommunikationstechnik kurz gewürdigt werden. Die Schlüsselrolle einer (neuen) Technik kann gerade dadurch belegt werden, daß sie sehr schnell in verschiedenen Lebens- und Anwendungsberei-

chen genutzt wird. Es besteht – allgemein betrachtet – kein Zweifel an der großen Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechniken. So kann man sich heute fast keinen Lebensbereich mehr denken, in dem nicht informations- oder kommunikationstechnische Elemente oder Systeme implementiert sind²⁹⁾. Heute werden Konzepte wie „Büro der Zukunft“, „Fabrik der Zukunft“, die auf hochintegrierten Informationssystemen basieren, intensiv diskutiert³⁰⁾. Obwohl diese Konzepte in vielen öffentlichen und fachwissenschaftlichen Veranstaltungen behandelt und in Veröffentlichungen beschrieben werden, ist zu sagen, daß eine umfassende Anwendung der Informations- und Kommunikationstechniken noch nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen Platz gegriffen hat. Einzelne empirische Daten und Expertenschätzungen lassen auch in diesem Zusammenhang Zurückhaltung angemessen erscheinen. 1984 wurden in circa 90 Prozent aller Betriebsstätten in der Bundesrepublik Deutschland nur Schreibmaschinen, Kopierer und Telefone als Informations- und Kommunikationstechniken benutzt³¹⁾. Von Multifunktionalität oder integrierten Systemen kann heute, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen, noch nicht gesprochen werden; bei den Großunternehmen sieht die Situation zum Teil anders aus, obwohl auch dort bislang keine vollständige Automatisierung von Büro und Fertigung realisiert worden ist.

Die genannten Ansatzpunkte und Tendenzen einer Transformation der „Industrie-“ in eine „Informationsgesellschaft“ können Zweifel an der Schlüssigkeit und Tragweite der Aussagen nicht ausräumen. Sie sind zu partiell orientiert, als daß sie einen umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozeß ausreichend belegen und begründen könnten.

III. Zusammenfassung

Zusammenfassend hat die Analyse gezeigt, daß die Erklärungsansätze zur „Deindustrialisierung“ bzw. zur „Dienstleistungsgesellschaft“ im Sinne der Drei-Sektoren-Theorie nicht hinreichend erklärungskräftig sind. Das statistische Material, das als Beleg für einen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft herangezogen wird, zeigt bei eingehender Untersuchung, daß die häufig

beschriebene Zunahme an Dienstleistungen durch einen wachsenden Staatsanteil am Sozialprodukt und durch verschiedene Formen der Reorganisation des industriellen Kerns der Wirtschaft und seiner Teilbereiche bedingt ist. Unterscheidet man bei der privaten Dienstleistung nach produktions- bzw.

²⁷⁾ K. Schröder/U. Steppat, Bürokommunikation in mittelständischen Maschinenbauunternehmen, Sonderdruck aus: net, (1986) 7/8.

²⁸⁾ Vgl. E. Haas, Industriestaaten auf dem Weg in die Informationsgesellschaft: Die europäischen Staaten, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 32 (1982) 1, S. 37–39.

²⁹⁾ Vgl. u. a. H. R. Hansen u. a., Mensch und Computer, München–Wien 1979.

³⁰⁾ Vgl. u. a. C. Krebsbach-Gnath (Hrsg.), Die gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik, München 1986.

³¹⁾ Vgl. Den Rohstoff Information richtig verarbeiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Februar 1985, S. 14.

industrienahen auf der einen und konsumnahen Dienstleistungen auf der anderen Seite, dann zeigt sich ebenfalls ein differenzierteres Bild. Neue produktionsnahe Dienstleistungen lassen sich primär ökonomisch begründen, weil es für Unternehmen oft effektiver ist, sich fallweise z. B. Beratungsleistungen am Markt zu kaufen, als entsprechende Stabsmitarbeiter ständig zu beschäftigen. Da Dienstleistungen dieser Art dazu dienen, die Leistungsfähigkeit des industriellen Kernsystems zu erhalten und zu verbessern, sind sie eher diesem als einem „Dienstleistungssektor“ zuzuordnen. Die gängigen Erklärungen einer beschleunigten „Deindustrialisierung“ übersehen zudem einen eher gegenläufigen Trend, der als „Industrialisierung von Dienstleistungen“ bezeichnet werden kann.

Die Entstehung einer „Informationsgesellschaft“ – nun im Sinne einer Erweiterung der Drei-Sektoren- zu einer Vier-Sektoren-Theorie – wird (fast ausschließlich) mit zwei Argumentationslinien begründet:

– Eine Analyse der Arbeitsmarktdaten und Berufsstatistiken zeige, daß heute Informationsbe- und -verarbeiter u. ä. überwiegen würden.

– Mikroelektronisch basierte Informations- und Kommunikationssysteme hätten angesichts ihrer Wachstumsdynamik technisch und ökonomisch eine so weitreichende Schlüsselfunktion eingenommen, daß auch aus diesem Grund in absehbarer Zukunft eine qualitativ neue Gesellschaft entstünde.

Beide Argumentationsmuster erweisen sich bei genauer Untersuchung des statistischen Materials und tiefgreifender Betrachtung der wesentlichen Veränderungen als nicht ausreichend erklärungssträchtig. Die Argumente verweisen zwar auf wichtige Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen (Berufsstruktur, Teilarbeitsmärkte, technische Entwicklungslinien etc.), ohne daß sich damit allein ein grundsätzlicher Wandlungsprozeß begründen ließe.

Die erste Argumentationskette basiert auf der Umschichtung statistischen Materials. Durch Umgruppierung der vorhandenen Daten werden „homogene Informationsarbeitsmärkte“ mittels statistischer Abstraktion erzeugt. Entzieht man nämlich – wie eingangs gesagt – der Informationsverarbeitung und den Kommunikationsvorgängen die Zweckorientierung und betrachtet man somit Tätigkeiten oder gar Berufe ohne den jeweils relevanten Kontext, dann kann man ganz allgemein von „Informationsarbeitern“ sprechen. Diese Vorgehensweise führt jedoch nicht zu tragfähigen Ergebnissen, da der spezifische Hintergrund, die Zielsetzung, die Situation etc. bei den jeweils betrachteten „Informationsarbeitern“ unberücksichtigt bleiben. Die formal als Informationsarbeiter Klassifizierten bleiben real Mediziner, Versicherungssachbearbeiter, Fernmeldetechniker der Deutschen Bundespost usw.

Die zweite Argumentationslinie muß als eindimensional und deshalb als nicht hinreichend begründet bezeichnet werden. Entstehung, Verbreitung und selbst überproportionales Wachstum einer Technik (-familie) kann nicht allein als Beleg für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel gelten. Die technologische Entwicklung ist nur eine, wenn auch wichtige, Komponente einer Gesellschaft. Wäre die Technik der dominierende Aspekt, dann hätten sich auch Dampfmaschinen- und Elektrizität- bzw. Eisenbahn- und Automobilgesellschaft als prägende Begriffe für bestimmte Epochen durchgesetzt.

Einen grundlegenden Wandel des vielschichtigen Gebildes „Industriegesellschaft“ monokausal oder auch nur mittels weniger ausgesuchter Faktoren begründen zu wollen, ist unangemessen. Es zeigt sich ein partieller Wandel der bestehenden Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, der im Begriff „Informatisierung der Industriegesellschaft“ adäquat gefaßt werden kann.

Auswirkungen des Kabelfernsehens: Passivität und Vereinsamung durch Reizüberflutung im erweiterten Fernseh-(Unterhaltungs-)Angebot?

I. Befürchtungen im Vorfeld

Vor nunmehr fast zehn Jahren wagte der damalige Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt, Albrecht Müller, auf Erkenntnisse aus 96 psychologischen Explorationen mit Bundesbürgern zur Akzeptanz des Kabel- und Satellitenfernsehens gestützt die Prognose: „Wenn die öffentliche Debatte um die neuen Medien stattfindet, dann wird am Ende mit großer Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit gegen die neuen Medien sein.“¹⁾ 1979 hatte das Münchner SINUS-Institut im Auftrag des Bundeskanzleramtes diese jeweils rund einstündigen Einzelergebnisse durchgeföhrt. Dabei wurden die Interviewten „im ersten Teil des Gesprächs, nachdem sie zuvor über ihre Fernsehgewohnheiten, über ihre Bewertung des aktuellen Fernsehangebots exploriert worden waren, zu einer spontanen Stellungnahme zum Kabelfernsehen angeregt. Nach eingehender Beschäftigung mit dem Thema, wobei die Gesprächspartner stimuliert wurden, die Vor- und Nachteile des Kabelfernsehens gegeneinander abzuwägen, wurde dann wieder um ein Urteil gebeten.“²⁾ Nach Aufklärung über mögliche Vor- und Nachteile des Kabelfernsehens stieg der Anteil der eindeutigen Kabelablehner, der bei den ersten spontanen Stellungnahmen nur 33 Prozent betragen hatte, auf am Ende 56 Prozent. Den größten Zulauf erhielt die ‚Ablehnungsfront‘ aus der Gruppe der Neutralen und Uninformierten. Diese waren „durch die möglichen Nachteile des Kabelfernsehens in so starkem Maße beeindruckt, daß sie bis auf einen kleinen Rest in das Lager der Ablehner überwechseln“³⁾. Als wichtigste Argumente gegen das Kabelfernsehen führte Albrecht Müller folgende Befürchtungen an⁴⁾:

1. Manipulation des Fernsehzuschauers als Konsument und Wähler;

2. Beeinträchtigung zwischenmenschlicher Beziehungen („zunehmender geistiger Dämmerzustand“, „Unfähigkeit zum Gespräch und zum aktiven Aufeinanderzugehen“);

3. Verführung zur geistigen und körperlichen Untätigkeit sowie

4. Nachteile und Gefahren speziell für Kinder und Jugendliche.

Obwohl Albrecht Müller die begrenzte Aussagefähigkeit der auf nur 96, nicht in allen relevanten Merkmalen repräsentativen Explorationen gestützten Ergebnisse erkannte, hielt er die „Eindeutigkeit und Signifikanz“⁵⁾ der gefundenen Veränderungen doch für so stark, daß er seine negative Prognose hinreichend abgesichert sah. Allerdings empfahl er, zur breiteren Fundierung derartige psychologische Explorationen bei einem repräsentativen Querschnitt von etwa 2 000 Mitbürgern zu „vielfältigen“, was schneller politisch verwertbare Erkenntnisse liefern und letztlich „sozialwissenschaftlich aussagefähiger“ und zudem „unvergleichlich billiger“ sei als die vorgesehenen Kabelpilotprojekte⁶⁾.

Zur Errichtung und Nutzung von Breitbandverteilnetzen empfahl die Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK; Vorsitz: Professor Eberhard Witte) 1976 die Durchführung von Pilotprojekten (Modellversuche); 1978 faßten die Ministerpräsidenten der Länder einen entsprechenden Beschluß. Wie viele Gegner des Kabelfernsehens befürchtete auch Albrecht Müller, die Pilotprojekte würden entgegen den Absichten der damaligen Bundesregierung unter Helmut Schmidt⁷⁾ vollendete Tatsachen schaffen und die

⁵⁾ Ebda., S. 182.

⁶⁾ Ebda., S. 185 f.

⁷⁾ So heißt es im medienpolitischen Beschluß des Bundeskabinetts vom 26. September 1979: „Sichergestellt werden muß, daß die Entwicklung und Anwendung neuer Kommunikationstechniken nicht zu Zugzwängen, zur faktischen, rechtlichen oder politischen Präjudizierung medienpolitischer Grundentscheidungen führen.“

¹⁾ Albrecht Müller, Einstellungen der Fernsehzuschauer zur weiteren Entwicklung des Mediums Fernsehen. Bericht zu einer psychologischen Studie, in: Media Perspektiven, (1980) 3, S. 182.

²⁾ Ebda., S. 181.

³⁾ Ebda., S. 182.

⁴⁾ Vgl. ebda., S. 182–184.

medienpolitische Entscheidung über die Einführung des Kabelfernsehens präjudizieren. Niemand werde es wagen, die zur faktischen Erprobung in den Pilotprojekten erforderlichen enormen Investitionen zum Aufbau der Kabelnetze

und der sendetechnischen Infrastruktur sowie für die Programmproduktion wieder rückgängig zu machen, zumal dies mit einem Abbau vieler, gerade neugeschaffener Arbeitsplätze verbunden wäre.

II. Veränderter Stellenwert der Pilotprojekte

Die verbreiteten Zweifel an der „Rückholbarkeit“ der ursprünglich ergebnisoffen geplanten Pilotprojekte waren insofern berechtigt, als unmittelbar nach dem Amtsantritt der Regierung Helmut Kohl vom neuen Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling die bundesweite Verkabelung der Haushalte eingeleitet und zügig vorangetrieben wurde, ohne die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung in den erst 1984 mit großer zeitlicher Verzögerung gestarteten Pilotprojekten abzuwarten. Ende 1988 waren in der Bundesrepublik 11,7 Millionen oder 45 Prozent aller Haushalte verkabelt. 39,5 Prozent dieser Haushalte haben sich bisher zum Empfang der erweiterten Programmangebote des Kabelfernsehens entschlossen⁸⁾. Die Frage, ob das Kabelfernsehen in der Bundesrepublik eingeführt werden soll, war damit bereits entschieden, sie stellt sich heute nicht mehr. Dagegen hatten erste Zwischenergebnisse aus den Pilotprojekten Einfluß auf die Frage, wie die Einführung am besten erfolgen kann, insbesondere im wirtschaftlichen und technischen Bereich sowie bei der politischen Willensbildung über die inzwischen verabschiedeten neuen Mediengesetze der Länder. Bernhard Vogel, langjähriger Vorsitzender der Medienkommission der Länder, sieht das Vierte Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1986 als Bestätigung der im Ludwigshafener Pilotprojekt erstmals erprobten Konzeption eines dualen Rundfunksystems mit einer Grundversorgung durch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten im Wettbewerb mit den Zusatzangeboten privater Programmveranstalter. „Nicht zuletzt hat der Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens vom 3. April 1987 die wesentlichen Gestaltungsmerkmale eines dualen Rundfunksystems herausgearbeitet, wie sie

sich in der wissenschaftlichen Begleitung dargestellt haben — insbesondere in den Fragen der Finanzierbarkeit und der Rechtsgrundlagen, aber auch des Jugendschutzes und der Förderungsmöglichkeiten für den Offenen Kanal.“⁹⁾

Nach der faktischen Etablierung und auch verfassungsrechtlichen Absicherung des dualen Rundfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland liegt der Wert der Pilotprojekte und ihrer noch nicht abgeschlossenen wissenschaftlichen Begleitung nicht mehr in einer Entscheidungshilfe für grundlegende medienpolitische Weichenstellungen. Vielmehr kann es, wie Eberhard Witte im Schlußbericht der Münchner Projektkommission resümiert, „nur darum gehen, den Prozeß der Evolution schrittweise zu erproben und kontrolliert zu gestalten“¹⁰⁾. Sollte die wissenschaftliche Begleitforschung unerwünschte Auswirkungen nachweisen, wären daraus politische und rechtliche Konsequenzen zu ziehen, wie z. B. medienpädagogische Maßnahmen, geänderte Zulassungsregelungen und Auflagen für die Programmveranstalter.

Vom Zwang zur kurzfristigen Politikberatung befreit, eröffnen sich den an der Begleitforschung beteiligten Wissenschaftlern jetzt auch größere Freiräume für eine vergleichende Bewertung des Beitrags der mit zum Teil sehr unterschiedlichen Forschungsansätzen gewonnenen inhaltlichen und methodischen Erkenntnisse für die kommunikationswissenschaftliche Wirkungsforschung.

⁸⁾ Nach Angaben im Pressedienst des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen vom 17. Januar 1989.

⁹⁾ Vorwort des (damaligen) Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, in: Wissenschaftliche Begleitkommission zum Versuch mit Breitbandkabel in der Region Ludwigshafen/Vorderpfalz. Materialien Band 5. Abschlußbericht an die Landesregierung Rheinland-Pfalz, Berlin-Offenbach 1987, S. 12.

¹⁰⁾ Eberhard Witte u. a., Kabelpilotprojekt München. Bericht der Projektkommission, München 1987, S. 74.

III. Die Untersuchungsaufgabe

Im vorliegenden Beitrag über Auswirkungen des Kabelfernsehens kann noch keine abschließende Bilanz der wissenschaftlichen Begleitforschung in den vier für die Modellversuche ausgewählten Pilotgebieten Ludwigshafen/Vorderpfalz (Projektlaufzeit: 1. Januar 1984 bis 31. Dezember 1986), München (1. April 1984 bis 31. Dezember 1985), Dortmund (1. Juni 1985 bis 31. Mai 1988) und Berlin (Beginn: 28. August 1985, vorgesehene Laufzeit: 5 Jahre) gezogen werden. Zwar liegen die Schlußberichte der wissenschaftlichen Begleitkommissionen von Ludwigshafen (1987)¹¹⁾ und München (1987)¹²⁾ vor. Der ursprünglich für Ende 1988 angekündigte Schlußbericht der Dortmunder Projektmission steht noch aus. Von der Forschungsgruppe der Universität Mannheim (Leitung: Professor Max Kaase), die zunächst im Auftrag der Ländermedienkommission und später von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) weiterfinanziert parallel zur offiziellen wissenschaftlichen Begleitkommission im Raum Ludwigshafen Wirkungsuntersuchungen durchführte, sind lediglich erste Teilbefunde zugänglich. Dies trifft auch auf die verschiedenen Forschergruppen im noch nicht abgeschlossenen Berliner Kabelpilotversuch zu.

Hier soll nicht nochmals ein Gesamtüberblick über die jeweiligen organisatorischen, inhaltlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die spezifischen Zielsetzungen der verschiedenen Pilotprojekte und die dort durchgeführten bzw. noch geplanten Untersuchungen und Auswertungen gegeben werden. Synoptische Darstellungen dazu wurden mit umfangreichen Literaturhinweisen in letzter Zeit unter anderem von Uwe Hasebrink¹³⁾ und Will Teichert¹⁴⁾ publiziert. Vielmehr sollen hier aus der Fülle der bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse aus den verschiedenen Programmanbieterbefragungen und Programmanalysen sowie der Rezipientenforschung (u. a. Akzeptanzuntersuchungen, Nutzungs- und Wirkungsstudien) lediglich jene Erkenntnisse herausgegriffen werden, die eine empirische Überprüfung — Bestätigung oder Widerlegung — dreier zentraler Thesen der Kabelgegner ermöglichen.

Erstens: Kommt es bei den Kabelfernseheteilnehmern nach dem Anschluß an das (in der Regel von

früher etwa vier bis fünf ortsüblichen auf jetzt rund 20 empfangbare Programme) wesentlich erweiterte Fernsehprogrammangebot öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten im Wettbewerb mit den Angeboten privater Programmveranstalter zur Verführung zu exzessivem Fernsehkonsums mit einer Reizüberflutung insbesondere durch Unterhaltungsangebote?

Zweitens: Verdrängt die passive Fernsehrezeption aktive Beschäftigungen innerhalb des nicht unbegrenzten Freizeitbudgets der Zuschauer (zunehmende Passivität)?

Drittens: Beeinträchtigt erweiterter Fernsehkonsum die zwischenmenschlichen Beziehungen, insbesondere die personale Kommunikation innerhalb und außerhalb der Familie bis hin zur Vereinsamung?

Als erste signalisierte Elisabeth Noelle-Neumann schon im Sommer 1985 gleichsam „Entwarnung“. Die Ergebnisse der ersten Wiederholungsbefragung, die das Allensbacher Institut an der Jahreswende 1984/85 im Auftrag der wissenschaftlichen Begleitkommission unter Personen durchführte, die schon ein Jahr vorher (vor Aufnahme des Sendebetriebs in der Region Ludwigshafen/Vorderpfalz) von Allensbacher Interviewern befragt worden waren, „sind geeignet, bestimmte dramatische Befürchtungen, die seit Jahren wiederholt werden, zu besänftigen“¹⁵⁾. Nach Anschluß an das Kabelfernsehen hatten die Kabelpioniere ihren Fernsehkonsum werktags nur um rund neun Minuten ausgeweitet und „in bezug auf Freizeitbeschäftigungen, wie Sport treiben, sich um Nachbarn kümmern, Theater und Konzerte besuchen, lassen sich bisher Verdrängungseffekte nicht erkennen“¹⁶⁾. Besonders überraschte der Befund, daß sich das Familienklima zwischenzeitlich nicht nur nicht verschlechtert hatte, sondern eher Besserungen anzeigte. „Öfter ist die Stimmung bei uns wegen Kleinigkeiten gereizt“, sagten die Kabelteilnehmer vor dem Anschluß zu 31 Prozent, ein Jahr später zu 17 Prozent (Kontrollgruppe: 22 Prozent, ein Jahr später 23 Prozent). „Es könnte also so sein“, schrieb Elisabeth Noelle-Neumann, „daß der Einfluß auf das Familienleben genau umgekehrt ist, als jahrelang angenommen wurde“¹⁷⁾. Einschränkend fügte sie hinzu „Eine zurückhaltende Berichterstat-

¹¹⁾ Vgl. Anm. 9.

¹²⁾ Vgl. Witte u. a. (Anm. 10).

¹³⁾ Vgl. Uwe Hasebrink, Begleitforschung zu den Kabelpilotprojekten, in: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen, Hamburg 1988, S. B 167—B 187.

¹⁴⁾ Vgl. Will Teichert, Wider die Folgenlosigkeit. Bestandsaufnahme der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung zu den Kabelpilotprojekten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46—47/88, S. 14—29.

¹⁵⁾ Elisabeth Noelle-Neumann, Auswirkungen des Kabelfernsehens. Erster Bericht über Ergebnisse der Begleitforschung zum Kabel-Pilot-Projekt Ludwigshafen/Vorderpfalz, Materialien Band 1, Berlin—Offenbach, 1985, S. 137.

¹⁶⁾ Ebda., S. 129.

¹⁷⁾ Ebda., S. 119.

tung ist schon darum erforderlich, weil wir bisher nur Kurzzeitwirkungen bis höchstens 12 Monate erfaßt haben. Der weitere Verlauf muß abgewartet werden.“¹⁸⁾ Wie zu erwarten war, stießen diese ersten Befunde auf Erstaunen und massive Kritik. Ingrid Scheithauer nannte sie schlichtweg Artefakte¹⁹⁾.

IV. Forschungsdesigns der Wirkungsforschung

Schon an dieser Stelle sei davor gewarnt, von der empirischen Kommunikationsforschung gleichsam ‚endgültige Antworten‘, nicht mehr anzweifelbare Ursache-Wirkungs-Aussagen zu erwarten. Vor allem wenn es, wie hier, um Aussagen über langfristige Auswirkungen neuer Medienangebote unter natürlichen Feld- (nicht unter künstlichen Laboratoriums-)bedingungen geht, sind eindeutige Kausalaussagen aufgrund der Vielzahl möglicher, nicht voll kontrollierbarer Einflußfaktoren unzulässig. In den Anforderungen an die Wirkungsforschung wird man sich zumindest vorläufig darauf beschränken müssen, „anstelle von unbezweifelbaren Beweisen der Wirkung die systematische Kumulation von Evidenzen zu setzen“²⁰⁾. Zur Erzielung von Erkenntnisfortschritten im Sinne gesteigerter Evidenz hat die Senatskommission für Medienwirkungsforschung der DFG unter anderem empfohlen, vermutete Zusammenhänge in „Wiederholungsuntersuchungen als Replikationen und Variationen von Fragestellungen und Designs“ zu überprüfen²¹⁾. Würden die verschiedenen Forschergruppen in den vier Kabelpilotprojekten mit ähnlichen oder voneinander abweichenden Forschungsdesigns und Fragestellungen zu gleichen Erkenntnissen gelangen, würde dies höhere Bestätigungsgrade und damit gesteigerte Evidenz bedeuten.

Der hier vorgesehene Ergebnisvergleich setzt zunächst eine kurze Methodendarstellung und kritische Würdigung der verschiedenen Forschungsansätze voraus. Nur so läßt sich die Aussagekraft der Befunde beurteilen. Als ideales Untersuchungsdesign für Wirkungsnachweise gilt die experimentelle

Wie ist diese „frühe Entwarnung“ heute zu bewerten, nachdem die Ludwigshafener Begleitforschung weitere zwei Jahre fortgeführt wurde und dazu inzwischen Forschungsergebnisse auch aus den drei anderen Pilotgebieten vorliegen? Wurden die frühen Ludwigshafener Befunde inzwischen ganz oder teilweise bestätigt oder aber widerlegt?

Pretest-Posttest Untersuchungsanordnung mit einer Testgruppe auf die ein experimenteller Faktor (Nutzung des erweiterten Programmangebots im Kabelfernsehen) einwirkt und einer merkmalsgleichen Kontrollgruppe ohne Einwirkung des experimentellen Faktors (ohne Kabelanschluß)²²⁾. Nach der Logik des sozialwissenschaftlichen Experiments wären Veränderungen, die sich in der Testgruppe mit Kabelanschluß beim Vergleich von Vorher- und Nachher-Messung zeigen, dann als Wirkungen des experimentellen Faktors anzusehen, wenn sich in einer merkmalsgleichen Kontrollgruppe ohne Kabelanschluß keine entsprechenden Veränderungen ergeben. Würden sich in Test- und Kontrollgruppe gleichlaufende Veränderungen zeigen, wäre dies als normale Veränderung im Zeitablauf zu interpretieren, z. B. aufgrund allgemeiner gesellschaftlicher, kultureller, wirtschaftlicher oder politischer Trends oder entwicklungspsychologischer Reifungsprozesse.

Da im Laufe des Diffusionsprozesses mit zunehmender Kabelanschlußdichte direkte oder indirekte Wirkungen des Kabelfernsehens auch auf die Nichtteilnehmer im Versuchsbiet (interne Kontrollgruppe) unvermeidlich sind (z. B. durch das Ansehen der neuen Kabelprogramme bei bereits angeschlossenen Nachbarn, Freunden oder Bekannten oder durch Gespräche oder die Berichterstattung in der Zeitung) ist die zusätzliche Beobachtung einer merkmalsgleichen Kontrollgruppe außerhalb des Versuchsgebietes zu empfehlen (externe Kontrollgruppe).

Für die Vorher-Nachher-Messungen zur Ermittlung von Verhaltens- und Einstellungsänderungen bieten sich Panelbefragungen als angemessenste Methode an, personenidentische Wiederholungsbefragungen in Zeitabständen mit in weiten Teilen identischem Frageprogramm²³⁾. In Kombination dazu sollten zur möglichst präzisen, personen- und

¹⁸⁾ Ebda., S. 137.

¹⁹⁾ Vgl. Ingrid Scheithauer, Aus der Begleitforschung des Kabelpilotprojektes Ludwigshafen, in: Media Perspektiven, (1985) 7, S. 536.

²⁰⁾ Elisabeth Noelle-Neumann, Zur Forschungsstrategie der Medienwirkungsforschung, in: Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Enquête der Senatskommission für Medienwirkungsforschung der DFG, Teil I Berichte und Empfehlungen 1986, S. 135; Hans Mathias Kepplinger, Die Grenzen des Wirkungsbegriffs, in: Publizistik, 27 (1982), S. 110.

²¹⁾ Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, ebda., S. 8.

²²⁾ Vgl. Winfried Schulz, Kausalität und Experiment in den Sozialwissenschaften, Methodologie und Forschungstechnik, Mainz 1970.

²³⁾ Vgl. Jochen Hansen, Das Panel. Zur Analyse von Verhaltens- und Einstellungswandel, Opladen 1982.

sendungsbezogenen Erfassung des Wirkungsfaktors „Art und Intensität der Nutzung der herkömmlichen sowie der neuen Programmangebote“ in Test- und Kontrollgruppe telemetrische Meßgeräte installiert werden, zur von der schwankenden Qualität menschlicher Gedächtnisleistungen unabhängigen technischen Registrierung der Fernsehnutzung mittels Druck auf Personentasten (Push-bottom-Verfahren). Solche Meßgeräte gehören seit Jahren zum internationalen Standard der Fernsehzuschauerforschung²⁴). Sie werden in Deutschland kontinuierlich von Teleskopie und der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) eingesetzt.

Ein solches experimentelles Untersuchungsdesign mit Testgruppe sowie interner und externer Kontrollgruppe mit einer Vorher-Messung vor Einwirkung des experimentellen Faktors („Nullhebung“ zur Beschreibung der Ausgangssituation) und mehreren Nachher-Messungen über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg mittels Panelbefragungen in Methodenkombination mit personenidentischen telemetrischen Messungen der tatsächlichen Fernsehnutzung sowie Inhaltsanalysen der gesehenen Programmangebote wäre das nach heutigem Stand geeignetste Forschungsdesign zur Ermittlung gesellschaftlicher Auswirkungen der Einführung des Kabelfernsehens. In keinem der vier Pilotgebiete konnte dieses Design für Wirkungsforschung, das vom Institut für Demoskopie Allensbach im Sommer 1983 für die wissenschaftliche Begleitforschung vorgeschlagen worden war, voll verwirklicht werden. Statt dessen wurden Ersatzlösungen realisiert, die sich dem Design in sehr unterschiedlichem Maße annähern und deshalb auch unterschiedlich aussagekräftige Ergebnisse liefern.

Abstriche vom Design ergeben sich schon zwangsläufig aus der Aufgabe, gesellschaftliche Auswirkungen des Kabelfernsehens unter natürlichen Bedingungen zu ermitteln. Die Bildung von strikt merkmalsgleichen Test- und Kontrollgruppen würde eine zufallsgesteuerte, randomisierte Zuordnung zur Test- bzw. Kontrollgruppe voraussetzen. Dies könnte z. B. so geschehen, daß aus einer repräsentativen Bevölkerungstichprobe jeder Haushalt mit einer geraden Zufallsziffer dazu bestimmt wird, sich an das Kabelfernsehen anzuschließen, während jedem Haushalt mit ungerader Zufallsziffer der Kabelanschluß untersagt wird. Eine derartige Zuteilung ignoriert die persönlichen Einstellungen der Versuchspersonen, ihre Präferenzen für bzw. Aversionen gegen das Kabelfernsehen. Damit aber wäre ein wesentlicher Faktor im natürlichen

Diffusionsprozeß ausgeschaltet, der maßgeblich auch das Wirkungspotential des erweiterten Fernsehprogramms bestimmt. Unter natürlichen Feldbedingungen wird die Zugehörigkeit zur Test- bzw. Kontrollgruppe durch Selbstselektion gesteuert, durch persönliche Anschlußbereitschaft bzw. Ablehnung des Kabelanschlusses. Da Anschlußbereite und Nichtanschlußwillige nicht in allen soziodemographischen, sowie Einstellungs- und Verhaltensmerkmalen übereinstimmen, wird aus dem experimentellen Design unter natürlichen Feldbedingungen ein quasi-experimenteller Untersuchungsansatz mit nicht voll egalisierter Test- und Kontrollgruppe.

Neben diesen zur Erfüllung der Untersuchungsaufgabe unvermeidlichen Abstrichen vom Design ergaben sich in allen Pilotprojekten weitere Einschränkungen, insbesondere aufgrund finanzieller und zeitlicher Restriktionen.

Den im Abschlußbericht über das Pilotprojekt München enthaltenen Wirkungsaussagen liegen, wie es dort heißt, „unter anderem wegen des Datenschutzes“²⁵), keine Panelerhebungen zugrunde. Es werden dort überwiegend Daten aus zwei unabhängig voneinander befragten Stichproben verglichen: Einer sogenannten Voruntersuchung vor Aufnahme des Sendebetriebs, die im ursprünglich vorgesehenen Pilotgebiet I schon im September/Okttober 1982, im erweiterten Pilotgebiet II im Januar/Februar 1984 durchgeführt worden war, sowie einer Hauptuntersuchung kurz vor Versuchsende (Infrafest, November 1985), bei der 625 Versuchsteilnehmer ab 14 Jahre und 395 Nichtteilnehmer im Projektgebiet sowie in einer Kontrollerhebung 420 Personen im Restgebiet Münchens befragt wurden. Da von den Interviewpartnern der Hauptuntersuchung keine Vorher-Messungen vorliegen, sind keine hinreichend fundierten Wirkungsnachweise möglich. Aussagen aufgrund von Selbstbeobachtungen, wie sie in der Münchner Hauptuntersuchung hilfsweise ermittelt wurden, z. B. was man seit Anschluß an das vermehrte Programmangebot häufiger oder seltener tut, gelten, da von sozialer Erwünschtheit gefiltert, als wenig valide. Insofern weisen die Münchner Erhebungen allenfalls Veränderungstendenzen auf, ermöglichen jedoch keine hinreichend genauen Aussagen über das Ausmaß von Veränderungen.

Im Kabelpilotprojekt Dortmund wurde, „um wissenschaftliche Erkenntnisse über die Nutzung und die Wirkung von zusätzlichen Programmangeboten zu gewinnen“ (mögliche Veränderungen während des Pilotprojektes im Bereich kommunikativer, so-

²⁴) Vgl. Jürgen Pfifferling, Zuschauerdaten auf dem Prüfstand. Eine intra- und intermediale Analyse, in: Media Perspektiven, (1982) 5, S. 309.

²⁵) E. Witte u. a. (Anm. 10), S. 69.

zialer, kultureller, bildender und wirtschaftlicher Aktivitäten²⁶⁾) ein verkürztes Paneldesign ohne experimentelle Untersuchungsanordnung realisiert, das heißt ohne personenidentische Vorhermessung vor dem Anschluß an das Kabelfernsehen sowie ohne Kontrollgruppe. Die bisher publizierten Wirkungsaussagen können sich lediglich auf einen Vergleich der Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Raum Dortmund („Null-Erhebung“ im Frühjahr 1985 durchgeführt von der GfK, n = 1035) und der Ergebnisse einer davon unabhängig befragten Teilnehmerstichprobe stützen (1. Panelwelle, Mitte Februar bis Mitte April 1987, durchgeführt von infas, n = 3090 Personen ab 14 Jahre sowie 396 Kinder unter 14 Jahre). Saisonal vergleichbar wurde im ersten Quartal 1988 eine Wiederholungsbefragung in der Teilnehmerstichprobe durchgeführt (2. Panelwelle), deren Ergebnisse noch nicht veröffentlicht sind. Zur Ermittlung der Mediennutzung wurde in die Dortmunder Begleitforschung eine schriftliche Tagesablaufferhebung zum Stichtag „gestern“ einbezogen. Ergänzend wurden in einer Teilstichprobe eine Woche lang Medientagebücher geführt. Dortmund war das einzige Pilotprojekt, in dem die Fernsehnutzung auch technisch registriert wurde. Die Bundespost setzte dazu in allen Teilnehmerhaushalten das sogenannte FAT-Gerät ein, einen fernsteuerbaren, adressierbaren Teilnehmer-Konverter, der allerdings nur die Haushaltseinschaltquote festhält, nicht aber die individuelle Sehbeteiligung einzelner Personen²⁷⁾.

Da die Panelerhebungen erst starteten, als bereits rund 10 000 Haushalte an das Kabelnetz angeschlossen waren, können im Dortmunder Pilotprojekt nur Veränderungen zwischen zwei Meßzeitpunkten in späteren Phasen des Diffusionsprozesses ausgewiesen werden, nicht aber Veränderungen gegenüber der Zeit vor dem Kabelanschluß.

Aus der Fülle der weiteren Dortmunder Begleitprojekte sei hier noch besonders auf das Projekt „Familie und erweitertes Medienangebot“ (Arbeitsgruppe Professor Hurrelmann) hingewiesen²⁸⁾.

²⁶⁾ Vgl. Dritter Jahresbericht der wissenschaftlichen Kommission des Landes Nordrhein-Westfalen zur Begleitung des Modellversuchs mit Breitbandkabel (WKB-NRW), Bd. 5 der Begleitforschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Kabelpilotprojekt Dortmund, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1988, S. 121.

²⁷⁾ Vgl. Zuschauermessungen im Kabelpilotprojekt Dortmund, Bd. 6 der Begleitforschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Kabelpilotprojekt Dortmund, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1988.

²⁸⁾ Vgl. Familie und erweitertes Medienangebot, Bd. 7 der Begleitforschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Kabelpilotprojekt Dortmund, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1988.

Hier wurde eine Kombination von Survey-Methode (zwei Panelbefragungen, allerdings ohne Null-Erhebung, in zunächst 200 Familien mit Kindern nach im Durchschnitt 9,5 Monaten Kabelanschluß in der Erstbefragung und rund 20 Monaten Kabelferfahrung bei der Zweitbefragung sowie 200 Familien ohne Kabelanschluß als Vergleichsgruppe) und Fallstudien in 20 Familien mit besonderer Problemlage (arbeitsloser Vater, alleinerziehende Mutter, junge Eltern, beide Eltern voll berufstätig) verwirklicht. Ziel dieser Untersuchungsanordnung ist nicht ein Wirkungsnachweis. Vielmehr sollen langfristige Rückwirkungen bedeutsamer Veränderungen des Mediengebrauchs auf die Familienstrukturen „plausibel gemacht“ werden, in dem man Verknüpfungen aufzeigt, die „zwischen Familieneigenschaften und den Formen des Mediengebrauchs bestehen. Im strikten Sinne als Veränderungen nachweisen können wir sie unter den gegebenen Untersuchungsbedingungen nicht.“²⁹⁾

Im Kabelpilotprojekt Berlin wurde von der Forschungsgruppe Professor Hans-Dieter Klingemann ein Projekt zur „Akzeptanz und Wirkung des Kabelfernsehens“ durchgeführt, um die Wirkungen auf die Bereiche Familie, Freizeit und Politik zu untersuchen. Zunächst war das Projekt von der gemeinsamen Medienkommission der Länder gefördert worden. Nach deren Auflösung drohte die Einstellung des Projekts, doch gelang es schließlich, die Arbeiten mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) fortzuführen. Die Untersuchung ist als quasi-experimentelle Wirkungsanalyse mit einer Testgruppe von Kabelteilnehmern und einer Kontrollgruppe ohne Kabelanschluß angelegt. Eine echte Null-Erhebung vor Anschluß an das Kabelfernsehen fehlt. Die erste Befragung fand, unter anderem durch Schwierigkeiten bei der Stichprobenbildung verzögert, im Frühjahr 1986 statt, also rund sechs Monate nach dem Start des Kabelfernsehens in Berlin. Die beiden Wiederholungsbefragungen (2. und 3. Panelwelle) fanden jeweils im Frühjahr 1987 und 1988 statt. Erste Veröffentlichungen sind in den nächsten Monaten zu erwarten.

Im Rahmen der Berliner Begleituntersuchung der Evangelischen Kirche wurde ein Projekt „Kommunikationsverhalten und Neue Medientechniken“ durchgeführt (Projektleiterin: Claudia Schmidt), in dem eine Verbindung von qualitativer Wirkungsforschung und Medienpädagogik versucht wird. Dabei wurde ein Mehrmethodenansatz erprobt. Zunächst füllten 600 Personen, davon etwa jeder zweite mit Kabelanschluß, einen schriftlichen Fragebogen unter anderem zur Mediennutzung und

²⁹⁾ Ebda., S. 58f.

zum Freizeitverhalten aus. Der Schwerpunkt lag jedoch auf qualitativen Untersuchungsmethoden. In 40 Gruppendiskussionen wurden 300 der zunächst schon schriftlich Befragten „im Diskussionsprozeß mit anderen Meinungen konfrontiert“. Dadurch „könnten auch individuelle Begründungszusammenhänge herausgearbeitet werden, die durch die Selbstverständlichkeit der täglichen Mediennutzung von einzelnen Menschen sonst gar nicht mehr wahrgenommen werden.“³⁰⁾ In späteren Einzelinterviews wurde diesen Zusammenhängen noch weiter nachgegangen. Darüber hinaus soll im Rahmen dieses Projekts „mit medienpädagogischen Maßnahmen erprobt werden, wie Kinder und Jugendliche zu einem bewußten und sinnvollen Umgang mit den Medienangeboten befähigt werden können“³¹⁾.

Im Pilotgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz, in dem das Kabelfernsehen in Deutschland am 1. Januar 1984 seine Premiere erlebte, konnten gleich zwei quasi-experimentelle Untersuchungsdesigns³²⁾ in Kombination mit Panelbefragungen von zwei parallel arbeitenden Forschungsteams verwirklicht werden. Im Auftrag der wissenschaftlichen Begleitkommission (Vorsitz: Professor Reinhard Ricker) baute das Institut für Demoskopie Allensbach (Projektleitung: Professor Elisabeth Noelle-Neumann) aus den bei einer Null-Erhebung an der Jahreswende 1983/84 teils in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, teils in einer Antragstellerstichprobe Befragten ein erstes Panel (Panel I) auf, mit drei personenidentischen Wiederholungsbefragungen in etwa jährlichem Abstand. Die abschließende dritte Wiederholungsbefragung fand im Herbst 1986, wenige Wochen vor Ende des auf drei Jahre befristeten Versuchsbetriebes statt. Der Testgruppe aus Kabelversuchsteilnehmern wurde eine Kontrollgruppe aus Nichtteilnehmern gegenübergestellt (interne Kontrollgruppe). Die Zugehörigkeit zu Test- und Kontrollgruppe blieb nicht bis zum Versuchsende eindeutig fixiert, sondern wurde dynamisch Entwicklungen in der sozialen Wirklichkeit angepaßt. Wenn sich Nichtteilnehmer aus der Kontrollgruppe im Laufe des dreijährigen Beobachtungszeitraums zum Anschluß an das Kabelfernsehen entschlossen, wurden sie ex definitione vom Zeitpunkt ihres Kabelanschlusses Mitglied der Testgruppe. Die Zugehörigkeit zur Test- und Kontrollgruppe war insofern selbstselektiv und Verän-

derungen unterworfen³³⁾. Deshalb wird hier von einer Quasi-Testgruppe und Quasi-Kontrollgruppe gesprochen, um zum Ausdruck zu bringen, daß durch die notwendige Anpassung an Veränderungen in der sozialen Wirklichkeit Test- und Kontrollgruppe weitgehend, aber nicht in allen relevanten Merkmalen, strikt vergleichbar sind³⁴⁾.

Dieses Ludwigshafener Feldexperiment ist die einzige Paneluntersuchung, in der es gelang, eine echte Vorher-Erhebung (Null-Erhebung) durchzuführen. Nur hier ist ein Vergleich der Panelergebnisse mit Einstellungen und Verhaltensweisen möglich, die diese Personen in der Null-Erhebung berichteten, bevor das Kabelfernsehen eine nennenswerte Ausbreitung erreichte. Die Hälfte der Interviews wurde vor Aufnahme des Sendebetriebs abgeschlossen, die andere Hälfte vor Ende Februar 1984. Nur vier Prozent der Befragten waren zum Zeitpunkt der Null-Erhebung bereits angeschlossen. Aufgrund der zunächst schleppenden Verkabelung waren bis Ende Februar 1984 erst rund 2 000 von den rund 170 000 Haushalten des Versuchsgebietes an das Kabelnetz angeschlossen, Kabelfernsehen fand in dieser frühen Phase noch weitgehend ohne Publikum statt. Man kann deshalb davon ausgehen, daß die große Mehrheit der in der Null-Erhebung an der Jahreswende 1983/84 Befragten noch keine eigenen Erfahrungen mit dem Kabelfernsehen hatte. Das zu Beginn des Diffusionsprozesses aufgebaute Panel I, dessen Testgruppe in der Terminologie von Everett Rogers³⁵⁾ überwiegend aus „Kabelpionieren“ und „frühen Übernehmern“ bestand, wurde nach knapp zweijähriger Laufzeit auf Beschluß der wissenschaftlichen Begleitkommission durch ein Panel II ergänzt, aus Personen, die zur „frühen Mehrheit“ im Diffusionsverlauf zählen. Panel II wurde ein Jahr nach der Erstbefragung kurz vor Versuchsende ein zweites Mal befragt.

Der Vorschlag, zusätzlich zur internen Kontrollgruppe, eine zweite externe Kontrollgruppe außerhalb des Versuchsgebietes zu beobachten, konnte mangels Finanzierung nicht verwirklicht werden. Besonders bedauerlich ist, daß die vorgeschlagenen telemetrischen Messungen, die eine präzise, perso-

³⁰⁾ Claudia Schmidt, Programmvermehrung durch Kabelfernsehen: Änderungen im Kommunikationsverhalten?, in: Media Perspektiven, (1988) 5, S. 313.

³¹⁾ Ebda., S. 311.

³²⁾ Siehe dazu insbesondere Donald T. Campbell/Julian C. Stanley, *Experimental and Quasi-experimental Designs for Research*, Chicago 1966, S. 47.

³³⁾ Ausführlicher dazu Elisabeth Noelle-Neumann/Rüdiger Schulz, *Federal Republic of Germany: Social Experimentation With Cable and Commercial Television*, in: Lee Becker/Klaus Schönbach (Hrsg.), *Audience Responses to Media Diversification*, Hillsdale 1988, S. 167–223.

³⁴⁾ Zur Entwicklung der Strukturen von Test- und Kontrollgruppe siehe Abschlußbericht an die Landesregierung Rheinland-Pfalz (Anm. 9), S. 181 f.; siehe insbesondere die Strukturen der in diesem Beitrag überwiegend dargestellten Vergleichsgruppen 1013.

³⁵⁾ Vgl. Everett M. Rogers, *Diffusion of Innovations*, Glencoe 1962.

nenbezogene Ermittlung der tatsächlichen Programmnutzung ermöglicht hätten, an der Uneinigkeit der Medienkommission der Länder über die Finanzierung scheiterten. Da die zu den verschiedenen Befragungsterminen ausgestrahlten Sendungen von Professor Erwin Faul und seinen Mitarbeitern mit sehr differenzierten Kategorien inhaltsanalytisch ausgewertet wurden, hätte hier eine einmalige Chance für die Wirkungsforschung bestanden, die tatsächliche Nutzung präzise beschreibbarer Medieninhalte mit über längerer Zeit unter natürlichen Feldbedingungen beobachteten Einstellungs- und Verhaltensdaten zusammenzuführen.

Etwa zeitgleich zum Panel II wurde von der Mannheimer Forschungsgruppe „Kabelfernsehen und Freizeit“ (Projektleiter: Professor Max Kaase) im Auftrag der Medienkommission der Länder und später von der DFG weiterfinanziert ein eigenes Panel aufgebaut mit je einer Test- und Kontrollgruppe innerhalb des Ludwigshafener Versuchsgebietes (Teilnehmer am Kabelversuch bzw. Nichtteilnehmer) sowie außerhalb davon im nahegelegenen Raum Mannheim ohne Kabelfernsehangebot (Testgruppe dort: „würde Antrag stellen“, Kontrollgruppe: „würde keinen Antrag stellen“). Zusätzlich wurde jeweils nach Stadt- bzw. Landbewohnern unterschieden. Die Erstbefragung („Null-Erhebung“) fand im Oktober/November 1985, also fast zwei Jahre nach Versuchsbeginn statt. Zu diesem Zeitpunkt waren im Versuchsgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz bereits etwa 30 000 Haushalte an das Kabelnetz angeschlossen, und auch die noch nicht angeschlossenen Bewohner des Versuchsgebietes hatten schon zu 40 Prozent bei Freunden oder Bekannten Sendungen des Kabelfernsehens gesehen, zwölf Prozent sagten sogar „Ja, öfter“³⁶). Die in einer Null-Erhebung zu diesem Zeitpunkt erfaßten Einstellungen sind vielfach schon durch eigene Kabelfernseherfahrungen beeinflusst. Die Mannheimer Forschungsgruppe führte zwei Wiederholungsbefragungen im April/Mai 1986 sowie im Oktober/November 1986 durch. Der maximale Beobachtungszeitraum beträgt demnach ein Jahr. Jeweils eine erwachsene Person im Haushalt wurde zur Haushaltsausstattung mündlich, alle Personen ab 14 Jahre im Haushalt wurden schriftlich über ihre Mediennutzung, ihr Freizeitverhalten sowie ihre Einstellungen zu Freizeit, Medien und Politik befragt. Zudem mußten alle über zehn Jahre alten Haushaltsmitglieder acht Tage lang ein Tagebuch über ihre Medien- und Freizeitaktivitäten führen. Bei einer ersten telefonischen Kontaktaufnahme über diese vielfältigen, mit erheblichem Zeitauf-

wand verbundenen Anforderungen an die Befragungsteilnehmer informiert, sagten nur 34 Prozent der Haushalte aus der bereinigten Brutto-Stichprobe zu, bei den Befragungen mitzuwirken³⁷). Es ist zu vermuten, daß eher überdurchschnittlich am Befragungsthema interessierte Personen bereit waren, diese Anforderungen mehrmals auf sich zu nehmen.

Während in der vom Allensbacher Institut realisierten Begleitforschung der stark wachsenden Verkabelungsbereitschaft im Ludwigshafener Versuchsgebiet durch eine dynamische Definition von Test- und Kontrollgruppe Rechnung getragen wurde – Nichtteilnehmerhaushalte aus der Kontrollgruppe wurden, wenn sie sich im Laufe des dreijährigen Beobachtungszeitraums für einen Kabelanschluß entschieden, sobald sie angeschlossen waren, der Testgruppe zugeschlagen – wurde die Zugehörigkeit zur Test- bzw. Kontrollgruppe in der Begleitforschung des Mannheimer Projektteams statisch fixiert. Hier zählte zur Kontrollgruppe, wer bei der ersten Kontaktaufnahme sagte, daß er „keinen Antrag stellen wollte“ und auch bei der dritten Befragung ein Jahr später „immer noch nicht die Absicht“ hatte, „sich an das Kabelfernsehen anschließen zu lassen“³⁸). Aufgrund dieser restriktiven Definition mußten schon nach einem Jahr 30 Prozent der ursprünglichen Nichtantragstellerhaushalte aus der Stichprobe genommen werden. Während in der vom Allensbacher Institut im Auftrag der wissenschaftlichen Begleitkommission durchgeführten Panelstudie die Kontrollgruppe aus „Nichtteilnehmern“ gebildet wurde, sei es, daß sich diese gegen das Kabelfernsehen aussprachen, es ihnen ganz einfach egal war oder sie sich noch nicht entschieden hatten, bestand die Kontrollgruppe im Mannheimer Forschungsdesign aus „auf Dauer Nichtanschlußwilligen“.

Schon aus dieser kursorischen Beschreibung der zur Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragen wichtigsten Forschungsprojekte geht hervor, unter welchen Zeitzwängen³⁹) sowie schwierigen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen die mit den Kommissionen im Detail abzustimmende Begleitforschung in den Pilotgebieten verwirklicht werden mußte und mit welch großen methodischen

³⁶) Vgl. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1515, Herbst 1985.

³⁷) Vgl. Barbara Pfetsch/Albrecht Kutteroff, Feldbericht der Studie „Kommunikationskanäle und Freizeitverhalten im lokalen Raum: Einflüsse des Kabelfernsehens“, Mannheim 1988, S. 36.

³⁸) Ebd., S. 115.

³⁹) Die konstituierende Sitzung der wissenschaftlichen Begleitkommission zum Kabelpilotversuch Ludwigshafen/Vorderpfalz zum Beispiel fand erst Ende September 1983 statt, so daß die vorgeschriebene Null-Erhebung in der bis zum Sendebeginn am 1. Januar 1984 verbleibenden Zeit unter großem Zeitdruck realisiert werden mußte.

Herausforderungen sie verbunden war. Wichtig für die Beurteilung der im folgenden vorgetragenen Untersuchungsergebnisse ist, darauf zu achten, daß die gewählten Forschungsstrategien, Erhebungsinstrumente und Indikatorfragen unterschiedlich

„harte“ bzw. „weiche“ Daten liefern und die Ergebnisse sich vielfach auf unterschiedliche Phasen im Diffusionsprozeß des Kabelfernsehens beziehen, damit nicht „Äpfel und Birnen“ miteinander verglichen werden.

V. Empirische Befunde

1. In der Regel keine exzessive Ausweitung des Fernsehkonsums

Wenn der Fernsehmarkt in der Bundesrepublik für ausschließlich durch Werbeeinnahmen finanzierte private Programmveranstalter geöffnet wird, werden diese neuen Programmveranstalter vor allem durch massenattraktive Unterhaltungsangebote versuchen, das Fernsehpublikum für sich zu gewinnen. Viele Menschen werden diesen Verlockungen nicht widerstehen können, so war die Erwartung, was zu einer exzessiven Ausweitung des Fernsehkonsums und zu einer Reizüberflutung durch „billige Unterhaltung“ führen wird. In welchem Umfang hat sich diese Prognose erfüllt? Wurde diese These von der Reizüberflutung des Fernsehpublikums bestätigt?

Im Fernsehangebot kam es in der Tat zu den erwarteten Veränderungen. Erwin Faul und seine Mitarbeiter haben das von allen Pilotprojekten am stärksten, von vorher fünf ortsüblichen auf jetzt 22 Programme erweiterte Ludwigshafener Programmangebot sehr sorgfältig inhaltsanalytisch untersucht. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß sich der zeitliche Umfang des Fernsehangebots (ohne die drei französisch-sprachigen Programme TF1, FR3 und Antenne 2, die zwar in das Kabelnetz eingespeist, aber kaum genutzt wurden) insgesamt fast verdreifachte (plus 173 Prozent). Die Unterhaltungsangebote vermehrten sich überdurchschnittlich (plus 218 Prozent), aber „auch (in besonders starkem Maße) die Angebote in dem relativ kleinen Funktionsbereich ‚Service/Ratgeber/Lebenshilfe‘“ (plus 303 Prozent)⁴⁰⁾. Unterdurchschnittlich wuchsen die Informationsangebote (plus 81 Prozent), wobei insbesondere Informationssendungen mit unterhaltenden Elementen (infotainment) zunahm. Der Anteil an unterhaltenden Sendungen lag bei den deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten deutlich unter dem Unterhaltungsanteil an den Programmen deutscher privat-kommerzieller Anbieter (ARD: 61,2 Prozent; ZDF: 63,5 Prozent; SAT 1: 81,2 Prozent; RTLplus: 74,5 Prozent)⁴¹⁾.

Der relative Anteil fiktionaler Darbietungen betrug bei ARD und ZDF rund ein Drittel, bei RTLplus 45 Prozent, bei SAT 1 wesentlich mehr als die Hälfte⁴²⁾.

Auf die von Pilotversuch zu Pilotversuch sowohl quantitativ als auch qualitativ unterschiedliche Ausweitung des Programmangebots bis hin zum dreifachen des vorher ortsüblich empfangbaren Programms haben die erwachsenen Fernsehzuschauer⁴³⁾ mit einer insgesamt eher moderaten Ausweitung ihres Fernsehkonsums reagiert. Wie die in den Tabellen 1a und 1b dargestellte Übersicht über die bisherigen Befunde aus allen vier Pilotgebieten zeigt, dürfte die durchschnittliche Zunahme des Fernsehkonsums Erwachsener nach dem Kabelanschluß in der Größenordnung von etwa fünf bis zehn Prozent liegen. Genauere Angaben sind nicht möglich, da präzise personenidentische telemetrische Messungen vor und nach dem Kabelanschluß nirgendwo erhoben wurden. Aus allen Pilotgebieten wird übereinstimmend berichtet, daß Personen, die sich zum Kabelanschluß entschließen, von vornherein stärker fernsehorientiert sind⁴⁴⁾. Dies wird in der Ludwigshafener Begleitforschung von beiden Forscherteams belegt. Die in der Allensbacher Quasi-Testgruppe von Kabelpionieren und frühen Übernehmern erfaßten Kabelfernsehteilnehmer sahen schon vor dem Kabelanschluß nach eigener Schätzung im Durchschnitt werktags etwa fünf Minuten länger fern (133 Min.) als die Teilnehmer in der Kontrollgruppe (128 Min.). Dieser Unterschied zeigt sich in den vom Mannheimer Forschungsteam aufgrund von

⁴²⁾ Vgl. ebda., S. 352.

⁴³⁾ Dieser Beitrag muß sich auf Auswirkungen auf Erwachsene beschränken, da hinreichend gesicherte Erkenntnisse über Auswirkungen auf Kinder noch nicht vorliegen. Hierzu sind Aussagen aus der noch nicht abgeschlossenen Begleitforschung der Evangelischen Kirche in Berlin sowie im Dortmunder Schlußbericht zu erwarten. Erste Zwischenergebnisse aus Dortmund Pilotprojekten deuten auf eine möglicherweise stärkere Ausweitung des Fernsehkonsums bei Kindern hin. Doch fehlen auch hier personenidentische Vorhermessungen. Vgl. Bernd-Peter Lange, Begleitforschung zum Kabelpilotprojekt Dortmund — eine Zwischenbilanz, in: Media Perspektiven, (1987) 10, S. 639.

⁴⁴⁾ Dies zeigt sich z. B. auch in einer deutlich besseren Ausstattung der Teilnehmerhaushalte mit Fernsehgeräten und Videorecordern.

⁴⁰⁾ Erwin Faul/Peter Behrends/Horst Grundheber/Brigitte Willems, Befunde der Programmuntersuchung, in: Abschlußbericht Ludwigshafen/Vorderpfalz (Anm. 9), S. 327.

⁴¹⁾ Vgl. ebda., S. 334.

1. Kabelpilotgebiet München

	Hauptuntersuchung (Nov./Dez.1985)		Voruntersuchung: Bevölkerung im Projekt- gebiet insgesamt (Sept./Okt. 1982/ Jan./Febr. 1984)
	Kabelteilnehmer	Nichtteilnehmer	
Pro Tag im Durchschnitt*)	130 Min.	113 Min.	107 Min.
	(n = 625)	(n = 395)	(n = 1127)

*) Ermittlung am Stichtag 'gestern', Tagesablauf in Viertelstundenintervallen
 QUELLE: Eberhard Witte u.a. (Anm. 10), S. 65

2.a) Kabelpilotgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz

FRAGE: "Könnten Sie schätzen, wieviel Stunden Sie an einem normalen Werktag - also montags bis freitags - fernsehen, wieviel Stunden durchschnittlich?"

Panel I

	Quasi-Testgruppe von Kabelpionieren und frühen Übernehmern		Quasi-Kontrollgruppe von Personen ohne Kabelfernsehen	
	Vor Sende- beginn (Jahreswende 1983/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 1983/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)
Durchschnittliche Fernsehdauer pro Werktag				
Befragte insgesamt	133 Min.	142 Min.	128 Min.	129 Min.
Berufstätige	124 Min.	122 Min.	124 Min.	113 Min.
Hausfrauen	127 Min.	146 Min.	124 Min.	143 Min.
Rentner	155 Min.	185 Min.	145 Min.	145 Min.
	(n = 368)		(n = 140)	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1511/1515/1517

2.b) Kabelpilotgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz und Mannheim

	Kabelgebiet		Kontrollgebiet	
	Kabelteilnehmer	Kein Kabelantrag gestellt	würde Kabelantrag stellen	würde keinen Kabelantrag stellen
Sehzeiten pro Tag (nach Tagebuch)				
Erste Welle (November 1985)	135 Min.	113 Min.	147 Min.	125 Min.
Dritte Welle (November 1986)	139 Min.	109 Min.	141 Min.	119 Min.
	(n = 381)	(n = 264)	(n = 205)	(n = 162)

QUELLE: Max Kaase, Albrecht Kutteroff und Barbara Pfetsch, Erwartungen und Reaktionen auf das Kabelfernsehen: Medienverhalten im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz, in: Media Perspektiven (1988) 5, S. 306.

3. Kabelpilotgebiet Dortmund

	Gesamtbevölkerung Versuchsgebiet Nullmessung 1985	Kabelpilotgebiet Teilnehmer 1. Panelwelle 1987
Fernsehen pro Tag*)	127 Min.	165 Min.

*) Ermittlung nach Tagesablauf am Stichtag 'gestern', Durchschnittswerte Montag bis Sonntag

QUELLE: Dritter Jahresbericht der wissenschaftlichen Kommission (Anm. 26), S. 144.

	Wenig-Kanal- Versorgung Bundesgebiet (teleskopie)	Viel-Kanal- Versorgung Dortmund FAT
Haushaltseinschaltquote Mo. bis So. (16.00 bis 23.00 Uhr)	171 Min.	204 Min.
davon entfielen u.a. auf -		
ARD	69 Min.	39 Min.
ZDF	73 Min.	46 Min.
SAT 1		29 Min.
RTL Plus		29 Min.
Kabelfunk Dortmund		27 Min.
DREI	18 Min.	13 Min.

QUELLE: Zuschauerermessungen im Kabelpilotprojekt Dortmund, Bd. 6 der Begleitforschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Kabelpilotprojekt Dortmund, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1988, S. 68.

4. Kabelpilotprojekt Berlin

FRAGE: "Was meinen Sie, sehen Sie jetzt mehr, genau so viel, oder sehen Sie weniger fern als vor dem Start der Kabelprogramme?"

	Stichprobe Verkabelte Haushalte in Berlin*) %
Sehe weniger	7,7
Sehe gleich viel	67,7
Sehe mehr	23,8
	99,2
*) Telefonumfrage	(n = 130)

QUELLE: Dieter Storll, Kabelfernsehen in Berlin: Interesse, Nutzung und Bewertung. Umfrageergebnisse nach einem Jahr Kabelpilotprojekt, in: RUNDFUNK UND FERNSEHEN (1987) 3, S. 398.

Tagebucheintragungen ermittelten Werten noch ausgeprägter. Während die Sehdauer der Kabelteilnehmer vor dem Kabelanschluß (November 1985) sehr gut mit den Allensbacher Befunden übereinstimmt (135 Min.), sah die hier restriktiver definierte Vergleichsgruppe von Nichtanschlußwilligen zu diesem Zeitpunkt nur 113 Minuten fern. Nach dem Kabelanschluß erhöhte sich im Versuchsgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz beim Allensbacher Drei-Jahresvergleich der Fernsehkonsum um neun Minuten von 133 auf 142 Minuten, beim Ein-Jahresvergleich des Mannheimer Projektteams um vier Minuten von 135 auf 139 Minuten, während der Fernsehkonsum in der Allensbacher Quasi-Kontrollgruppe von Nichtteilnehmern praktisch unverändert blieb bzw. in der vom Mannheimer Forschungsteam gewählten Kontrollgruppe von Nichtanschlußwilligen sogar leicht rückläufig war.

Aus München und Dortmund liegen keine personenidentischen Vorher-Messungen vor. Die dort angeführten Vergleiche mit Durchschnittswerten aus repräsentativen Umfragen unter der Gesamtbevölkerung vor Beginn des Kabelfernsehens zeigen grobe Veränderungstendenzen an, aber keine hinreichend gesicherten Erkenntnisse⁴⁵⁾ über das genaue Ausmaß dieser Veränderungen. Dies gilt auch für den Vergleich der bundesweit von teleskopie in Haushalten mit Wenig-Kanal-Versorgung technisch ermittelten Haushaltseinschaltquoten mit den FAT-Messungen in Dortmunder Haushalten mit Viel-Kanal-Versorgung. Hier werden mit an sich geeigneten sensitiven Meßinstrumenten viel zu grobschlächtinge Vergleiche gezogen, ohne die nur eingeschränkt vergleichbaren Teilnehmerstrukturen und Angebotsstrukturen angemessen zu berücksichtigen.

Ähnliche methodische Vorbehalte gelten gegenüber den von den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten vorgelegten Vergleichen zwischen den mit GfK-Metergeräten im normalen Fernseh zuschauerpanel bzw. in einem speziellen Kabel- und Satellitenpanel ermittelten Sehbeteiligungswerten, die zeigen, daß der Fernsehkonsum der erwachsenen Kabelfernseh zuschauer „nur um etwa 4 Prozent über dem Normalniveau“ liegt⁴⁶⁾. Auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten führten, obwohl sie über geeignete technische Meßgeräte und sicher auch ausreichende Finanzmittel verfügten, keine personenidentischen Vorher-Messungen

⁴⁵⁾ Siehe dazu auch die einschränkenden methodischen Anmerkungen der Dortmunder Begleitkommission im dritten Jahresbericht (Ann. 26), S. 142.

⁴⁶⁾ Wolfgang Darschin/Bernward Frank, Tendenz im Zuschauerverhalten. GfK-Ergebnisse im ersten Halbjahr und im dritten Quartal 1988, in: Media Perspektiven, (1988) 10, S. 629–636.

durch; deshalb ist auch dieser Befund lediglich ein weiterer Beleg für die hier bewußt sehr allgemein formulierte Aussage, daß Erwachsene auf die wesentlich erweiterten Programmwahlmöglichkeiten im Kabelfernsehen mit einer im Durchschnitt eher moderaten Ausweitung ihres Fernsehkonsums reagierten. Es ist aber kein hinreichend gesicherter Nachweis für das genaue Ausmaß der Veränderungen möglich.

Wichtige zusätzliche Hinweise liefern Dortmunder Auswertungen der haushaltsbezogenen FAT-Registrierungen. Demnach wird das Fernsehgerät nach Anschluß an das Kabelfernsehen „von vielen offensichtlich früher eingeschaltet, als das bisher der Fall war. Das Fernsehen dehnt sich in die Tagesstunden aus“, und zwar insbesondere „wenn die zusätzlichen Programme von SAT 1 und RTLplus am Nachmittag ihre Sendungen beginnen“⁴⁷⁾. Nachmittags können jedoch eher zu dieser Zeit nichtberufstätige Teilnehmer fernsehen. Dies erklärt die im Ludwigshafener Versuchsgebiet gefundene starke Abhängigkeit der Ausweitung des Fernsehkonsums vom vorhandenen Freizeitbudget. Kabelfernseheteilnehmer mit bis zu drei Stunden Freizeit pro Tag, das sind vor allem Berufstätige, weiteten ihren Fernsehkonsum nach dem Kabelanschluß werktags praktisch gar nicht aus. Kabelfernseheteilnehmer mit mehr als fünf Stunden Freizeit pro Tag, das sind vor allem Rentner, dagegen um etwa 30 Minuten⁴⁸⁾.

Der im Gesamtergebnis nur moderaten Ausweitung des Fernsehkonsums liegen demnach durchaus unterschiedliche Reaktionen zugrunde. Die Mehrheit der Kabelfernseheteilnehmer, insbesondere der Berufstätigen, hat ihren Fernsehkonsum innerhalb ihres begrenzten Freizeitbudgets praktisch nicht ausgedehnt. Ein kleinerer, aber durchaus beachtlicher Teil mit größerem Freizeitbudget⁴⁹⁾, wie z. B. Hausfrauen und vor allem Rentner, weitete seinen

⁴⁷⁾ Fernsehen im Kabelpilotprojekt Dortmund, Bd. 4 der Begleitforschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Kabelpilotprojekt Dortmund, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1987, S. 33.

⁴⁸⁾ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Rüdiger Schulz, Reaktionen auf ein duales Fernseh-Programmangebot. Ergebnisse des Kabel-Pilot-Projekts Ludwigshafen/Vorderpfalz 1983–1986, Allensbach, Januar 1987, S. II 13 (unveröffentlichtes Manuskript).

⁴⁹⁾ Glaubt man den allerdings nicht sonderlich validen, z. B. durch Erinnerungsverzerrungen oder soziale Erwünschbarkeit gefilterten Selbstaussagen der Teilnehmer am Pilotversuch, dann weiteten in Berlin 24 Prozent (vgl. Tabelle 1b), in München 30 Prozent (Franz Ronneberger, Nutzung und Akzeptanz von Fernsehen und Hörfunk in München, in: Media Perspektiven, [1986] 4, S. 224.) und in Dortmund 23 Prozent (dritter Jahresbericht [Ann. 26], S. 141) der Teilnehmer an den Pilotversuchen ihren Fernsehkonsum nach dem Anschluß an das Kabelfernsehen aus.

Fernsehkonsument dagegen deutlich aus, wenn auch in der Regel nicht exzessiv.

2. Stärkere, aber keine einseitige Unterhaltungsorientierung

Im Vorfeld der Einführung des Kabelfernsehens und der Zulassung privater Programmanbieter wurde erwartet, daß die neuen Programmangebote die Fernsehzuschauer zu einem allabendlichen Slalom (entertainment zig-zag) durch die vielfältigen Unterhaltungsangebote der verschiedenen Kanäle verführen wird, auf Kosten insbesondere der Informations- und Bildungsprogramme. Ganz in diesem Sinne zogen Bernward Frank und Walter Klingler aufgrund von Tagebuchehebungen in Kabelpilothaushalten eine erste Bilanz: „Die Nutzungsverschiebungen zwischen den Programmen ist zum Teil identisch mit einer Zuschauerbewegung von öffentlich-rechtlichen Bildungsangeboten hin zu privaten Unterhaltungsserien und Spielfilmen mit dem Effekt einer starken Veränderung in der Nutzung einzelner Programmsparten.“⁵⁰⁾

Bei einem großen Teil des deutschen Fernsehpublikums bestand schon seit langem eine Aversion gegen das beherrschende Erziehungsfernsehen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten. Diese Aversion hat die Ausbreitung des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik zweifellos begünstigt. Vor und nach dem Kabelanschluß stimmten jeweils rund 60 Prozent der Kabelfernsehteilnehmer der Aussage zu: „Ich finde es gut, wenn sich private Fernsehprogramme danach richten, was die Leute wirklich sehen wollen und nicht ständig versuchen, die Leute zu erziehen und zu informieren.“ Die großen privaten Programmanbieter wie SAT 1 und RTLplus trugen diesen Zuschauerwünschen durch eine stärkere Unterhaltungsorientierung in ihren Programmangeboten Rechnung. Offensichtlich mit Erfolg. Denn während sich das Volumen des täglichen Fernsehkonsums in den Kabelhaushalten in der Regel nur wenig veränderte, hat sich die Nutzungsstruktur — gemessen an den Marktanteilen der öffentlich-rechtlichen und der privaten Fernsehanbieter — nach dem Anschluß an das Kabelfernsehen drastisch verändert, wenn auch keineswegs proportional zur veränderten Angebotsstruktur. Die Nutzung der öffentlich-rechtlichen Kanäle ARD und ZDF dominiert weiterhin auch in den Kabelfernsehhaushalten, wenn auch auf sehr viel geringerem Reichweiteniveau. Nach dem Markteintritt privater Programmanbieter hat sich der Marktanteil der öffentlich-rechtlichen Fernsehpro-

gramme von früher 95 Prozent auf jetzt nur noch 58 Prozent in Kabelhaushalten verringert. Nach den Messungen im nationalen GfK-Kabel-Panel hat SAT 1 mit 22 Prozent Anteil an der gesamten Fernsehnutzung in Kabelhaushalten inzwischen mit ARD (23 Prozent) und ZDF (22 Prozent) gleichgezogen, RTLplus folgt mit 11 Prozent Marktanteil noch vor den Dritten Programmen der ARD (10 Prozent)⁵¹⁾.

Auch die FAT-Registrierungen im Dortmunder Pilotgebiet weisen deutliche Verluste von ARD und ZDF aus (Tabelle 1b). Mit jeweils 29 Minuten Haushaltseinschaltdauer pro Tag folgen dort SAT 1 und RTLplus gleichrangig auf Platz drei, dicht gefolgt vom Kabelfunk Dortmund, der in der Programmverantwortung des WDR vor allem mit lokalen Informationsangeboten Erfolg hatte. Trotz des vielfältigeren Unterhaltungsangebots ermittelte Ulrich Pätzold „in der wichtigen Fernsehzeit zwischen 19.00 und 20.15 Uhr . . . ein erfreulich hohes Akzeptanzpotential für die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote in einem vielkanaligen dualen Fernsehsystem“⁵²⁾.

Ebenso konnte im Ludwigshafener Pilotgebiet das stark regional orientierte EPF (Erstes Privates Fernsehen)-Programm, das von der dominierenden Ludwigshafener Lokalzeitung, der Rheinpfalz, in einer Mischung aus lokaler, teils mundartgefärbter Unterhaltung, lokalen Sportereignissen und lokalen Informationen geführt wurde, überraschend hohe Reichweiten erzielen⁵³⁾.

Die Ludwigshafener Panelbefragungen zeigen, daß Spielfilme für die Kabelfernsehteilnehmer unbestritten besonders attraktiv sind. Andererseits weichen die intensiven Nutzer des Privatfernsehens als Vielseher den Informationssendungen auch der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten keineswegs aus. Sie nutzen die Hauptnachrichtensendungen, aber z. B. auch Wirtschafts- und Unterhaltungsmagazine sehr häufig. Von einer reinen Unterhaltungsorientierung der intensiven Nutzer des Privatfernsehens kann deshalb keine Rede sein. Vielmehr spricht nach den vorliegenden Ergebnissen vieles dafür, daß der von Winfried Schulz in seiner Vielseher-Analyse identifizierte Typ des „Allesseher mit Vorliebe für Informationen“, für den Fernsehen ein gleichsam „ritueller Konsum“ ist, der „von allen Programmangeboten viel sieht, besonders ausgiebig aber Fernsehnachrichten und andere Informationssendungen“

⁵¹⁾ Vgl. W. Darschin/B. Frank (Anm. 46), S. 635.

⁵²⁾ Ulrich Pätzold, Kabelfernsehen: Chance für Informationssendungen mit Profil? Akzeptanzmessungen im Dortmunder Pilotprojekt, in: Media Perspektiven, (1988) 1, S. 10.

⁵³⁾ Siehe dazu E. Faul u. a. (Anm. 40), S. 370 f.

⁵⁰⁾ Bernward Frank/Walter Klingler, Die veränderte Fernsehlandschaft: Zwei Jahre ARD/ZDF-Begleitforschung zu den Kabelpilotprojekten, Schriftenreihe Media Perspektiven, Bd. 7, Frankfurt-Berlin 1987.

Anteil der Personen, die diese Aktivität
mindestens einmal pro Monat ausüben:

	Hauptuntersuchung (Nov./Dez.1985)		Voruntersuchung: Bevölkerung im Projekt- gebiet insgesamt (Sept./Okt. 1982/ Jan./Febr. 1984)
	Kabelteilnehmer	Nichtteilnehmer	
	%	%	%
ins Kino gehen	12	14	16
Theater/Konzerte/Museen/kulturelle Ausstellungen besuchen	27	14	18
Ausgehen/Fortgehen	67	52	65
n =	(625)	(395)	(1127)

Selbstbeobachtungen: Veränderungen in der
Freizeitgestaltung außer Haus

Laut Selbstbeobachtung hat sich das
eigene Verhalten seit Vermehrung des
Fernsehprogrammangebots folgender-
maßen entwickelt:

Projektteilnehmer
ab 14 Jahre
insgesamt
%

Kinobesuch

häufiger	1
seltener	16
keine Veränderung	83
	<u>100</u>

Theater-/Opern-/Konzertbesuch

häufiger	2
seltener	9
keine Veränderung	89
	<u>100</u>

Abendliches Ausgehen

häufiger	2
seltener	8
keine Veränderung	90
	<u>100</u>

(n = 625)

QUELLE: Infratest Kommunikationsforschung: Kabelpilotprojekt München. Hauptuntersuchung
Herbst 1985. Berichtsband: Analyse der Ergebnisse, S. 172 und 174

gegenüber dem „selektiven Unterhaltungsseher“ zahlenmäßig dominiert⁵⁴).

3. In den ersten Jahren nach dem Kabelanschluß ist keine Verdrängung aktiver Freizeitbeschäftigungen erkennbar

Massive Ausweitung des Fernsehkonsums, so war die Erwartung der Gegner des Kabelfernsehens, wird angesichts des nicht beliebig vermehrbaren Freizeitbudgets zu einer Verdrängung anderer Freizeitbeschäftigungen führen, insbesondere solcher, die ein hohes Maß an Aktivität erfordern. Stundenlange passive Unterhaltungszuwendung führe zu einer allgemein passiveren Lebensgestaltung.

Da es bisher in aller Regel nicht zu der befürchteten exzessiven Ausweitung des Fernsehkonsums kam, wird man zumindest kurz- und mittelfristig kaum dramatische Veränderungen in der Freizeitgestaltung erwarten können. Dies wird durch Forschungsergebnisse aus allen vier Pilotprojekten, wenn auch mit unterschiedlicher Aussagekraft, bestätigt. In Tabelle 2 sind zunächst Ergebnisse aus der Münchner Hauptuntersuchung dargestellt. Sie deuten an, daß Kabelfernsehteilnehmer eher unterdurchschnittliche Kinogänger sind und am ehesten Kinobesuche nach dem Kabelanschluß eingeschränkt werden. Kabelfernsehteilnehmer gehen dagegen überdurchschnittlich zu kulturellen Veranstaltungen oder auch sonst am Abend aus und schränken diese Aktivitäten nach Selbstbeobachtungen ganz überwiegend auch nicht ein.

Auch die bisher zu diesem Thema publizierte Dortmunder Begleitforschung (erste Panelwelle) muß sich mangels personenidentischer Vorher-Befragungen mit Selbstaussagen der Befragten begnügen, was sie seit dem Anschluß an das Kabelfernsehen seltener oder häufiger machen. „Als erstes Ergebnis zeichnet sich ab: Es gibt keine Freizeittätigkeit, die in dem Maße abnimmt, wie das Fernsehen zunimmt. Es wird einfach an mehreren Tätigkeiten ein wenig gespart, um die nötige Fernsehzeit ‚zusammenzubekommen‘.“⁵⁵) Einspart wurde nach Selbstbeobachtungen vor allem beim ‚Bücher lesen‘ (10 Prozent), ‚ins Kino gehen‘ (9 Prozent) und ‚Kassetten hören‘ (9 Prozent), seltener dagegen z. B. beim ‚Ausgehen (Kneipe, Disco)‘ (5 Prozent), ‚Sport treiben, sich trimmen‘ (4 Prozent) oder ‚Besuche machen, bekommen‘ (4 Prozent).

In der Allensbacher Begleitforschung für die wissenschaftliche Begleitkommission Ludwigshafen/

Vorderpfalz wurde sowohl in der Null-Erhebung vor dem Kabelanschluß als auch in den personenidentischen Wiederholungsbefragungen anhand einer Liste gleichlautend erfragt: „Könnten Sie mir sagen, was davon Sie öfter tun?“ Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse im Drei-Jahresvergleich für die Quasi-Testgruppe und die Quasi-Kontrollgruppe, und zwar für 28 ausgewählte Freizeitaktivitäten. Da die Quasi-Testgruppe und die Quasi-Kontrollgruppe unter natürlichen Feldbedingungen nicht voll egalisiert werden konnten, stehen dabei im Mittelpunkt der Analyse nicht Unterschiede in den Prozentverteilungen bei Test- und Kontrollgruppe, vielmehr Richtung und Ausmaß von Veränderungen innerhalb der experimentellen und der Kontrollgruppe zwischen Vorher- und Nachher-Messung. Mit wenigen Ausnahmen, wie insbesondere einer stärkeren Fernseh- und Videoorientierung und geringerer Buchlektüre unterscheiden sich die Freizeitaktivitäten der Testgruppe vor dem Kabelanschluß kaum von den Freizeitaktivitäten der Kontrollgruppe. Drei Jahre später, nach im Durchschnitt etwa zwei Jahren Teilnahme am Kabelfernsehen, haben sich die Freizeitaktivitäten in Test- und Kontrollgruppe nur wenig verändert. Dies gilt auch für besondere Aktivität erfordern Beschäftigungen, wie z. B. ‚Sport treiben‘ oder ‚Theater, Konzerte besuchen‘, die nicht eingeschränkt wurden. Seltener wurden dagegen ‚Kartenspiele, Gesellschaftsspiele‘ sowie ‚Musizieren, Singen‘ genannt, und zwar in Test- und Kontrollgruppe in etwa gleichermaßen. Dies deutet darauf hin, daß es sich hierbei weniger um Auswirkungen des Kabelfernsehens handelt, als vielmehr um allgemeine Zeittrends oder saisonale Einflüsse. Wichtig ist, daß die personale Kommunikation, z. B. in der Familie, mit den Kindern, der gegenseitige Besuch von Freunden und Verwandten, nach dem Anschluß an das Kabelfernsehen nicht eingeschränkt wurde. Kabelteilnehmer weisen hier kein Defizit gegenüber den Nichtteilnehmern auf, allenfalls ein geringes bei der Zuwendung für Nachbarn sowie andere Mitmenschen. Daß dies keine Abwendung von der örtlichen Gemeinschaft bedeutet, zeigt Tabelle 4. Auch drei Jahre später hat die soziale Partizipation der Kabelfernsehteilnehmer, z. B. Vereinsmitgliedschaft oder aktive Mitwirkung in Vereinen, Parteien, bei Bürgerinitiativen offensichtlich nicht gelitten. Dies gilt in städtischen und ländlichen Gebieten gleichermaßen.

Die Panelbefragungen des Mannheimer Forscherteams weisen nach einem Jahr Kabelerfahrung ebenfalls keine Einschränkungen der aktiven Freizeitbeschäftigungen aus (Tabelle 5). Diese Ergebnisse zusammenfassend schreibt Barbara Pfetsch: „Damit kann für das Kabelpilotgebiet Ludwigshafen nicht von Verschiebungen oder Veränderungen

⁵⁴ Winfried Schulz, Das Vielseher-Syndrom. Determinanten der Fernsehnutzung, in: Media Perspektiven, (1986) 11, S. 762–775.

⁵⁵ Dritter Jahresbericht (Anm. 26), S. 141.

Freizeitbeschäftigungen vor Anschluß an das
Kabelfernsehen und drei Jahre später

Tabelle 3
Versuchsgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz

FRAGE: "Auf dieser Liste stehen verschiedene Freizeitbeschäftigungen. Könnten Sie mir sagen, was davon Sie öfter tun? Was Sie beruflich tun, zählt aber nicht mit."

	Panel I			
	Quasi-Testgruppe von Kabel- pionieren und frühen Über- nehmern		Quasi-Kontrollgruppe von Perso- nen ohne Kabelfernsehen	
	Vor Sendebe- ginn (Jahreswende 1983/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)	Vor Sendebe- ginn (Jahreswende 1983/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)
	%	%	%	%
- Auszug -				
<u>Fernsehen und Video</u>				
Fernsehen	67	75	64	60
Mit dem Video-Recorder aufzeichnen	13	14	6	10
	80	89	70	70
<u>Andere Mediennutzung</u>				
Zeitung lesen	64	71	68	69
Zeitschriften lesen	60	60	57	51
Radio hören	49	50	55	43
Bücher lesen	48	46	58	48
Zu Hause Musik hören von Schallplatten, Cassetten, Tonband	49	39	47	35
Ins Kino gehen	11	12	13	13
	281	278	298	259
<u>Personale Kommunikation</u>				
Mich mit meiner Familie beschäftigen, für die				
Familie da sein	57	61	55	62
Freunde, Verwandte besuchen	51	56	50	52
Gäste zu Besuch haben	51	50	50	42
Beschäftigung mit Kindern, spielen mit				
Kindern	34	32	36	34
Mich um meine Nachbarn, Mitmenschen kümmern	25	22	25	28
	218	221	216	218
<u>Anderes</u>				
Spaziergehen	59	56	64	60
Etwas reparieren, Sachen in Ordnung bringen	47	49	48	46
Nichts tun, ausruhen	36	37	36	35
Handarbeiten	35	35	42	38
Sport treiben	32	33	27	30
Theater, Konzerte besuchen	23	26	27	28
Fotografieren, filmen	22	22	22	17
Sportveranstaltungen besuchen	21	18	17	15
Karten spielen, Gesellschaftsspiele	26	18	32	24
Ausstellungen, Museen, Galerien besuchen	19	17	19	21
Mich weiterbilden, Kurse besuchen	17	16	21	17
Musizieren, singen	15	12	17	15
Mich mit meiner Sammlung beschäftigen	10	8	10	11
Malen, zeichnen, töpfern	9	8	9	8
Schach spielen	8	7	10	8
	379	362	401	373
	n =	(620)	(283)	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1511/1517

Panel I: Quasi-Testgruppe von Kabelpionieren und frühen Übernehmern

	insgesamt		in der Stadt		in Randzone, ländlicher Raum	
	Vor Sende- beginn (Jahreswende 83/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 83/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 83/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)
<u>Es tun dies öfter in der Freizeit:</u>	%	%	%	%	%	%
Aktiv in einem Verein, einer Bürger- initiative, Partei oder Gewerkschaft mitarbeiten	21	21	21	21	20	20
<u>Es sind Mitglied -</u>						
in einem Verein	49	51	47	51	52	50
in einer Bürgerinitiative	2	1	2	2	x	1
in einer Partei	7	6	7	6	6	6
in einer Berufsvereinigung	7	9	8	10	5	6
in einer Gewerkschaft	17	15	15	17	19	12
Es sind nirgends Mitglied	38	34	39	34	38	35
<u>Es haben dort -</u>						
ein Amt oder mehrere Ämter	16	19	15	19	16	18
n =	(620)		(385)		(235)	

Quasi-Kontrollgruppe von Personen ohne Kabelfernsehen -

	insgesamt		in der Stadt		in Randzone, ländlicher Raum	
	Vor Sende- beginn (Jahreswende 83/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 83/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 83/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)
<u>Es tun dies öfter in der Freizeit:</u>	%	%	%	%	%	%
Aktiv in einem Verein, einer Bürger- initiative, Partei oder Gewerkschaft mitarbeiten	25	23	24	20	26	29
<u>Es sind Mitglied -</u>						
in einem Verein	47	49	46	49	47	47
in einer Bürgerinitiative	2	2	3	2	x	2
in einer Partei	9	9	6	6	14	15
in einer Berufsvereinigung	7	5	8	4	5	6
in einer Gewerkschaft	15	16	15	17	16	14
Es sind nirgends Mitglied	39	36	38	39	40	32
<u>Es haben dort -</u>						
ein Amt oder mehrere Ämter	15	19	11	13	21	27
n =	(278)		(164)		(114)	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1511/1517

x = unter 0,5 Prozent

Veränderungen innerhalb des Freizeitbudgets im Kabelgebiet

Tabelle 5
Kabelpilotgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz

	Kabelgebiet							
	Stadt				Land			
	Kabelteilnehmer		Nichtteilnehmer		Kabelteilnehmer		Nichtteilnehmer	
	1. Welle (Okt./Nov. 1985)	3. Welle (Okt./Nov. 1986)	1. Welle (Okt./Nov. 1985)	3. Welle (Okt./Nov. 1986)	1. Welle (Okt./Nov. 1985)	3. Welle (Okt./Nov. 1986)	1. Welle (Okt./Nov. 1985)	3. Welle (Okt./Nov. 1986)
Werktags	%	%	%	%	%	%	%	%
Aktive Freizeit ¹⁾	40	41	47	46	43	44	46	45
Fernsehen & Video	26	26	21	22	24	27	20	21
Andere Medien ²⁾	<u>34</u>	<u>34</u>	<u>32</u>	<u>31</u>	<u>33</u>	<u>29</u>	<u>33</u>	<u>33</u>
	100	101	100	99	100	100	99	99
Wochenende								
Aktive Freizeit ¹⁾	45	45	51	54	51	51	53	57
Fernsehen & Video	29	27	24	22	26	27	21	19
Andere Medien ²⁾	<u>26</u>	<u>27</u>	<u>25</u>	<u>24</u>	<u>23</u>	<u>22</u>	<u>26</u>	<u>23</u>
	100	99	100	100	100	100	100	99
n =	(172)		(131)		(208)		(133)	

1) Als aktive Freizeitbeschäftigungen wurden erfaßt: Hobbies, Besuche, Ausgehen, Veranstaltungen, Sport, Vereine.

2) Als andere Medienaktivitäten wurden erfaßt: Lesen, Radio hören, Platten und Kassetten hören.

QUELLE: Forschungsprojekt 'Kabelfernsehen und Freizeit an der Universität Mannheim'. Barbara Pfetsch: Folgen der Programmvermehrung? Zum Zusammenhang von Kabelfernsehen und Freizeitverhalten in Ludwigshafen/Vorderpfalz. Maschinenschriftliches Manuskript, Tabelle 7, S. 20 (zur Veröffentlichung vorgesehen in RUNDfunk UND FERNSEHEN, Heft 1/1989).

des Freizeitverhaltens infolge der Programmvermehrung gesprochen werden.⁵⁶⁾

Auch die Berliner Begleitforschungsgruppe von Professor Klingemann kommt zu sehr ähnlichen Befunden. So resümieren Heike Heeger und Friedrich Tiemann erste noch unveröffentlichte Ergebnisse der Panelbefragungen zum Freizeitverhalten: „Zumindest in der bislang noch recht kurzen Zeitspanne seiner Existenz und mit den in dieser Untersuchung vorhandenen erhebungstechnischen Möglichkeiten haben sich keine gravierenden Veränderungen in der Freizeitgestaltung und in bezug auf den sozialen Kontext feststellen lassen, die auf das Kabelfernsehen zurückzuführen wären.“ Und Hans-Dieter Klingemann und Katrin Voltmer kommen in einem zur Veröffentlichung in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft ‚Massenkommunikation‘ (1989) vorgesehenen Beitrag zum Thema ‚Massenmedien als Brücke zur Welt der Politik. Nachrichtennutzung und politische Beteiligungsbereitschaft‘ aufgrund ihrer Panelauswertungen zu dem Schluß: „Insgesamt lassen sich jedoch keine Hinweise dafür finden, daß durch die Vermehrung des Programmangebots eine passive Konsumentenhaltung gegenüber dem politischen Geschehen zugenommen hat.“⁵⁷⁾

Gefahren für aktive Freizeitbeschäftigungen zeigen sich bisher allenfalls dort, wo ohnehin schon eine geringe Bindung besteht. Ein solches ‚Abbröckeln an den Rändern‘ geht exemplarisch aus der in Tabelle 6 dargestellten Allensbacher Panel-Fluktuationsanalyse zum Bücherlesen hervor. Demnach war von den Personen, die schon vor dem Kabelanschluß nur ‚seltener‘ Bücher lasen, fast jeder zweite, der die Programmangebote von SAT 1, RTLplus und EPF intensiv nutzte, nach drei Jahren zum ‚Nichtleser in den letzten 12 Monaten‘ geworden⁵⁸⁾, dagegen nur jeder zehnte ‚seltener Buchleser‘, wenn er sich nicht den neuen Programmangeboten zuwandte⁵⁹⁾.

4. Bisher keine Nachweise für eine Beeinträchtigung der personalen Kommunikation innerhalb und außerhalb der Familie

Auch im längerfristigen Vergleich nach im Durchschnitt mehr als zwei Jahren Kabelfernseherfahr-

ung bleibt der schon früh berichtete Allensbacher Befund erhalten, daß die gemeinsamen Beschäftigungen in der Familie durch den Anschluß an das Kabelfernsehen nicht beeinträchtigt werden (Tabelle 7). „Wir unterhalten uns viel“ und „Wir unternehmen viel gemeinsam“ sagen die Angehörigen von Quasi-Test- und Quasi-Kontrollgruppe vor dem Kabelanschluß und danach in etwa gleich häufig. Auch die Ergebnisse des zur Replikation eingerichteten Panel II aus Kabelteilnehmern der ‚frühen Mehrheit‘ bestätigen im kurzfristigen Ein-Jahresvergleich, daß es nach dem Kabelanschluß nicht zu Einschränkungen der gemeinsamen Familienaktivitäten kommt. Nur bei der Aussage „Wir reden über alles, bei uns hält keiner mit seinen Problemen und Ansichten zurück“ findet sich in den beiden Quasi-Testgruppen ein hochsignifikanter Rückgang, der sich allerdings auch in der Kontrollgruppe zeigt, so daß er nicht als spezifische Auswirkung des Kabelfernsehens interpretiert werden kann. Auch das Familienklima erscheint mittelfristig (Panel I) bzw. kurzfristig (Panel II) nach dem Anschluß an das Kabelfernsehen nicht beeinträchtigt, und auch der überraschende Befund, daß die Stimmung in der Familie jetzt seltener „wegen Kleinigkeiten gereizt“ ist, bleibt in der Quasi-Testgruppe von Panel I auch nach drei Jahren noch hochsignifikant. Elisabeth Noelle-Neumann ist der daraus ableitbaren Frage ‚Verbesserung des Familienlebens durch Kabelfernsehen?‘ inzwischen weiter nachgegangen. Unter anderem konnten, da in den Allensbacher Panelerhebungen in jedem Haushalt jeweils alle erreichbaren Personen ab 14 Jahre befragt wurden, auch sogenannte Zellenanalysen durchgeführt werden, wobei die Aussagen beider Ehepartner auf ihre Übereinstimmung bzw. Divergenz hin überprüft werden. Auch bei diesen Zellenanalysen zeigt sich eine hochsignifikante Abnahme der Gereiztheit in Familien mit Kabelanschluß, und zwar nach übereinstimmender Aussage beider Partner⁶⁰⁾.

Da gemeinsames Fernsehen mit der Familie weiterhin beliebt bleibt und deshalb isoliertes Fernsehen am Zweit- oder Drittgerät als möglicher Erklärungsgrund für abnehmende Gereiztheit in der Familie unwahrscheinlich wird, vermutet Elisabeth Noelle-Neumann „politische Meinungsverschiedenheiten in der Familie könnten durch Privatfernsehen, das sich nach Inhaltsanalysen sehr stark politischer Wertung enthält, reduziert werden“⁶¹⁾.

⁵⁶⁾ Barbara Pfetsch, Folgen der Programmvermehrung? Zum Zusammenhang von Kabelfernsehen und Freizeitverhalten in Ludwigshafen/Vorderpfalz. Maschinenschriftliches Manuskript, S. 20 (zur Veröffentlichung vorgesehen, in: Rundfunk und Fernsehen, (1989) 1.

⁵⁷⁾ Maschinenschriftliches Manuskript, S. 26.

⁵⁸⁾ McNemar-Statistik: 3,45, das heißt eine hochsignifikante Veränderung.

⁵⁹⁾ McNemar-Statistik: 0,52, das heißt keine signifikante Veränderung.

⁵⁸⁾ McNemar-Statistik: 3,45, das heißt eine hochsignifikante Veränderung.

⁵⁹⁾ McNemar-Statistik: 0,52, das heißt keine signifikante Veränderung.

⁶⁰⁾ E. Noelle-Neumann/R. Schulz (Anm. 33), S. 210.

⁶¹⁾ Ebda., S. 217; siehe dazu E. Faul u. a. (Anm. 40), S. 475.

Stabilität bzw. Instabilität der Buchlektüre bei unterschiedlich starker Nutzung der neuen Programmangebote (SAT 1, RTL plus, EPF) im Kabelfernsehen

Tabelle 6
Versuchsgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz
Panel I: Personen in Kabelhaushalten

1. Personen in Kabelhaushalten, die Programme des Privatfernsehens "täglich" sehen

JAHRESWENDE 1983/84

Es haben in den letzten 12 Monaten ein Buch/Bücher gelesen -

	HERBST 1986			
	Es haben in den letzten 12 Monaten ein Buch/Bücher gelesen -			
	"täglich oder mehrmals in der Woche"	"seltener"	"nie"	
	%	%	%	%
"täglich oder mehrmals in der Woche"	57	18	25	= 100 (n=51)
"seltener"	20	31	49	= 100 (n=80)
"nie"	5	20	75	= 100 (n=75)

2. Personen in Kabelhaushalten, die Programme des Privatfernsehens "mehrmals in der Woche" sehen

JAHRESWENDE 1983/84

Es haben in den letzten 12 Monaten ein Buch/Bücher gelesen -

	HERBST 1986			
	Es haben in den letzten 12 Monaten ein Buch/Bücher gelesen -			
	"täglich oder mehrmals in der Woche"	"seltener"	"nie"	
	%	%	%	%
"täglich oder mehrmals in der Woche"	71	16	13	= 100 (n= 80)
"seltener"	39	44	17	= 100 (n= 89)
"nie"	17	26	57	= 100 (n= 53)

3. Personen in Kabelhaushalten, die Programme des Privatfernsehens "seltener, nie" sehen

JAHRESWENDE 1983/84

Es haben in den letzten 12 Monaten ein Buch/Bücher gelesen -

	HERBST 1986			
	Es haben in den letzten 12 Monaten ein Buch/Bücher gelesen -			
	"täglich oder mehrmals in der Woche"	"seltener"	"nie"	
	%	%	%	%
"täglich oder mehrmals in der Woche"	70	20	10	= 100 (n= 76)
"seltener"	39	52	9	= 100 (n= 66)
"nie"	10	26	64	= 100 (n= 50)

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1511 und 1517

Selbstaussagen über das Familienleben

Tabelle 7
 Versuchsgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz
 - Mehrpersonenhaushalte -

FRAGE an Personen in Mehrpersonen-Haushalten:

"Was von dieser Liste trifft alles auf Ihr Familienleben zu?"

	Panel I Quasi-Testgruppe von Kabelpionieren und frühen Übernehmern		Panel II Quasi-Testgruppe von Kabelteilnehmern der 'frühen Mehrheit'		Panel I Quasi-Kontrollgruppe von Personen ohne Kabelfern- sehen	
	Vor Sendebeginn (Jahreswende 1983/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)	Vor dem Kabelanschluß (Spätsommer 1985)	Ein Jahr später (Herbst 1986)	Vor Sendebeginn (Jahreswende 1983/84)	Drei Jahre später (Herbst 1986)
- Auszug aus den Angaben -	%	%	%	%	%	%
"Wir unterhalten uns viel"	67	66	64	62	71	66
"Wir halten immer zusammen, gehen zusammen durch dick und dünn"	66	63	65	64	66	57
"Wir reden über alles, bei uns hält keiner mit seinen Problemen und An- sichten zurück"	66	58	66	59	67	55
"Wir unternehmen viel gemeinsam" ...	63	60	63	65	65	64
"Wir haben weitgehend die gleichen Interessen"	60	64	64	61	59	60
"Wir lachen viel zusammen, haben viel Spaß"	53	48	51	52	58	50
"Ich glaube, wir sind glücklicher als die meisten anderen Familien" ...	35	38	35	29	35	36
	410	397	408	392	421	388
"Öfter ist bei uns die Stimmung wegen Kleinigkeiten gereizt"	29	16	19	16	23	20
	n =	(578)	(562)		(245)	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1511/1517 sowie 1514/1517

Fernsehgewohnheiten der Nutzertypen vor Anschluß an das Kabelfernsehen
und zwei Jahre später

Tabelle 8
Versuchsgebiet Ludwigshafen/Vorderpfalz

FRAGE: "Hier auf dieser Liste steht einiges, was uns Leute über ihre Einstellung zum Fernsehen gesagt haben - was davon trifft auch auf Sie zu?" (Vorlage einer Liste, Mehrfachangaben)

Panel I: Quasi-Testgruppe von Kabelpionieren und frühen Übernehmern

	insgesamt		die im Zwei-Jahres-Vergleich fernsehen -							
			konstant viel		jetzt mehr		konstant wenig			
	Vor Sende- beginn (Jahreswende 1983/84)	Zwei Jahre später (Spätherbst 1985)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 1983/84)	Zwei Jahre später (Spätherbst 1985)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 1983/84)	Zwei Jahre später (Spätherbst 1985)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 1983/84)	Zwei Jahre später (Spätherbst 1985)	Vor Sende- beginn (Jahreswende 1983/84)	Zwei Jahre später (Spätherbst 1985)
Ich sehe nicht jeden Tag fern, sondern nur einige ausgewählte Sendungen	% 53	% 54	% 17	% 19	% 64	% 46	% 71	% 78	% 78	% 78
Wenn ich eine gute Fernsehsendung sehe, kann ich alles um mich herum vergessen	37	34	44	49	37	35	28	24	24	24
Ich bekomme aus dem Fernsehen oft gute Ratschläge	32	34	41	57	36	44	21	22	22	22
Durch das Fernsehen erfahre ich am besten, wie das Leben wirklich ist	19	20	29	33	22	28	9	10	10	10
Das Fernsehprogramm interessiert mich oft mehr als eine Unterhaltung mit Bekanntem	16	13	29	25	17	19	10	6	6	6
Ich sehe mir meistens das Programm des ganzen Abends an, so wie die Sendungen hintereinander kommen	6	9	22	29	3	14	1	2	2	2
Für mich ist das Fernsehen oft ein großer Trost	8	7	23	19	10	10	1	2	2	2
Nichts davon	10	7	3	3	10	8	14	6	6	6
	181	178	208	234	199	204	155	150	150	150
Durchschnittlicher Fernsehkonsum werk- tags ... Std.'Min.	2'11	2'22	4'20	4'15	1'20	3'00	1'10	1'11	1'11	1'11
n =	(544)		(69)		(115)		(178)			

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1511/1515

In der Berliner Begleitforschung des Projektteams von Hans-Dieter Klingemann wurde versucht, die Ludwigshafener Befunde durch Einschaltung einiger in der Ludwigshafener Begleitforschung verwendeten Aussagen über das Familienleben zu replizieren. Beim Vergleich der Veränderungen zwischen den beiden Panelwellen von 1986 und 1987 – ohne eine echte Null-Erhebung vor dem Kabelanschluß – zeigten sich in Berlin keine signifikanten Veränderungen, woraus geschlossen wird, daß die Verkabelung „keinen direkten positiven oder negativen Effekt auf Äußerungen zum Familienklima“ hat⁶²⁾. Ursula Lehr und Elisabeth Minnemann, die das Untersuchungsmaterial im Schlußbericht der wissenschaftlichen Begleitkommission Ludwigshafen/Vorderpfalz interpretierten, resümieren: „Das Vorhandensein eines Kabelanschlusses scheint also nicht in Zusammenhang mit dem Ausmaß erlebter gemeinsamer Aktivitäten in der Familie zu stehen.“⁶³⁾ Sie warnen beim gegenwärtigen Erkenntnisstand davor, daraus „weitreichende Schlußfolgerungen zu ziehen“⁶⁴⁾.

Auch im Berliner Forschungsprojekt der Evangelischen Kirche fand sich zumindest in der quantitativen Befragung „kein besonderer Einfluß des Fernsehens auf die Familie“. Insgesamt wurde deutlich, daß sich durch die Programmvermehrung die Nutzungsmuster nicht grundsätzlich verändern, sondern es wurden vielmehr die bereits vorhandenen individuellen Nutzungsmuster verstärkt⁶⁵⁾. Und

auch die Arbeiten der Dortmunder Projektgruppe Hurrelmann verfolgen keinen Nachweis – sondern in erster Linie Suchstrategien, um besondere Probleme z. B. älterer Alleinstehender oder von Familien der unteren Bildungsschichten bei der Bewältigung des drastisch erweiterten Fernsehprogrammangebots aufzuspüren. Allerdings besteht hierbei die Gefahr, in den vertiefenden Gesprächen mit den Probanden ein unnatürlich geschärftes Problembewußtsein zu wecken, das in der natürlichen Umwelt nie reflektiert und deshalb auch nicht verhaltensrelevant würde⁶⁶⁾.

Das wahre Ausmaß der bestehenden Probleme würde damit überzeichnet. Abschließend wird deshalb in Tabelle 8 aufgezeigt, daß nach den Ludwigshafener Untersuchungsbefunden unter jenen Kabelteilnehmern, die ihren Fernsehkonsum nach dem Kabelanschluß deutlich ausweiteten, in gewisser Weise exzessiver Fernsehkonsum (‘ich sehe mir meist das Programm des ganzen Abends an, so wie die Sendungen hintereinander kommen’) zunahm, und zwar von drei auf 14 Prozent. ‚Das Fernsehprogramm interessiert mich oft mehr als eine Unterhaltung mit Bekannten‘ sagten zwei Jahre nach dem Kabelanschluß nur zwei Prozent der neuen Vielseher mehr (19 Prozent). Diese kurz- und mittelfristig minimalen Veränderungen wird man kaum als eine Verkümmern sozialer Kontakte bis hin zur Vereinsamung als Auswirkung des Kabelfernsehens interpretieren können.

VI. Ausblick

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung in den vier Pilotprojekten über erste kurz- und mittelfristige Auswirkungen des Kabelfernsehens auf Erwachsene sind überwiegend geeignet, die ursprünglichen Befürchtungen der Kabelgegner zu widerlegen. Dazu gibt es jetzt höhere empirische Bestätigungsgrade als bei der frühen ‚Entwarnung‘, die Elisabeth Noelle-Neumann im Sommer 1985 signalisierte. Offensichtlich ist das Wirkungspotential des Stimulus ‚erweitertes Fernsehprogrammangebot‘ bei einer durchschnittlichen Ausweitung des Fernsehkon-

sums von nur etwa fünf bis zehn Prozent zu gering, um weitreichendere Veränderungen auszulösen. Insofern ist Eberhard Witte zuzustimmen, wenn er resümiert, daß sich bisher „kein Anhaltspunkt ergeben“ hat, „der eine Rücknahme“ des Kabelfernsehens „nahegelegt hätte“⁶⁷⁾. Wohl gibt es jetzt ‚gesteigerte empirische Evidenz‘, aber keine ausreichend, vor allem aber keine ausreichend langfristigen Wirkungsnachweise, insbesondere bei Kindern. Eine Fortführung der Begleitforschung weit über das Ende der Kabelpilotversuche hinaus ist deshalb unerlässlich. Dies gilt um so mehr, als das Kabelfernsehen im Laufe seines weiteren Diffusionsprozesses mehr und mehr auch die unteren sozialen Schichten erreicht, für die eine angemessene Bewältigung des erweiterten Fernsehangebots mit größeren Schwierigkeiten verbunden sein könnte, als dies bei den bisher in erster Linie untersuchten Kabelpionieren, frühen Übernehmern und bei der ‚frühen Mehrheit‘ der Fall war.

⁶²⁾ Noch unveröffentlichter Projektbericht von Hans Oswald.

⁶³⁾ Anm. 9, S. 281.

⁶⁴⁾ Ebd., S. 285.

⁶⁵⁾ Vgl. Anm. 30, S. 319.

⁶⁶⁾ Daß in den von Albrecht Müller interpretierten Gruppendiskussionen des SINUS-Instituts auf die möglichen Nachteile des Kabelfernsehens unnatürlich geschärfte Aufmerksamkeit gelenkt wurde, ist wahrscheinlich der Grund für seine Fehlprognose.

⁶⁷⁾ E. Witte (Anm. 10), S. 74.

Hans Mathias Kepplinger: Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/89, S. 3–16

Die Auswahl von Nachrichten kann man durch zwei Theorie-Typen erklären, die die Selektion auf den Einfluß von Akteuren (Journalisten, Verleger, Pressure-Gruppen usw.) oder auf den Einfluß von Variablen (Einstellungen, Nachrichtenfaktoren, Intentionen usw.) zurückführen. Beide Ansätze beruhen implizit auf Annahmen über das Verhältnis von Ereignis, Bericht und Darstellungsfolgen, wobei man drei Modelle unterscheiden kann. Danach sind die Ereignisse entweder vorgegeben, sie werden für die Berichterstattung inszeniert oder die Berichterstattung instrumentalisiert Ereignisse. Alle drei Modelle beruhen auf der Annahme, daß man die Berichterstattung mit den Ereignissen sinnvoll vergleichen kann. Dagegen können erkenntnistheoretische, methodische und praktische Argumente angeführt werden.

Klaus Theo Schröder/Ulrich Eckert/Peter Georgieff/Dirk-Michael Harmsen: Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur Informationsgesellschaft?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/89, S. 17–24

Die Industriegesellschaft umfaßt mehr als nur den direkten industriellen Kernbereich. Sie stellt ein vielschichtiges ökonomisches, soziales, ökologisches und politisches Gebilde dar, das ständiger Veränderung unterworfen ist. Dynamik ist als typisches Kennzeichen komplexer gesellschaftlicher Formationen zu verstehen.

Die Diskussionen, die sich mit der Transformation der modernen Industriegesellschaft befassen, basieren auf der sogenannten Drei-Sektoren-Hypothese. Im Mittelpunkt der einschlägigen wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen stehen die Thesen von der „post-industriellen Gesellschaft“, der „Dienstleistungsgesellschaft“, der „Selbstbedienungs-gesellschaft“ und in jüngerer Zeit die von der „Informationsgesellschaft“, wobei als neue Qualität die bisherige Drei-Sektoren-Hypothese zur Vier-Sektoren-Hypothese erweitert wird.

Die Argumente, mit denen der gesellschaftliche Übergang vom Typus der Industrie- zur Dienstleistungs- bzw. Informationsgesellschaft begründet werden, beziehen sich vor allem entweder (wie bei der Dienstleistungsgesellschaft) auf statistische Veränderungen von Tätigkeiten bzw. Berufen oder werden zusätzlich (wie bei der Auffassung von der Informationsgesellschaft) auf das Wachstum der Informations- und Kommunikationstechniken, auf deren Verbreitung und rasche Ausdifferenzierung gestützt. Der Stützpunkt dieser Argumentationsmuster stellt sich bei genauer theoretischer und empirischer Analyse als verkürzte, eindimensionale und damit wenig tragfähige Begründung dar. Die Analyse führt zu der Schlußfolgerung, daß von einer Informatisierung der Industriegesellschaft und nicht von einem Wandel zur Informationsgesellschaft gesprochen werden kann.

Rüdiger Schulz: Auswirkungen des Kabelfernsehens: Passivität und Vereinsamung durch Reizüberflutung im erweiterten Fernseh-(Unterhaltungs-)Angebot?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/89, S. 25–47

Die von der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) 1976 empfohlenen, ursprünglich als ‚rückholbare‘ Modellversuche geplanten Kabelpilotprojekte haben nach der von der Bundesregierung Helmut Kohl ab 1982, ohne die Begleitforschungsergebnisse abzuwarten, eingeleiteten zügigen Verkabelung der Haushalte in der Bundesrepublik und West-Berlin einen anderen Stellenwert erhalten. Nachdem Ende 1988 bereits 11,5 Millionen oder 45 Prozent aller Haushalte ‚verkabelt‘ waren und sich inzwischen rund 40 Prozent der anschließbaren Haushalte zum Empfang der erweiterten Programmangebote entschlossen haben, stellt sich die Frage, ob das Kabelfernsehen in der Bundesrepublik eingeführt werden soll, nicht mehr. Nachdem das duale Fernsehsystem mit einer Grundversorgung durch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten im Wettbewerb mit Zusatzangeboten privater Programmveranstalter inzwischen faktisch etabliert und verfassungsrechtlich abgesichert ist, kann es jetzt nur noch darum gehen, den „Prozeß der Evolution schrittweise zu erproben und kontrolliert zu gestalten“ (Eberhard Witte).

In einer Synopse erster empirischer Forschungsergebnisse aus den vier Kabelpilotprojekten Ludwigshafen/Vorderpfalz, München, Dortmund und Berlin wird – auf Erkenntnisse bei Erwachsenen beschränkt – versucht, die Frage zu beantworten, ob es, wie viele Gegner des Kabelfernsehens erwarteten, nach dem Anschluß an das Kabelfernsehen zu „Passivität und Vereinsamung durch Reizüberflutung im erweiterten Fernseh-Unterhaltungs-Angebot kommt“. Die bisher mit unterschiedlich aussagekräftigen Untersuchungsansätzen ermittelten kurz- und mittelfristigen Auswirkungen sind geeignet, diese Frage zunächst zu verneinen. Bisher gibt es keine genügend gesicherten Erkenntnisse, die eine Rückholung des Kabelfernsehens nahelegen würden, wenn dies noch möglich wäre. Da sich jedoch Auswirkungen neuer Medienangebote vielfach erst langfristig zeigen, ist eine Fortführung der wissenschaftlichen Begleitforschung über das Ende der Pilotversuche hinaus unerlässlich.